

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)

Herausforderungen, Bedarfe
und Trends im Themenfeld

Report 2024



Inhaltsverzeichnis

Grußwort Seite 4

01 Einleitung Seite 6

02 Stimmungsbild 2024 Seite 12

Erhebung Seite 13

Themen, Trends und Bedarfe in der Islamismusprävention

Themenschwerpunkt Seite 20

Der Einfluss aktueller Ereignisse auf die Präventionsarbeit

Demokratie leben! – Kompetenznetzwerke Seite 30

Folgen autoritärer Strömungen für die Praxis

Fokusgruppengespräch Seite 32

Die Zukunft der Modellprojekte

03 Schlaglichter 2024 Seite 36

Mainstreaming auf Social Media Seite 37

Wie rechtsextreme und islamistische Akteur*innen ihre Themen platzieren

Antisemitismus vs. Rassismus? Seite 46

Der Nahostkonflikt in der Praxis von Demokratie- und Präventionsarbeit

Was ist eigentlich „unerträglich“? Seite 57

Polarisierung und Ambiguität in der pädagogischen und politischen Auseinandersetzung um Antisemitismus und Nahostkonflikt

Jenseits der „Runden Tische“ Seite 70

Aktuelle Anforderungen an die Praxis der Antisemitismusprävention

Beratung für den Neuanfang Seite 81

Distanzierungsarbeit zivilgesellschaftlicher Träger in der Tertiärprävention

Autor*innen Seite 92

Impressum Seite 94

Grußwort

von **Ramses Michael Oueslati**,
Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg



Foto: Privat

Fachlichkeit statt Feuerwehrpolitik

Bundesweit sind Projekte und Angebote zur Islamismusprävention inzwischen gut ausgebaut und die Expert*innen sind fachlich versiert. Das Phänomen selbst und viele Programme zur Prävention sind gut erforscht, erfahrene Praktiker*innen arbeiten teils bereits seit den 1990er Jahren. Dennoch fragen sich viele Menschen, nicht zuletzt angesichts von Anschlägen, ob nicht noch mehr getan werden muss.

So betrifft die islamistische Radikalisierung seit dem 7. Oktober 2023 offenbar immer mehr Jugendliche. Terrorismusforscher Peter Neumann, Professor am King's College in London und KN:IX-Beiratsmitglied, hat beobachtet, dass zuletzt etwa zwei Drittel der verhafteten Anschlagverdächtigen in Westeuropa Teenager waren und sich auch dort radikalisiert haben – vermutlich durch TikTok. Ist vor diesem Hintergrund

der Diskurs um Abschiebungen in menschenrechtsfeindliche Diktaturen zielführend? Mit Feuerwehrpolitik und der teils zu verzeichnenden Dämonisierung jugendlicher Migrant*innen sind minderjährige Täter*innen präventiv jedenfalls eher selten zu erreichen. Vielmehr braucht es einen verlässlichen und nachhaltigen Rahmen für das gesamte Spektrum der Islamismusprävention, um Radikalisierungsprozesse besser verstehen und verhindern zu können.

Schließlich – das wird oft vergessen – sind die jugendlichen Täter*innen selbst Opfer des Islamismus. Dabei misst sich eine demokratische Gesellschaft auch daran, ob sie ihre vulnerabelsten Mitglieder schützen kann – selbst wenn sie menschenrechtsfeindlich denken und gewalttätig handeln. Dramatische Ereignisse sollten also Anlass geben, darüber nachzudenken, in welchen Lebensbereichen von Jugendlichen wir Erwachsene unserer Verantwortung nicht gerecht werden.

Selbst als Lehrer und Schulberater am Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung tätig, stelle ich mir diese Fragen: Warum kommen diversitätssensible Signale der demokratischen Mehrheit bei einigen Jugendlichen mit Migrationsgeschichte kaum an? Warum rutschen uns viele junge Menschen mit psychischen Auffälligkeiten und radikalen Identitätsverengungen durch das Netz? Sehen wir nur die Chancen, jedoch nicht die Gefahren der Digitalisierung? Sind Lehrkräfte so ausgebildet, dass sie grenzwertig geführte Kontroversen nicht als störend, sondern als Normalzustand von Demokratie betrachten? Wird in Schulen Demokratie gelehrt oder auch gelebt? Was können wir jungen Menschen anbieten, die dem Leistungsdruck nicht gerecht werden und für die ein würdiger Lebensentwurf in weiter Ferne liegt? Haben wir als Gesellschaft eine Vision von Gerechtigkeit und Zugehörigkeit, die als fair wahrgenommen wird?

Als Mitglied des KN:IX-Beirats wünsche ich mir, dass auch der Report 2024 dazu beiträgt, dass Praktiker*innen und Expert*innen im Themenfeld besonnen und professionell handeln können.

Ramses Michael Oueslati

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

01

Einleitung

In unserem **fünften Jahresbericht** als „Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) stellen wir erneut aktuelle Trends und Analysen aus unserem Themen- und Arbeitsfeld vor. Wir richten uns mit dem „Report 2024“ an Fachkräfte in der Islamismusprävention ebenso wie an eine interessierte Öffentlichkeit in Verwaltungen, Behörden, Medien und Politik oder in Regelstrukturen wie Schule und Jugendarbeit.

Erneut legen wir den Report in bewegten Zeiten vor. Es sind genau diese Zeiten gesellschaftlicher wie globaler Konflikt- und Krisenerscheinungen, in denen Pädagogik, politischer Bildung und Präventionsarbeit eine besondere Rolle zukommt. Sollen sie doch dazu beitragen, dass vor dem Hintergrund unterschiedlicher Verunsicherungen und Bedrohungen, die viele Menschen erfahren und wahrnehmen, möglichst wenige von ihnen sich selbst und andere gefährden, indem sie sich extremistischen Angeboten, Positionen und Organisationen annähern. Außerdem sollen die zivilgesellschaftlichen Träger in Pädagogik, politischer Bildung und Präventionsarbeit demokratische Kompetenzen bei „ihrem“ Klientel stärken und fördern. Und manchmal sollen sie auch Feuerwehr spielen, wenn an anderen Stellen die Lücken zu groß geworden sind oder frühzeitige Einsätze verpasst wurden. Zur Verfolgung all dieser Ziele machen sie Angebote, die für alle, gerade aber für in diesem Kontext besonders vulnerable Menschen, Perspektiven und Alternativen aufzeigen können. Dabei lässt sich ihre konkrete Wirksamkeit meist kaum bemessen: Wer will schon sagen, wie viel mehr junge Menschen sich einer islamistischen oder anderen antidemokratischen Position zugewandt hätten, wenn sie in der Schule keinen Workshop besucht hätten, in dem es um Identität, Religion, Diskriminierungsformen oder Geschlechterrollen ging? „There is no glory in prevention“, heißt es – vorbeugende Maßnahmen erhalten weniger Anerkennung. Unstrittig ist in Fachkreisen dennoch der Wert und die Notwendigkeit von Präventionsarbeit auf allen drei Ebenen – der universellen, der selektiven und der indizierten Prävention.

Insbesondere in krisenhaften Zeiten sind daher **Angriffe auf Organisationen und Träger**, die sich der Aufgabe widmen, die Gesellschaft zusammenzuhalten und ihre Bindungs- gegenüber den Fliehkräften zu stärken, brandgefährlich. Genau das geschieht aber gegenwärtig von unterschiedlicher Seite. Um nicht missverstanden zu werden: Sinnvoll sind alle Auseinandersetzungen, denen es um die Sache geht und die auf fachlicher Ebene Fragen stellen und Verbesserungen anstreben. Schädlich sind aber all solche Angriffe, die aus ideologischen Gründen erfolgen und Sachfragen eher nebenbei berühren.

Das zeigt sich auch aktuell am Beispiel der **Debatten um den Nahostkonflikt**. Sie berühren die deutsche Gesellschaft und ihr Selbstverständnis an verschiedenen Punkten im Kern – so stehen etwa der Umgang mit Antisemitismus und Rassismus, aber auch Fragen zu nationaler und globaler Geschichte und einer aus ihr erwachsenen Verantwortung zur Diskussion. Die diesjährige KN:IX-Umfrage unter Trägern aus dem Feld der Islamismusprävention zeigt deutlich,

wie sehr der Konflikt auch ihre Arbeit in den vergangenen Monaten geprägt hat. Dass es in diesen Diskussionen sehr unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven gibt, aus denen auf das Geschehen geblickt und aus denen heraus politische Schlüsse gezogen werden, ist offensichtlich.

Das gilt auch für unseren „Report 2024“: Aus unterschiedlichen Perspektiven der Präventionsarbeit analysieren wir in gleich mehreren Beiträgen die in Deutschland intensiv geführten Auseinandersetzungen um Antisemitismus und den Nahostkonflikt und kommen zu teils ganz unterschiedlichen Schlüssen.

Genau darum geht es aber aus präventiver Sicht – gleich ob wir mit Schulklassen arbeiten oder mit Gefährder*innen: unterschiedliche Perspektiven zu sehen und anzuerkennen, auch wenn sie sich widersprechen; nicht selbst nach einfachen Antworten zu suchen und die Problematik von Schwarz-Weiß-Denken, Gut-Böse-Schemata sowie autoritären und andere abwertenden Angeboten zu vermitteln; so inklusiv wie möglich miteinander zu sprechen und möglichst keine Stimmen auszugrenzen. Denn wenn wir als demokratische, pluralistische, nach Gleichberechtigung und Gleichwürdigkeit strebende Gesellschaft in Schule, Medien, Politik oder Präventionsarbeit keine Optionen bieten, kommen eben andere – und geben ihre Antworten.

Außerdem beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe unter anderem mit aktuellen Trends und Bedarfen, die Träger der Islamismusprävention uns rückgemeldet haben, mit den Herausforderungen und Erfordernissen von Distanzierungsarbeit, mit muslimischen Organisationen in der Prävention sowie rechtsextremem und islamistischem Mainstreaming auf Social Media.

Über KN:IX

Da Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) besteht seit Beginn der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“ (2020–2024). Es reagiert auf die Entwicklungen im Phänomenbereich und begleitet sowohl die Präventions-, Interventions- und Ausstiegsarbeit als auch die im Themenfeld geführten fachwissenschaftlichen Debatten. Als Netzwerk, in dem die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG ReIEx), ufuq.de und Violence Prevention Network zusammenarbeiten, analysiert KN:IX aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der universellen, selektiven und indizierten Islamismusprävention und bietet Akteur*innen der Präventionsarbeit einen Rahmen, um bestehende Ansätze und Erfahrungen zu diskutieren, weiterzuentwickeln und in die Arbeit anderer Träger zu vermitteln.

Das Kompetenznetzwerk versteht sich als dienstleistende Struktur zur Unterstützung von Präventionsakteur*innen aus der Zivilgesellschaft, öffentlichen Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen sowie Fachkräften etwa aus Schule oder Jugendarbeit. Neben dem Wissens- und Praxistransfer zwischen unterschiedlichen Präventionsträgern zählt die Verstetigung von Präventionsansätzen in den Regelstrukturen zu den Schwerpunkten unserer Arbeit.

KN:IX plus

Angebote für Fachkräfte zu Islamismus in sozialen Medien

KN:IX plus ist ein Online-Informationsangebot des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“, das es Fachkräften der Präventionsarbeit ermöglicht, niederschwellig Einblicke in die Social-Media-Aktivitäten von Islamist*innen sowie von Akteur*innen zu erlangen, die sich im Umfeld islamistischer Ansprachen und Angebote bewegen.

Das Informationsangebot ist gegliedert in drei Module: KN:IX *monitor*, KN:IX *trend* und KN:IX *kontext*. Auf KN:IX *monitor* können Nutzer*innen Informationen zu ausgewählten Akteur*innen und ihren Social-Media-Kanälen einsehen. In einem kurzen Text werden die Online-Aktivitäten der Akteur*innen vorgestellt und diese – sofern möglich – Strömungen oder Gruppierungen innerhalb des islamistischen Extremismus zugeordnet. Die Darstellung ausgewählter quantitativer Daten ermöglicht eine Einschätzung hinsichtlich der Popularität von Inhalten sowie der Entwicklung der Follower*innenzahlen. KN:IX *trend* stellt monatlich die aktuellen Entwicklungen und Themen feldrelevanter Social-Media-Kanäle in einem kurzen Text vor und bietet damit einen Kurzüberblick über das Spektrum dieser Kanäle und ihrer Online-Aktivitäten. KN:IX *kontext* beleuchtet wiederkehrende Termini, Phrasen, Referenzen und Narrative, die auf islamistischen Social-Media-Kanälen und in ihrem Umfeld kursieren, und ordnet diese gesellschaftlich, politisch und historisch ein.

Alle auf KN:IX plus dargestellten Daten sind öffentlich auf den genannten Plattformen zugänglich. Die Kanalauswahl erfolgt nach wissenschaftlicher bzw. pädagogischer Einschätzung der Relevanz des jeweiligen Accounts für das Feld der Radikalisierungsprävention. Die Relevanz ergibt sich hierbei nicht zwingend aus extremen, extremistischen oder gewaltbefürwortenden Inhalten, sondern kann zum Beispiel auch aus den zur Anwendung kommenden Kommunikationsstrategien oder aus Schnittmengen resultieren, die nichtextremistische mit islamistischen Kanälen aufweisen. Ziel von KN:IX plus ist es dabei auch, wiederkehrende Narrative und ihre Referenzen aufzuzeigen und ihre internen Logiken und Verknüpfungen zu beleuchten.



Sie sind Präventionsakteur*in aus der Zivilgesellschaft oder Wissenschaftler*in und interessieren sich für KN:IX plus? Dann registrieren Sie sich hier: www.kn-ix.de

02

Stimmungsbild 2024

Die folgende Darstellung aktueller Trends und Bedarfe bei den Trägern der universellen, selektiven und indizierten Islamismusprävention erfolgt auf Grundlage jährlicher quantitativer Erhebungen sowie qualitativer Gespräche. Neben einer Online-Erhebung zwischen 7. März und 9. April 2024 mit 42 Teilnehmenden fanden in diesem Jahr ein Telefoninterview und ein Fokusgruppengespräch mit insgesamt sieben Mitarbeiter*innen der Modellprojekte von „Demokratie leben!“ aus dem Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“ statt. Die jährliche KN:IX-Bedarfsabfrage und die Fokusgruppengespräche sollen Ziele, Bedarfe, Entwicklungen und Trends der Arbeit im Phänomenfeld „Islamistischer Extremismus“ über mehrere Jahre hinweg dokumentieren. Auf dieser Grundlage können im KN:IX zielgruppen- und bedarfsgerechte Angebote für Präventionsträger entwickelt werden.

KN:IX- Erhebung I: Online- Befragung 2024 zu Themen, Trends und Bedarfen in der Islamis- muspräven- tion

Johanna West
(Violence Prevention Network)

Die Fragen der diesjährigen Online-Bedarferhebung wurden unter Berücksichtigung aktueller fachwissenschaftlicher und präventionspraktischer Debatten entwickelt. Ein besonderer Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf dem Umgang mit aktuellen Ereignissen, insbesondere dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dessen Folgen sowie den Berichten über rechtsextreme Deportationspläne. Die Präventionsakteur*innen wurden unter anderem gefragt, welchen Einfluss diese Ereignisse auf ihre Arbeit haben und welches Handwerkszeug sie benötigen, um mit den Herausforderungen umzugehen. (s. S. 20–25)

2024 kontaktierte KN:IX 134 Expert*innen, die in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Präventionsarbeit tätig sind und über Erfahrungen im Themenbereich „Islamistischer Extremismus“ verfügen. Diese wurden per E-Mail zur Teilnahme an der Umfrage eingeladen. Zudem wurden Teilnahme-Links über die offiziellen Social-Media-Kanäle und Newsletter-Verteiler der Netzwerkpartner*innen und weiterer Kooperationspartner*innen gestreut. In diesem Jahr beantworteten 42 Personen die Fragen vollständig, was einer Rücklaufquote von 32 Prozent entspricht. Die Umfrage ist aufgrund der geringen absoluten Zahl an Befragten und ihres explorativen Charakters nicht repräsentativ. Dennoch liefern die Ergebnisse einen Einblick in die sich dynamisch entwickelnde Präventionslandschaft, die von gesellschaftlichen und politischen Bedingungen geprägt ist. Sie ermöglicht zudem einen Vergleich zu den vorherigen Stimmungsbildern seit 2020 und zeigt auf, welche Themen den Fachkräften in der Praxis aktuell besonders wichtig erscheinen. (Mehr zur Selbstverortung der Teilnehmenden erfahren Sie auf S. 27 ff.)

Entwicklungen und Trends

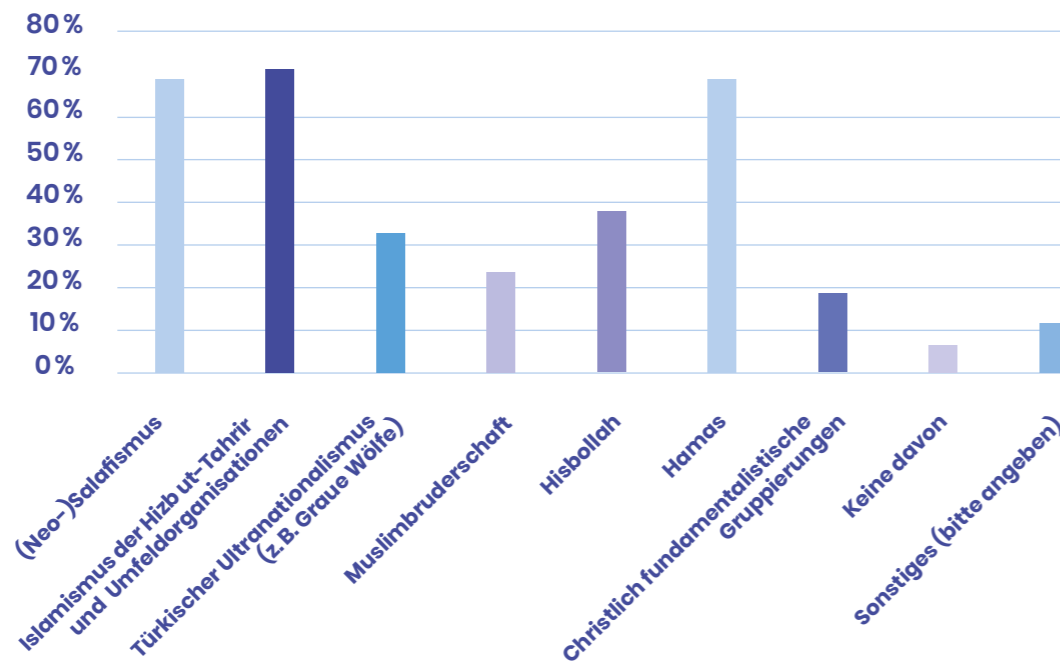
Mit der Möglichkeit von Mehrfachnennungen konnten die Befragten angeben, mit welchen **Ausprägungen von religiös begründetem Ex-**

Die von KN:IX jährlich durchgeführte **Online-Umfrage** zu Entwicklungen und Bedarfen in der Islamismusprävention richtet sich an Träger und Praktiker*innen im Themenfeld. Die quantitative Auswertung ermittelt durch die Synthese unterschiedlicher Perspektiven ein Stimmungsbild der Präventionslandschaft. Wenn Sie mehr über die Präventionsarbeit und unsere Publikationen erfahren möchten, kontaktieren Sie uns gern unter info@kn-ix.de oder besuchen Sie unsere Website kn-ix.de/publikationen/. Das neben der Umfrage durchgeführte Telefoninterview und das **Fokusgruppengespräch** (s. S. 32 ff.) ermöglichen es, in vertraulicher und heterogener Zusammensetzung Themen und Herausforderungen des Arbeitsalltags intensiver zu diskutieren.

tremismus sie in ihrer Arbeit am häufigsten konfrontiert sind. In diesem Zusammenhang wurden die Hizb-ut-Tahrir-Bewegung und ihre Umfeldorganisationen (von 30 Befragten) und der (Neo-)Salafismus (von 29 Befragten) sowie erstmals die Hamas (von 29 Befragten) am häufigsten genannt. Hier zeigt sich eine deutliche Veränderung zu den Jahren davor, in denen die Hamas eine untergeordnete Rolle spielte und die beispielsweise im vorangegangenen Jahr von nur acht Befragten genannt wurde. Auch die Hisbollah wurde dieses Jahr deutlich häufiger (von 16 Befragten) genannt, was einen Anstieg um elf Nennungen darstellt. Diese Zunahme scheint im unmittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen am und nach dem 7. Oktober 2023 und der damit erhöhten Aufmerksamkeit für die Gruppierungen

zu stehen. Die Muslimbruderschaft wurde zehnmal benannt. Zudem nannten – wie bereits im Jahr zuvor – 14 Befragte den türkischen Ultranationalismus (z. B. Graue Wölfe). Christlich-fundamentalistische Gruppierungen wurden in diesem Jahr von acht Befragten genannt. In den offenen Textkommentaren wurde zudem auf die Furkan-Gemeinschaft, die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), die Gülen-Bewegung, den globalen Dschihadismus zentralasiatischer Ausprägung sowie auf Akteur*innen verwiesen, die sich keiner der genannten Gruppierungen direkt zuordnen lassen.

Welche ideologischen Szenen, Gruppierungen oder Phänomene aus dem Bereich des religiös begründeten Extremismus spielen für Ihre Arbeit aktuell eine besondere Rolle?
(Mehrfachnennung möglich)



Extremist*innen greifen in ihren Ansprachen Interessen und Sorgen der vorwiegend jugendlichen Zielgruppe auf und bieten ihnen dazu ihre Deutungen an. Dazu setzen sie bei gesellschaftlichen oder politischen Debatten an und versuchen, diese mithilfe religiös-basierter Narrative zu besetzen. Damit die Präventionslandschaft darauf reagieren kann, muss sie die Themen und Strategien extremistischer Akteur*innen im Blick behalten. Vor diesem Hintergrund befragt KN:IX die Praktiker*innen, welche Themen ihre Zielgruppe besonders beschäftigte und welche aus ihrer Sicht die derzeit wichtigsten **Themen religiös-extremistischer Ansprachen** sind. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigte sich, dass 2024 keine neuen Themen dazugekommen sind, wohl aber eine Verschiebung der Gewichtung einzelner Diskurse zu erkennen ist:

Von 27 Befragten wurde der **Nahostkonflikt** als aktueller Schwerpunkt und zentrales Thema islamistischer Ansprachen genannt. Antisemitismus wurde von sechs Befragten explizit angegeben. Bereits in den Jahren zuvor stellten der Nahostkonflikt und Antisemitismus zentrale Themenfelder der Ansprache dar. Im Zuge des 7. Oktober 2023 und des

anschließenden Krieges zwischen Israel und der Hamas ist das Thema verstärkt in den Vordergrund gerückt (Anstieg um 18 Nennungen). Auch **antimuslimischer Rassismus (AMR) und damit verbundene Diskriminierungserfahrungen** (25 Nennungen) wurden von den Praktiker*innen erneut als herausragend wichtiges Thema in islamistischen Ansprachen genannt. In diesem Zusammenhang stehen auch **Ansprachen zur (muslimischen) Identität und gesellschaftlichen Teilhabe** (neun Nennungen), die mit der Frage einhergehen, welche gesellschaftlichen Perspektiven jungen Menschen geboten werden.

Daran anschließend beschäftigten Fragen nach der **Vereinbarkeit von Religion und Gesellschaft** (zwölf Nennungen) und **religiöse „Orientierungshilfen“** (sechs Nennungen) die Zielgruppe und wurden von den befragten Fachkräften als weiteres wichtiges Thema extremistischer Ansprachen genannt. Die Suche nach (religiöser) Orientierung gerade auch bei individuellen Krisen und im Rahmen einer Konversion zum Islam (vier Nennungen) wird von extremistischen Akteur*innen instrumentalisiert. Familiäre Konflikte von Konvertit*innen, beispielsweise bezüglich des Umgangs mit einer Bedeckung, werden ausgenutzt und Feindbilder durch die Darstellung einer vermeintlichen Unvereinbarkeit eines „richtigen religiösen Lebens“ mit der deutschen Gesellschaft bestärkt. Diskussionen um die Einrichtung von Gebetsräumen in Schulen nannten drei Praktiker*innen als zentrales Thema.

Weiterhin aktuell sind die Themen **Geschlechterbeziehungen und Geschlechterrollen** (zehn Nennungen). Fragen zu Queerness und Queerfeindlichkeit wurden fünfmal erwähnt.

Auch Kritik an **sozialer Ungleichheit und globalen sowie gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten** wurde, wie bereits im Jahr zuvor, als wichtiges Feld islamistischer Ansprachen ausgemacht (sechs Nennungen). Neben dem Nahostkonflikt, der von islamistischen Akteur*innen auch genutzt wird, um die Aufmerksamkeit ihrer Zielgruppe auf Fragen globaler und gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten zu lenken, wurden der Krieg in der Ukraine, die Situation der Uigur*innen in China und das Erdbeben in der Türkei und in Syrien als Themen genannt, die einen Spill-over-Effekt haben.

Außerdem spielen **Brückennarrative** wie etwa Verschwörungsmythen und andere thematische Überschneidungen und Wechselwirkungen mit unterschiedlichen Phänomenbereichen eine Rolle. Vier Befragte nannten zudem den **Rechtsextremismus** in Deutschland als eines der Themen, die von islamistischen Akteur*innen in ihren Ansprachen genutzt werden – etwa um eine Abkehr von der deutschen Gesellschaft zu forcieren.

Neben diesen Themen und Argumentationssträngen nannten einige Praktiker*innen auch Formate der Ansprachen: So spielt der Bereich **Social Media** eine Rolle (sechs Nennungen), wobei „Online-Prediger“ als Thema genannt wurden, aber auch (von einzelnen Befragten skeptisch betrachtete) Einordnungen von Influencer*innen als „islamistisch“. Zwei Befragte nannten „TikTok (als Radikalisierungstreiber)“. Hier könnte der Frage nachgegangen werden, ob die Online-Welt in der Wahrnehmung der Praktiker*innen ein eigenständiges Feld spezifischer Ansprachen darstellt und sich dabei eine ganz eigene Dynamik entwickelt oder ob sich Themen und Dynamiken in On- und Offline-Welten gleichen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Präventionsarbeit

Am häufigsten wurde in diesem Jahr die **finanzielle Förderung** als Problem und zentrale Herausforderung für die Präventionsarbeit angesprochen (23 Nennungen). Die Unsicherheit der Förderung begleitet die Projektarbeit seit Langem, ist jedoch insbesondere in diesem Jahr akut, da viele Präventionsprojekte über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert werden, dessen Förderperiode Ende des Jahres ausläuft, weshalb eine Weiterfinanzierung der Projekte nicht gesichert ist. Die damit einhergehende Unsicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz ist für viele Praktiker*innen in diesem Jahr besonders groß. Mittelkürzungen und insgesamt begrenzte Ressourcen führen zudem zu Konkurrenzdruck unter den Trägern. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Finanzierungspolitik werden bürokratische Hürden als Problem benannt. Darüber hinaus, so einige Befragte, würden fehlende Anerkennung und Wertschätzung der Präventionsarbeit dazu führen, dass Praktiker*innen immer wieder auf Vorurteile ihre Arbeit betreffend stoßen. Auch bei relevanten Institutionen und Fachbereichen wie dem Jugendamt oder Jobcentern würden Unwissen und Vorurteile nicht selten die Zusammenarbeit erschweren.

Die politischen Entwicklungen in Deutschland sind eine wichtige Rahmenbedingung der Präventionsarbeit. **Politische Entscheidungen** (14 Nennungen), etwa auf Ebene des Strafrechts, der Migrations- oder Bildungspolitik, aber auch außenpolitische Entscheidungen wirken sich unmittelbar auf die Präventionsarbeit aus. Vor allem als Rahmenbedingungen werden hier auch die stärker in Erscheinung tretenden Formen von **Polarisierungen in der Gesellschaft** (neun Nennungen) genannt. Von elf Befragten explizit genannt wird dabei der Umgang mit Konflikten und Krisen ebenso wie die **gesellschaftliche Debattenkultur**, die mitunter von „Generalisierungen“ und „einseitigen Parteinahmen“ geprägt sei. Insbesondere gesellschaftliche Diskurse über Migration (fünf Nennungen) prägen die Präventionsarbeit. Als wichtiger Einflussfaktor wurde in diesem Jahr zudem der **Nahostkonflikt bzw. der Umgang mit diesem in Deutschland** ausgemacht (neun Nennungen). Antisemitismus wurde dreimal explizit genannt.

Dauerhaft beeinflussen auch Diskriminierung und Rassismus als Rahmenbedingungen die Arbeit der befragten Praktiker*innen. In diesem Jahr nannten 18 Befragte (**antimuslimischen**) **Rassismus sowie die Stigmatisierung muslimischer Jugendlicher und des Islam** als Rahmenbedingung mit starkem Einfluss auf ihre Arbeit.

Deutlich stärker als in den Jahren zuvor nehmen die befragten Praktiker*innen den Einfluss des **Rechtsrucks und rechtsextremer Tendenzen in der Gesellschaft** auf ihre Arbeit wahr (18 Nennungen). Ein zunehmendes Erstarren rechter Positionen in Politik, Gesellschaft und Alltag, das oft mit antidemokratischer Hetze einherginge und bis in die Mitte der Gesellschaft reiche, wurde als zentrale Rahmenbedingung ausgemacht – und dabei auch auf die möglichen Folgen der Ergebnisse von Europa-, Kommunal- oder Landtagswahlen verwiesen.

Zudem wurden verschiedene **Formen sozialer Ungleichheit und Prekarität** wie etwa der Wohnungsmangel zusammen mit den Stichworten „Angst“ und „Einsamkeit“ als gesellschaftliche Rahmenbedingungen genannt. Auch transnationale Einflüsse, etwa die Wahlen in der Türkei, wurden erwähnt.

Anregungen für zukünftige Bedarfe und Arbeitsschwerpunkte

Ein wichtiger Auftrag des Netzwerks besteht darin, aktuelle Themen und Entwicklungen aufzugreifen, passgenaue Angebote zu bieten und die Präventionsakteur*innen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Dafür wurden die Praktiker*innen nach ihren Bedarfen gefragt. In offenen Antworten wurde erhoben, welche **konkreten Informationen, Materialien oder Hilfestellungen** die Befragten für ihre Arbeit besonders nützlich finden. Die Befragten konnten zudem auf **Theorien, Methoden und/oder Instrumente** hinweisen, zu denen sie sich **Fortbildungen** wünschen. Die genannten Themenbereiche und Formatwünsche umfassten wie in den Jahren zuvor viele Bereiche, die vom Kompetenznetzwerk bereits bearbeitet wurden und weiterhin eine hohe Relevanz für die Zielgruppe haben. Die Breite an Interessen spiegelt die Vielfalt der Präventionslandschaft und der Zielgruppen von KN:IX wider.

Unterstützungsbedarfe

Bedarf sahen die Befragten vor allem bei der **Lobbyarbeit im Politiksektor**. Sie wünschen sich eine stärkere Interessenvertretung auf politischer Ebene und einen besseren Austausch mit politischen Vertreter*innen, etwa um Reflexionen anzuregen und über Möglichkeiten der Verstärkung ihrer Arbeit zu sprechen.

Ein weiterer Bedarf betrifft den **Umgang mit Medien und Medienanfragen**. Aufgrund von vermehrten Anfragen an die Organisationen durch Medienvertreter*innen wurde der Wunsch nach Fortbildungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit formuliert. Dabei soll es darum gehen, welche Herausforderungen mit Medienanfragen verbunden sind und

wie mit diesen umgegangen werden kann, was bei der Kommunikation zu beachten ist, aber auch wie Medien genutzt werden können, um das eigene Projekt bekannt zu machen sowie Forderungen, Positionen und Ergebnisse zu platzieren.

Hilfreiche Formate

Als hilfreiche Formate wurden insbesondere **Austauschformate** genannt, die interdisziplinär und phänomenübergreifend angelegt sind und die Vernetzung von Praxis und Forschung stärken. Der kollegiale Austausch in trägerübergreifenden Vernetzungsformaten wurde mehrfach gewünscht und auch als Möglichkeit gesehen, auf Grundlage eines vertrauensvollen Dialogs Konkurrenzdruck abzubauen. Darüber hinaus wurden Fortbildungen, Workshops und Beratungsangebote, aber auch Handreichungen und Broschüren, ebenso wie Erklärvideos als sinnvolle Formate aufgeführt. Zudem wurden Monitoringberichte über die islamistische Szene – wie etwa das Angebot *KN:IX plus* – als hilfreich für die eigene Arbeit benannt.

Gefragt nach **Gruppen, Trägern oder Institutionen**, mit denen sie sich in Zukunft mehr Austausch wünschen, erklärten die Praktiker*innen, dass der **träger- und disziplinenübergreifende Austausch** mit Kolleg*innen aus diversen Disziplinen/Arbeitsfeldern weiter gefördert werden sollte.

In diesem Jahr wurden insbesondere Formate zur **Medienkompetenz** gewünscht, wobei in Fortbildungen sowohl der Ausbau eigener Fähigkeiten als auch die Vermittlung von Medienkompetenzen im Fokus stehen sollen. Auch Methoden aus dem Bereich der **Rhetorik** sowie zur Umsetzung von Formaten für unterschiedliche Zielgruppen wie Workshops, Podcasts etc. wurden vor allem für den Bereich Demokratieförderung, Empowerment und politische Bildung genannt. Im Beratungskontext besteht weiterhin Interesse an Methoden und Instrumenten der **Online-Beratung**.

Wie auch im Jahr zuvor wurde ein stärkerer **interdisziplinärer Austausch mit Fachkräften** aus dem Bereich der Psychologie (vier Nennungen) gewünscht. Weitere genannte Disziplinen sind Jura/Justiz, Datenanalyse, Medienforschung und Regionalwissenschaften Naher/Mittlerer Osten. Insbesondere der Austausch zwischen Praxis und Forschung soll weiter gefördert werden (acht Nennungen). In Bezug auf Kolleg*innen aus der Praxis wurde vor allem der Austausch mit Kolleg*innen aus der Tertiärprävention (vier Nennungen) gewünscht.

Darüber hinaus zeigte sich der Wunsch nach einem verstärkten **phänomenübergreifenden Austausch**. So wurde der Fachaustausch mit Kolleg*innen gewünscht, die auf Rechtsextremismus (vier Nennungen) und Islamismus (drei Nennungen) spezialisiert sind. Fachaustausch wurde zudem mit Kolleg*innen aus den „Disziplinen“ Antisemitismus,

Islamwissenschaften, religionsensible Zugänge, Gewaltprävention, Mediation, Online-Präventionsarbeit/-Streetwork und Traumaarbeit gewünscht.

Thematische Wünsche

Viele Befragte äußerten den Wunsch nach Fortbildungen zu **aktuellen Entwicklungen und Trends im Phänomenbereich** etwa in den sozialen Medien oder zu einzelnen extremistischen Akteur*innen, die sich vor allem online bewegen. Zudem genannt wurden Kurzberichte und Statistiken über islamistische Akteur*innen sowie Übersetzungen von Zeitschriften terroristischer Gruppierungen. Auch phänomenübergreifend besteht Interesse, beispielsweise durch Monitoringberichte, über aktuelle Trends, Veranstaltungen und Fortbildungen informiert zu sein.

Ein weiterer Fokus lag auf Fortbildungen zur **Geschichte des Nahostkonflikts** sowie zu Handlungsoptionen/Methoden im Umgang mit dem Thema – insbesondere zur Frage, wie differenziertes Sprechen über den Nahostkonflikt gelingen kann. Außerdem wurden mehrmals Fortbildungen zum **Umgang mit (strukturellem) Rassismus** gewünscht und zu rassismuskritischen Perspektiven auf den Phänomenbereich „Islamischer Extremismus“. Darüber hinaus wurden als mögliche **Fortbildungsthemen** genannt: Radikalisierung und soziale Ungleichheit, künstliche Intelligenz, postkoloniale Theorien und Bindungstheorie. Auch Forschung zur Rezeption der Inhalte extremistischer Gruppierungen sowie aktuelle Forschung zum türkischen Ultranationalismus wurden gewünscht. Insgesamt zeigte sich ein deutliches Interesse an Perspektiven aus anderen Disziplinen, wie innermuslimische Perspektiven oder Kriminalistik, vor allem aber aus dem Bereich der Psychologie/Psychotherapie.

Zudem wurden Fortbildungen zu verschiedenen Aspekten der **Sozialen Arbeit** gewünscht, etwa zu lebensweltorientierten und menschenrechtsbasierten Ansätzen und Sozialarbeitspolitik. Mehrfach wurde zudem der Wunsch nach Fortbildungen zu der Frage geäußert, wie der Zugang zur Zielgruppe generell gelingen kann.

Schwerpunkt: Der Einfluss aktueller Ereignisse auf die Präven- tionsarbeit (Erhebung II)

1. Nahostkonflikt

Der antisemitische Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und der anschließende Krieg zwischen der Hamas und Israel stellt die Präventionsarbeit vor besondere Herausforderungen. Zwar war der Nahostkonflikt bereits zuvor ein zentrales Thema in der Präventionspraxis (siehe Bedarfsabfragen der vergangenen Jahre), der 7. Oktober 2023 stellte aber auch hier eine Zäsur dar. Die überwiegende **Mehrheit der Befragten** gab an, dass die Ereignisse des 7. Oktober 2023 große Auswirkung auf ihre Institution und ihren Arbeitsbereich haben, oder beschrieben, dass „mögliche zukünftige Probleme durch intensiviertere Ansprache extremistischer Akteure [...] absehbar“ seien. Vor allem wirkten sich der Konflikt und die anschließenden gesellschaftlichen Diskurse stark auf die Zielgruppen und deren Lebenswelten aus, aber auch auf die Träger, ihre Arbeit und die Mitarbeitenden.

So stellen der 7. Oktober 2023 und der Krieg „einen zentralen Bezugspunkt für Argumentationen und die **Rückbindung an bekannte Narrative**“ dar. Aufgrund der Instrumentalisierung des Konflikts durch extremistische Akteur*innen können Radikalisierungstendenzen gefördert werden, was sich direkt auf die Präventionsarbeit auswirken wird. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema werden von den Befragten als stark emotionalisiert und als von unterschiedlichen Ressentiments geleitet wahrgenommen. Das beeinträchtigt die Präventionsarbeit, weil sie mit verhärteten Fronten umgehen müsse. Neben einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und einem Anstieg von Antisemitismus wird von den befragten Präventionsakteur*innen auch der Anstieg von antimuslimischem Rassismus als wichtiger Einflussfaktor nach dem 7. Oktober 2023 gesehen (zehn Nennungen). Muslimisch gelesene Jugendliche berichten vermehrt von Diskriminierung und Stigmatisierung. Häufig fühlen sich die Zielgruppen vorverurteilt und haben das Gefühl, ihre Sorgen und ihre Verzweiflung über die humanitäre Lage in Gaza nicht äußern zu können. Dabei sei die Angst vor harten Konsequenzen sehr groß. Eine Person berichtete, dass in Fallanfragen oft „einseitig muslimische Jugendliche und junge Erwachsene problematisiert werden“. Und bei der Fokussierung auf den Antisemitismus von Muslim*innen werde häufig der Antisemitismus von Nichtmuslim*innen übersehen.

13 Befragte gaben in den offenen Antworten an, dass ein großer Anstieg von **Anfragen nach Workshops, Fortbildungen und Vorträgen** zum Thema bzw. von Fallanfragen (etwa durch besorgte Eltern oder pädagogisches Fachpersonal) zu verzeichnen ist. Auch die Zahl von **Medienanfragen** an die Träger erhöhte sich stark. Insbesondere von **Schulen** gab es viele Anfragen. Dies wurde von den Befragten auf eine starke Überforderung und große Unsicherheiten, aber auch fehlendes Fachwissen bei den Fachkräften zurückgeführt. Zudem werden die steigenden Anfragen im Zusammenhang mit einer verstärkten Sensibilisierung beim

pädagogischen Fachpersonal für das Thema gesehen. Eine Person berichtet, dass es „nach jeder Eskalation“ eine erhöhte Nachfrage nach Workshops gebe, erfahrungsgemäß das Interesse aber schnell wieder nachlasse. Inhaltlich werden sowohl Formate zum Thema Antisemitismus als auch (antimuslimischem) Rassismus angefragt. Ein Schwerpunkt der Anfragen liegt auf der Frage, wie mit dem stark emotional aufgeladenen Thema und Konflikten im Schul- und Jugendarbeitsbereich umgegangen werden kann, sowie in dem Wunsch nach Austausch unter Fachkräften. Die Befragten berichten von einem starken **Interesse am Krieg** bei ihrer Zielgruppe: Die Jugendlichen und jungen Menschen hätten „einen sehr hohen Bedarf, eigene Meinungen zu reflektieren, und möchten verstehen. Sie möchten genau wissen, wo der Anfang des Konflikts liegt, wer wie stark am Krieg beteiligt ist“, beschreibt ein*e Befragte*r. Auch weitere Personen berichten, dass vor allem Bedarf nach offenem Austausch und Gesprächsmöglichkeiten ohne Vorverurteilungen bei den Zielgruppen besteht.

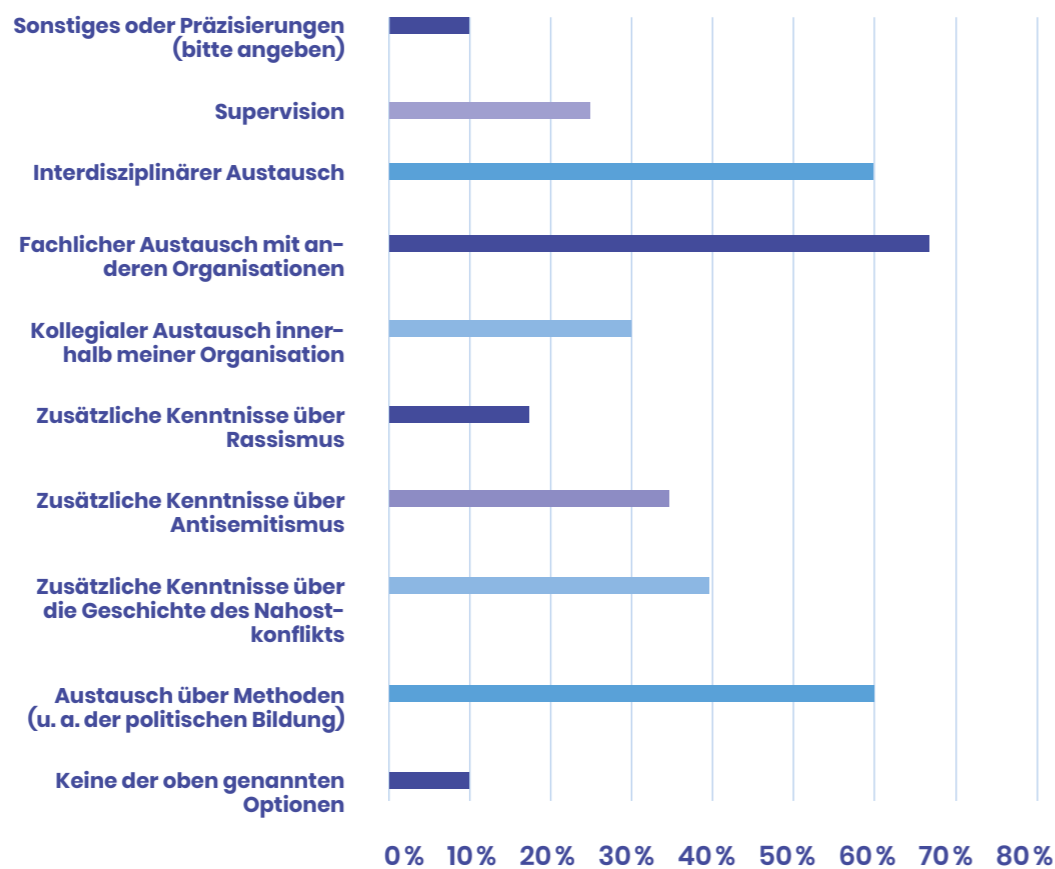
Für den Bereich der **Tertiärprävention** finden sich unterschiedliche Stimmen. Einige sehen zunächst keinen akuten Einfluss und erwarten Probleme eher zukünftig aufgrund intensivierter Ansprachen extremistischer Akteur*innen. Andere berichten, dass sich bei der Arbeit im Gefängnis zeige, dass die Klient*innen über „aktuelle Entwicklungen des Nahostkrieges sowie die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen“ informiert werden möchten und „einen hohen Bedarf an Mitteilung und Austausch ihrer eigenen Empfindungen und Betroffenheiten“ hätten. Eine weitere Person berichtet, dass der Nahostkonflikt und der 7. Oktober 2023 vermehrt Thema in neuen Beratungsfällen seien.

Erhöhter Bedarf an Auseinandersetzung und Reflexion wird von den Befragten jedoch nicht nur in Bezug auf die Zielgruppen ausgemacht. Sie beschreiben auch eine allgemeine **Verunsicherung innerhalb der Teams** als Folge des 7. Oktober 2023 – etwa wenn es um angemessene Reaktionen auf die Ereignisse und um Positionierungswünsche innerhalb der Belegschaft geht. Genannt werden auch Ängste bei den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, „etwas Falsches zu sagen“. Eine Person berichtet zudem von konkreten Bedrohungen, Anfeindungen und Vandalismus, abgesagten Formaten sowie spannungsgeladenen Situationen in Veranstaltungen. Weitere Folgen des 7. Oktober 2023 sind neue Fördermittel, eine Verschiebung der Förderschwerpunkte auf die Antisemitismusprävention oder die Weiterführung eines Programms über den geplanten Zeitraum hinaus.

Gefragt nach **Handwerkszeug**, das sie benötigen, um aktuellen Geschehnissen in ihrer Profession begegnen zu können, äußerten 67 Prozent der befragten Präventionsakteur*innen ihr Interesse an **fachlichem Austausch** mit anderen Organisationen. Als hilfreich wurden hier der

Austausch über Methoden und der interdisziplinäre Austausch hervor-gehoben, kollegialer Austausch innerhalb der eigenen Organisation wurde von 30 Prozent der Befragten genannt, Supervisionen zum Thema von 25 Prozent. Auch zusätzliche Kenntnisse etwa zur Geschichte des Nahostkonflikts und des Antisemitismus können die Praktiker*innen unterstützen – als weniger bedeutsam werden weitere Kenntnisse über Rassismus eingeschätzt. In den offenen Antwortmöglichkeiten wurde auf den Nutzen eines intensiveren Wissenstransfers zwischen Forschung und Praxis hingewiesen. Auch wurde darauf verwiesen, dass es an Kenntnissen über die konkrete Situation von Betroffenen im Land fehle und der Kontakt mit Akteur*innen vor Ort, die sich für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen, hilfreich wäre. Außerdem brauche es eine Verstärkung der Arbeit, um auch in Krisenzeiten genügend Kapazitäten gewährleisten zu können.

Welches Handwerkszeug benötigen Sie, um den aktuellen Geschehnissen in Ihrer Profession begegnen zu können?



2. Rechtsextreme Ausweisungspläne

Zum Zeitpunkt der Befragung standen die Enthüllungen über rechts-extreme Bestrebungen und Ausweisungspläne unter anderem durch die Recherchen des Medienunternehmens Correctiv im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen, die sich laut eines Großteils der Befragten auch auf die Präventionsarbeit auswirken, weil sie bei vielen Menschen in den Zielgruppen große Verunsicherung und Resignation auslösen.

Dies betrifft zum einen Zielgruppen, die zum Teil unmittelbar von den Plänen betroffen sind und sich einer **reellen Bedrohung** gegenübersehen. Die Angst vieler Menschen in der Gesellschaft, „ungewollt zu sein“ und bedroht zu werden, kann Einfluss auf Radikalisierungstendenzen haben. Dabei haben die Befragten zunächst die weitere **Verschärfung der (migrationspolitischen) Diskurse** im Blick. Die Beziehungsarbeit werde erschwert, wenn sich Ansichten verhärten und die gesellschaftlichen Pole weiter auseinanderdriften. Rechte Weltanschauungen würden offener und direkter kommuniziert – auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft – und die Abgrenzungstendenzen der Zielgruppe so verstärkt. Ausgrenzungs- und Rassismuserfahrungen nehmen zu, wodurch Radikalisierungstendenzen gefördert werden können. Von islamistischen Gruppierungen, so ein Befragter, werden die Enthüllungen teilweise als „vermeintlicher Nachweis für den umfassenden Hass auf muslimisches Leben in der deutschen ‚Mehrheitsgesellschaft‘ gedeutet und so für ihre Zwecke instrumentalisiert“. Die **Wechselwirkungen zwischen Rechts-extremismus und Islamismus** sind hier mitzudenken und beeinflussen die Arbeit. Die Enthüllungen und das Entsetzen darüber haben die Bedeutung von phänomenübergreifendem Arbeiten deutlich gemacht, sodass „mehr Arbeit und Zeit“ in diesen Bereich investiert und die Entwicklung neuer Konzepte angeregt wird.

Sechs Praktiker*innen berichten von vermehrten Anfragen im Bereich Rechtsextremismus. Eine Person weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dabei unklar bleibe, ob es tatsächlich mehr Handlungsbedarf gibt oder die erhöhte Sensibilität für das Thema Grund für die leicht erhöhte Anzahl an Anfragen ist. Neun Befragte sehen keinen oder nur einen geringen Einfluss auf ihre Arbeit. Ein*e Befragte*r gibt an, dass die Ereignisse in der Beratungsarbeit keinen Einfluss auf die Zielgruppe hätten, jedoch im Kolleg*innenkreis diskutiert werden.

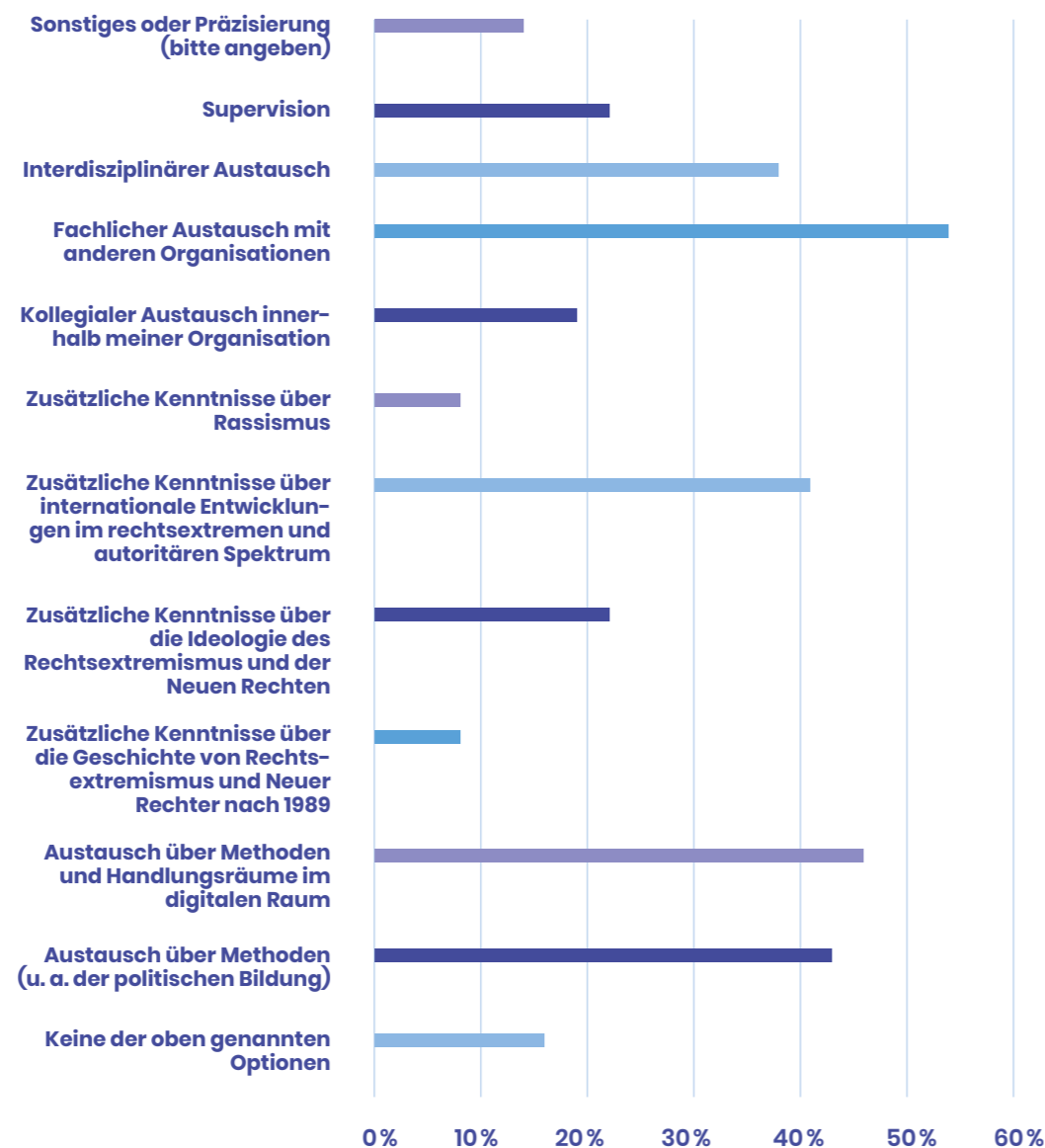
Auch die Befragten selbst und ihre Kolleg*innen nehmen die Situation als bedrohlich wahr und sind stark verunsichert – gerade in Bezug auf die Zukunft ihrer Arbeit. Eine Person berichtet, dass im Zuge der Enthüllungen Sicherheitskonzepte innerhalb der Organisation angepasst wurden. Eine weitere Person weist darauf hin, dass die „Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte [...] zwischen sarkastischer Resignation und ernstzunehmender Angst [schweben]“.

Neben den Sorgen um die Zukunft beobachten die Befragten jedoch auch ein **gestiegenes Problembewusstsein für Rechtsextremismus** in der Gesellschaft und können Hoffnung aus den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und dem zivilgesellschaftlichen Engagement ziehen. Es wird von einer intensivierten Vernetzung mit der Lokalpolitik und zivilgesellschaftlichen Trägern vor Ort berichtet. Auch Austausch und Zusammenhalt zwischen vielen verschiedenen Organisationen

sowie die Motivation, sich gemeinsam gegen Rechtsextremismus zu positionieren, werden als positive Auswirkungen gesehen, auch um das Überleben kleinerer Träger sichern zu können.

Die Praktiker*innen wurden in diesem Zusammenhang gefragt, welches **Handwerkszeug** sie benötigen, um diesen aktuellen Ereignissen zu begegnen. Es zeigte sich, dass auch hier vor allem der fachliche Austausch mit anderen Organisationen als hilfreich betrachtet wird (54 Prozent). Der Austausch über Methoden sowie Handlungsspielräume im digitalen Raum ist ebenfalls von Interesse. Auch ein fachübergreifender Austausch wird von 38 Prozent als notwendig angesehen. 41 Prozent interessieren sich zudem für zusätzliche Kenntnisse über internationale Entwicklungen im rechtsextremen und autoritären Spektrum. Die offenen Antwortmöglichkeiten wurden erneut genutzt, um auf den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis und die Notwendigkeit der Verstärkung der Arbeit hinzuweisen. Des Weiteren wurden zusätzliche Kenntnisse zur Faschismustheorie als hilfreich erachtet.

Welches Handwerkszeug benötigen Sie, um den aktuellen Geschehnissen in Ihrer Profession begegnen zu können?



Darüber hinaus wurde erfragt, welche **gesellschaftspolitische Rolle Institutionen der Präventionsarbeit** angesichts der Verbreitung populistischer, autoritärer und rechtsextremer Tendenzen einnehmen sollten. Die große Mehrheit der Befragten wünscht sich eine klare und deutlich offensivere Stellungnahme gegen menschenverachtende Ideologien und ein stärkeres politisches Engagement. Diese Positionierung muss aus Sicht der Befragten zentrales Instrument aller Präventionsakteur*innen sein, die sich glaubhaft dem Kampf gegen Extremismus verschrieben haben: Den Institutionen obliege es, als „Repräsentant*innen der wehrhaften Demokratie“ aufzutreten und „Haltung zu zeigen“ für Demokratie und eine plurale, inklusive und faire Gesellschaft. Dafür müssten breite Koalitionen und Bündnisse geschaffen werden. Als „zivilgesellschaftliches Bollwerk“ gegen Extremismus sollen sie wie ein „Gegenpol“ zu antidemokratischen und rechtsextremen Tendenzen wirken, den Dialog anregen und aufklären. Die Befragten sehen die Institutionen der Präventionsarbeit in der Verantwortung, Ansprechpartner*innen für Politik und Gesellschaft zu sein, die Unterstützung bieten, den Diskurs aktiv mitgestalten können und die darüber hinaus als „Frühwarnsystem“ für antidemokratische und menschenverachtende Entwicklungen ernstgenommen werden.

In diesem Zusammenhang sollen sie auch als starke Vertreter*innen ihrer Interessen und Bedarfe wahrgenommen werden. Für ein **starkes Auftreten** wünschen sich die Befragten, dass die Vernetzung mit Politik und Gesellschaft weiter ausgebaut wird und feste Partnerschaften mit Regelstrukturen eingegangen werden. Dafür wäre es beispielsweise hilfreich, wenn Expertise und Inhalte der Präventionspraxis bereits in die **Ausbildung der Fachkräfte** im Bereich der politischen Bildung, Pädagogik und Sozialen Arbeit stärker verankert werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wirksamkeit und Notwendigkeit der eigenen Arbeit deutlicher hervorgehoben werden müssen. Insbesondere mit **politischen Vertreter*innen** soll der Austausch über die Relevanz der Arbeit vermehrt gesucht werden, um Vorurteile abzubauen, größere Anerkennung für den eigenen Beitrag zur Demokratieförderung zu erlangen und so letztlich auch eine langfristige Förderung zu sichern.

Schlaglichter aus der Befragung

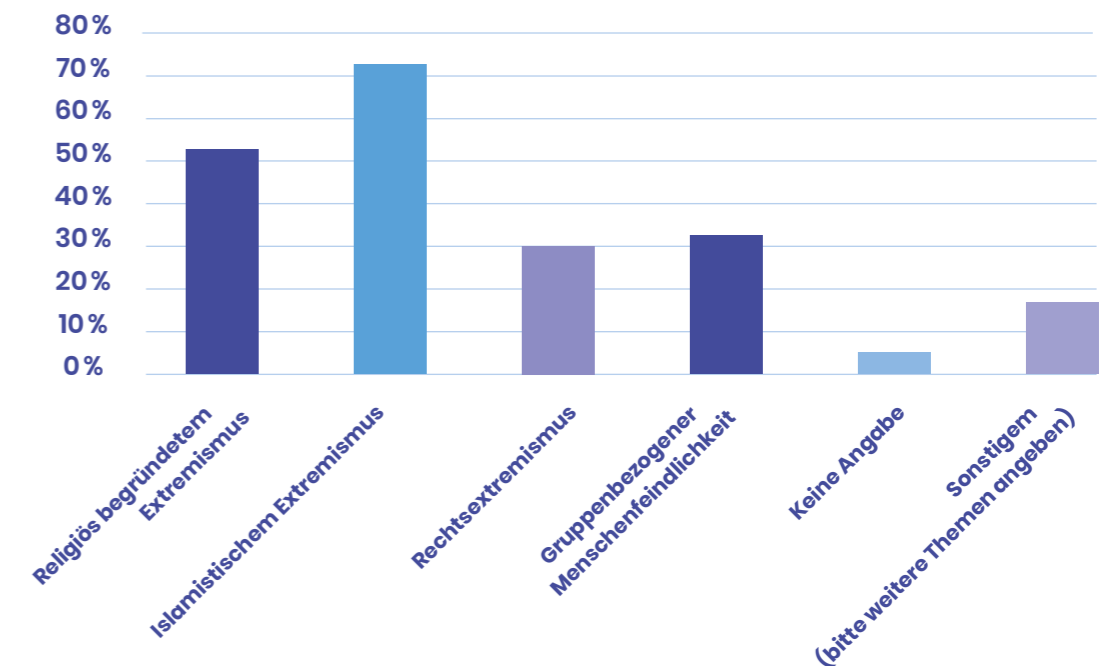
- Der **7. Oktober 2023** und der daran anschließende Krieg zwischen Israel und der Hamas nehmen starken Einfluss auf die Praxis der Islamismusprävention. Die Ereignisse stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt der Ansprachen vieler islamistischer Akteur*innen und stellen eine der prägendsten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die aktuelle Präventionsarbeit dar.
- **Antimuslimischer Rassismus und die Diskriminierungserfahrungen** vor allem Jugendlicher und junger Menschen sind weiterhin zentrales Moment der Präventionsarbeit. Ein Anstieg von Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen wird auch im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt gesehen.
- Fragen von Jugendlichen und jungen Menschen zur **Religion und (muslimischen) Identität** werden weiterhin von islamistischen Akteur*innen aufgenommen, zur Ansprache genutzt und mit eigenen Narrativen besetzt.
- Formen **gesellschaftlicher Polarisierung** und die Verbreitung rechtsextremer Tendenzen und Diskurse bis in die Mitte der Gesellschaft sind Rahmenbedingungen, die die Präventionsarbeit prägen und Einfluss auf die Praxis haben. Dazu zählen viele Befragte auch Fragen rund um **LGBTQIA+** und den **türkischen Ultranationalismus**.
- Träger und Institutionen der Präventionslandschaft werden von den Befragten in der Verantwortung gesehen, **gesellschaftspolitische Diskurse aktiv mitzugestalten**, sich für Demokratie und Menschenrechte und gegen antidemokratische Bestrebungen einzusetzen.
- Viele Befragte wünsche sich eine **wirksame Interessenvertretung** auf politischer Ebene und den intensiveren Austausch mit politischen Vertreter*innen.
- Die Fachpraxis weist erneut auf die Relevanz **langfristiger Förderung** zivilgesellschaftlicher Träger von Präventionsarbeit hin.

**Anhang:
Wer sind die befragten Präventionspraktiker*innen?**

Unter den Befragten ordneten sich in diesem Jahr 72,5 Prozent zivilgesellschaftlichen, 12,5 Prozent staatlichen sowie 7,5 Prozent sonstigen Trägern (z. B. ehrenamtlichen Initiativen, kommunalen Verwaltungen, Schulbehörden und Forschungsstellen) zu. Die Arbeit der Befragten konzentrierte sich bei 22,5 Prozent auf die kommunale Ebene, bei 35 Prozent auf die Landes- und bei 37,5 Prozent auf die Bundesebene. 52,5 Prozent der Befragten fokussierten ihre Arbeit hauptsächlich auf großstädtische Räume, 15 Prozent auf mittelstädtische und 7,5 Prozent ausschließlich auf kleinstädtische/ländliche Räume. 32,5 Prozent der Befragten sind in allen genannten Räumen tätig.

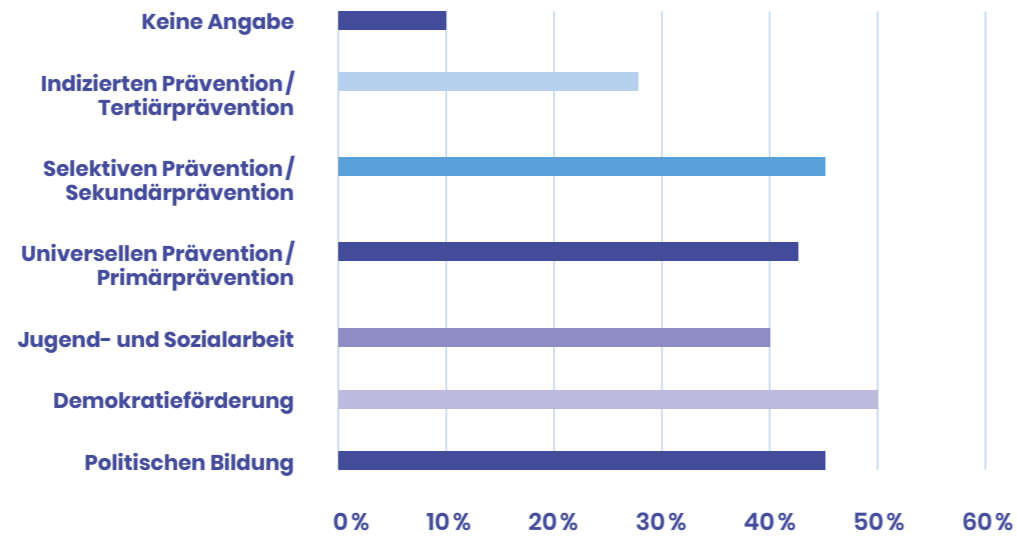
Thematisch verorteten 52,5 Prozent der Befragten den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf religiös begründetem Extremismus allgemein, 72,5 Prozent auf islamistischem Extremismus im Spezifischen, 32,5 Prozent auf Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und 30 Prozent sahen den Schwerpunkt ihrer Arbeit eher im Phänomenbereich Rechtsextremismus, betrachteten aber Radikalisierungsprozesse phänomenübergreifend. Einige Teilnehmende präzisierten den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit mit Textkommentaren: Dabei wurde Demokratieförderung (zwei Nennungen) und Vielfaltgestaltung als Schwerpunkt genannt oder eine genauere Spezifikation der Phänomenbereiche vorgenommen („Türkischer Rechtsextremismus“, „Ülkücü-Bewegung“). Andere konzentrierten sich auf Einzelaspekte wie „Medienkompetenz“, „Hate Speech“, „(Anti-)Rassismus“, „Antisemitismus“, „Verschwörungsdenken“, „Konfliktbearbeitungen“ und „Interreligiöse Konflikte“.

Der inhaltliche Schwerpunkt meiner Arbeit liegt auf



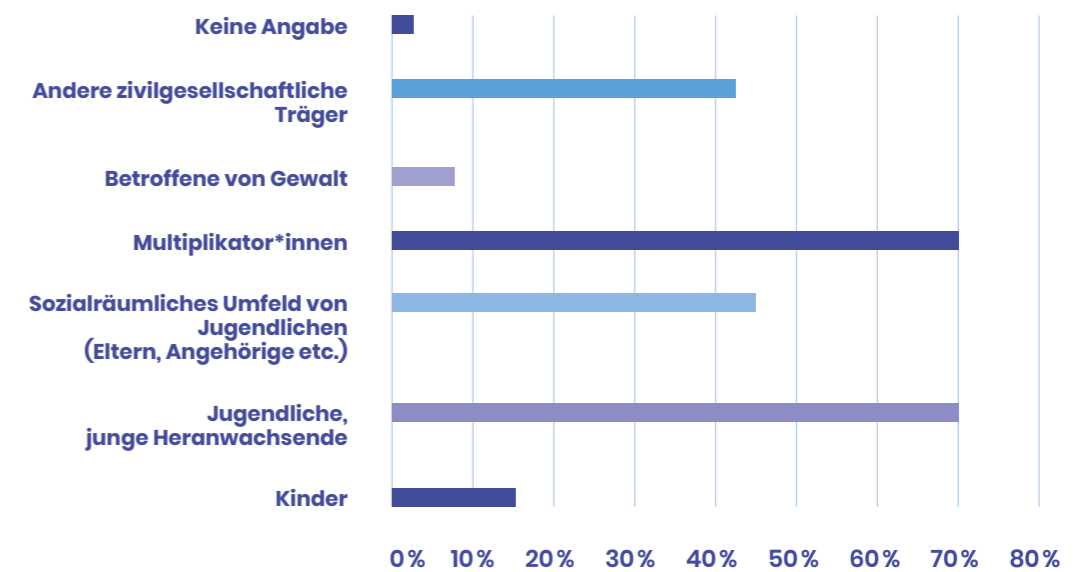
42,5 Prozent der Befragten verorteten ihre Arbeit vorwiegend im Bereich der universellen Prävention/der Primärprävention. Jeweils 45 Prozent verorteten ihre Arbeit im Bereich der selektiven Prävention/Sekundärprävention und 27,5 Prozent in der indizierten Prävention/Tertiärprävention. 45 Prozent gaben an, Maßnahmen der politischen Bildung durchzuführen. 50 Prozent verorteten sich im Bereich der Demokratieförderung. 40 Prozent gaben an, sich als Jugend- und Sozialarbeiter*innen zu verorten.

Ich verorte meine Arbeit vorwiegend im Bereich der



Befragt nach ihren **Zielgruppen** gaben 70 Prozent an, direkt mit Jugendlichen und jungen Heranwachsenden zu arbeiten. 15 Prozent der Befragten arbeiten auch mit Kindern. 45 Prozent wirken im sozialräumlichen Umfeld von Kindern und Jugendlichen (einschließlich Eltern und Angehörige). 7,5 Prozent konzentrieren sich auf Betroffene von Gewalt, 70 Prozent der erreichten Präventionsakteur*innen richten sich mit ihren Angeboten an Multiplikator*innen aus diversen Kontexten wie Schulen, Universitäten und Hochschulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Jugendamt, Geflüchtetenunterkünfte, der öffentlichen Verwaltung, Polizei und Sicherheitsinstitutionen. 42,5 Prozent arbeiteten mit anderen zivilgesellschaftlichen Trägern als spezifische Multiplikator*innen. Vereinzelt Nennungen bezogen sich auf Aussteiger*innen, den Bereich des Strafvollzugs sowie auf Wissenschaftler*innen und die Gesellschaft als Ganzes.

Meine Zielgruppe sind hauptsächlich



Kompetenznetzwerke zum Einfluss autoritären Denkens auf zivilgesellschaftliche Träger von Demokratie- und Präventionsarbeit (Erhebung III)

Miriam Katharina Heß, Rüdiger José Hamm (BAG RelEx)

Die gegenwärtige Welle von Rechtsextremismus ist gekennzeichnet durch Autoritarismus, Nationalismus, Queerfeindlichkeit und Narrative zur Migrations- und Integrationspolitik, die in den Mainstream einsickern und den politischen Diskurs mitbestimmen. Dazu gehört auch die vermeintliche Frontstellung zwischen „westlichen Werten“ und „dem Islam“. Solche migrations- und integrationsfeindlichen Haltungen sowie rassistischen Positionen feuern ihrerseits islamistische Ideologien an. All dies hat Auswirkungen auf zivilgesellschaftliche Träger im Themen- und Handlungsfeld von Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Die Träger aus dem Kompetenznetzwerk „Demokratiebildung im Kindesalter“ verzeichnen zeitlich betrachtet „seit der Coronakrise zunehmende Spannungen, die sich an unterschiedlichen politischen Einschätzungen zu Sachverhalten oder Problemlagen entzünden: Impfen/Impflicht, Aufnahme ukrainischer Geflüchteter, Krieg in Israel und Palästina, Klimakrise, Energiekrise, Migration etc.“. Vor dem Hintergrund dieser Krisen und Konflikte sowie der politischen Aufmerksamkeit, die diese auf sich ziehen, rücken – so die Träger des Netzwerks – **andere Anliegen**, wie die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz, **in den Hintergrund**. Das sei auch deshalb problematisch, weil gerade rechtspopulistische Parteien Kinderrechte, etwa das Recht auf Teilhabe für Kinder mit Behinderungen und das Recht auf Mitbestimmung, grundlegend infrage stellten.

Nach den Auswirkungen autoritären Denkens auf zivilgesellschaftliche Träger haben wir im Rahmen unserer Bedarfserhebungen nicht nur Träger der Islamismusprävention, sondern alle Kompetenznetzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ befragt. Fünf Kompetenznetzwerke gaben uns Rückmeldungen, die wir im Folgenden zusammengefasst wiedergeben.

Das Kompetenznetzwerk „Antisemitismus“ berichtet von einem Anstieg antisemitischer Angriffe und Gewalt – und nennt dabei ebenfalls die oben beschriebenen Krisen und Kriege als Auslöser. Die Träger berichten, dass „diese **gesellschaftlichen Ereignisse eine Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus** [bieten], sie senken die Hemmschwelle für antisemitische Äußerungen und auch für konkrete Angriffe auf Juden*Jüdinnen“.

Es wird betont, dass Antisemitismus ein Kernelement rechtspopulistischer Strömungen darstellt, das im Kontext unterschiedlicher gesellschaftlicher Krisen besonders attraktiv erscheint.

Ähnliches berichten auch das Kompetenznetzwerk „Anti-Schwarzer Rassismus“ und das Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit. Auch hier verzeichnen die Träger einen **Anstieg von Gewalt, Ablehnung und Hass**, der sowohl die Mitarbeiter*innen selbst als auch Menschen betrifft, mit denen sie zusammenarbeiten. Insbesondere die Mitarbeiter*innen des Kompetenznetzwerks zum Abbau von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit betonen, dass die **Anfeindungen auch im digitalen Bereich** zunehmen.

Fazit

Dies deckt sich mit den Beschreibungen der Träger aus dem Kompetenznetzwerk „Hass im Netz“: Im Online-Bereich entferne sich die Debatte schneller von der Sachebene, und gegenseitige Anfeindungen und Aggressivität in den Beiträgen und Interaktionen nähmen zu. „Normen und Regeln des gegenseitigen Respekts verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Gleichzeitig werden **Abwertungen des Gegenübers** und gewaltvolle und drohende Sprache immer normaler, sagbarer und etablierter.“ Dies führe zu **Einschüchterungen** vieler Menschen, die sich aus Angst vor Hass und Anfeindungen zurückziehen und ihre Meinung dort nicht mehr äußern. In der Folge wirkten demokratiefeindliche Parteien, Akteur*innen und Positionen deutlich lauter und präsenter und es entstehe der Eindruck von mehr Unterstützung für diese Positionen: „**Vermeintliche Mehrheiten für demokratiefeindliche Positionen [werden] vorgetäuscht**“, heißt es in der Stellungnahme vom Netzwerk „Hass im Netz“.

Alle Träger berichten, dass ihre Arbeit in den vergangenen Jahren anstrengender und intensiver geworden sei. In allen Themen- und Handlungsfeldern der vorgestellten Kompetenznetzwerke haben sich feindselige, ablehnende und polarisierende Positionen zugespitzt, sind dramatisch angestiegen und treffen mehr denn je auch die Mitarbeiter*innen der Träger selbst etwa in Form persönlicher Bedrohungen oder sogar konkreter Angriffe. Die hier skizzierten Eindrücke zeigen das Spektrum der von dieser Strömung betroffenen Menschen und Institutionen: Menschen, die aufgrund rassistischer Kriterien als nicht dazugehörig markiert werden, die zum Beispiel jüdisch oder muslimisch sind, die einer nativistischen Vorstellung von „der deutschen Leitkultur“ oder bestimmten Sexual- oder Geschlechtervorstellungen nicht entsprechen oder die an gleichberechtigter Teilhabe gehindert werden. In erster Linie sind das Menschen, die allein durch ihre Existenz oder durch ihr Handeln autoritäre, nationalistische und andere rechte Denkmuster und Normen unterlaufen. **Eine Herausforderung für die Praxis von Pädagogik, politischer Bildung und Prävention** besteht vor diesem Hintergrund darin, nicht selbst in polarisierende Auseinandersetzungen einzutreten, sondern Menschen als Zielgruppe von Demokratieförderung und Extremismusprävention zu begreifen, denen solche und andere rechtsextreme, autoritäre und abwertende Positionen und Angebote offenbar attraktiv erscheinen.

Fokusgruppengespräch zur Zukunft der Modellprojekte (Erhebung IV)

Johanna West
(Violence Prevention Network)

Erkenntnisse

Im Zentrum des diesjährigen Fokusgruppengesprächs standen die Modellprojekte von „Demokratie leben!“ aus dem Phänomenbereich „Islamistischer Extremismus“. Sie wurden auf verschiedenen Wegen erreicht: Im Rahmen einer Gruppendiskussion, eines Telefoninterviews und zweier schriftlicher Befragungen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Einblicke in Entwicklungen, Herausforderungen und Bedarfe ihrer Arbeit zu geben. Aufgabe der Modellprojekte ist es, neue Entwicklungen im Themenfeld aufzugreifen und Zugänge sowie pädagogische Angebote und Formate für die Präventionsarbeit zu entwickeln und zu erproben. Der Fokus der Projekte liegt auf Empowerment, Online-Streetwork oder der Förderung von Vernetzung und Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft. Insgesamt wurden acht Modellprojekte erreicht, die ihre Erkenntnisse, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen des Arbeitsalltags gemeinsam intensiv diskutierten.

Trotz unterschiedlicher Themenschwerpunkte und verschiedener Zielgruppen gibt es Methoden und Ansätze, die sich übereinstimmend bewährt haben:

Mehrere Befragte, deren Fokus auf der Entwicklung pädagogischer Angebote und Formate liegt, betonen die Relevanz von langfristigen Ansätzen und der Notwendigkeit, Präventionsangebote in Regelstrukturen zu verankern. **Langfristige Beziehungs- und Bindungsarbeit** werden als Grundvoraussetzung für eine gelingende Präventionsarbeit genannt. Die Beständigkeit und Nachhaltigkeit von Strukturen sei für die Wirksamkeit der Arbeit zentral. So habe sich das Potenzial der Modellprojekte insbesondere dann entfalten können, wenn die Zusammenarbeit mit **Regelstrukturen** ermöglicht werden konnte. Ein*e Mitarbeiter*in berichtete: „Je unspezifischer wir geworden sind, desto erfolgreicher wurde die Arbeit“ – sowohl in Bezug auf den Zugang zu gefährdeten Jugendlichen und jungen Menschen als auch in der konkreten Arbeit mit ihnen. Sozialpädagogische Arbeit, wie sie in Regelstrukturen der Kinder- und

Jugendarbeit stattfindet, ist wirksam – auch für die Prävention von islamistischem Extremismus. Jugendliche bräuchten einen Raum, in dem sie sich entfalten können, sichtbar sind und in dem sie von und mit Vorbildern lernen können.

So hat sich in mehreren Modellprojekten methodisch ein **Peer-to-Peer-Ansatz** bewährt. Der pädagogische Ansatz der Peer-Education ermöglicht das Lernen von und mit Menschen, die einen ähnlichen Erfahrungshintergrund haben und gleiche Lebenswelten teilen. Diese Partizipationsmöglichkeiten und Empowermentstrategien stärken den Erfolg der Projekte und haben großes Potenzial, den Zugang zur Zielgruppe zu verbessern. Im Zusammenhang damit stehen auch **wertemilieubasierte Ansätze**, die sich bewährt haben, da sie es ermöglichen, Angebote attraktiver, niedrighschwelliger und damit insgesamt erfolgreicher zu gestalten. So sei es unabdingbar, „die Leute da abzuholen, wo sie sind“. **Die Nähe an der Lebensrealität der Zielgruppe** und die **Passgenauigkeit der Angebote** mit ihren Themen und Methoden ist ausschlaggebend für den Erfolg. Einem ganzheitlichen Ansatz gelingt es dabei, die „Sprache der Zielgruppe zu sprechen“, eine Kommunikation auf Augenhöhe umzusetzen und die Lebenswelten der Zielgruppe zu verstehen. Bewährt hat sich das Schaffen von **konstruktiven Diskursräumen**, in denen Meinungen zunächst ausgehalten werden, denn nur „was sagbar ist, ist auch bearbeitbar“. Auf dieser Basis werden die Jugendlichen und jungen Menschen befähigt, eigene, kohärent argumentierende

Standpunkte zu bilden – die Reflexion und Argumentation ist so sowohl für die Zielgruppe als auch die Fachkräfte gewinnbringend.

Hinsichtlich eines verbesserten Zugangs zur Zielgruppe hat sich neben den genannten Methoden vor allem die Identifizierung von **Schlüsselpersonen**, die authentisch in der Zielgruppen-Community vernetzt sind, als erfolgreich erwiesen. Das gilt auch für den Zugang zu **zugangsschaffenden Institutionen** und den Aufbau effektiver Kooperationsstrukturen. Die Identifikation von Schlüsselpersonen, die gut vernetzt sind und als Multiplikator*innen im jeweiligen Handlungsfeld, etwa in Schulen oder Moscheegemeinden wirken können, ermöglicht es, die Zielgruppe in ihrer Lebenswelt und ihrem Sozialraum zu erreichen und so die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Angebot deutlich zu erhöhen.

Auch das Setting, in dem Präventionsarbeit stattfindet, spielt eine große Rolle. So berichtet ein Modellprojekt, welches sich in muslimischer Trägerschaft befindet, dass über das **religiöse Setting**, das einen spezifischen Sozialraum eröffne, eine andere Intimität und damit eine andere Arbeit möglich sei, da hier ein Vertrauensvorschuss bereits gegeben ist. Auch andere Modellprojekte berichten von dem Potenzial, muslimische Gemeinden einzubinden, da sie eine wichtige Schlüsselfunktion bei der Zielgruppenerreichung spielen können. Betont wird an dieser Stelle, dass muslimische Gemeinden als Partner auf Augenhöhe und nicht als Zielgruppe der Präventionsarbeit gesehen werden müssen.

Große Potenziale sehen die Modellprojektmitarbeitenden auch in **phänomenübergreifenden Ansätzen**. Mehrere Projekte berichten, dass sie einen anfänglichen Schwerpunkt auf religiös begründetem Extremismus im weiteren Verlauf verstärkt hin zu einer phänomenübergreifenden Perspektive erweitert haben. Der Fokus auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Wechselwirkungen der Phänomene wurde als wirksamer erlebt, da phänomenübergreifendes Arbeiten unter anderem die Heterogenität der Zielgruppe berücksichtige und zum anderen Stigmatisierungen vermieden werden können. Auch der Transfer von Methoden und Ansätzen zwischen den Phänomenbereichen hat sich als gewinnbringend herausgestellt. So berichtet ein Projektmitarbeiter, dass ein Argumentationstraining gegen rassistische Parolen aus dem Bereich Rechtsextremismus erfolgreich auf ein Format, bei dem es um die Auseinandersetzung mit islamistischen Positionen und Parolen geht, übertragen werden konnte.

Potenzial liege zudem in der **Verschränkung von Online- und Offline-Angeboten** ebenso wie in dem Ineinandergreifen von Bildungs- und Medienarbeit. Die Arbeit in und mit sozialen Medien erlaubt es, breitere Bevölkerungsgruppen zu erreichen, und schafft die Möglichkeit, die Arbeit des Projekts über regionale Grenzen hinweg sichtbar zu

Entwicklungen und Herausforderungen

machen. Weitere Potenziale werden auch darin gesehen, Tools aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) für die Extremismusprävention zu nutzen, sowie in Monitoringprojekten und Coachings, der Beratung und Supervisionen zu virulenten Themenschwerpunkten des Felds der Online-Extremismusprävention.

Es zeigt sich, dass **Flexibilität** und **Anpassungsfähigkeit** notwendig sind, da die Rahmenbedingungen, in denen Präventionsarbeit stattfindet, einem kontinuierlichen Wandel unterliegen. Während zu Beginn der Modellprojektlaufzeit die Coronapandemie sowohl methodisch als auch inhaltlich die Arbeit beeinflusste, nannten die Projektmitarbeitenden im Weiteren vor allem **nationale ebenso wie globale Konflikte** und Krisen, den Ukrainekrieg beispielsweise, als zentrale Rahmenbedingungen. Der 7. Oktober 2023 und der anhaltende Krieg zwischen der Hamas und Israel werden auch hier als einschneidendes und herausforderndes Ereignis beschrieben, im Zuge dessen Maßnahmen angepasst werden mussten. Darüber hinaus prägen die zunehmenden **rechtsextremen Tendenzen** in der Gesellschaft die Arbeit maßgeblich. Angesichts stärker werdender Polarisierungen sehen sich die Modellprojekte in der Verantwortung, im Rahmen ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Dabei erschwere auch der zunehmende **antimuslimische Rassismus** ihre Praxis. Gerade **Projekte in muslimischer Trägerschaft** müssen sich damit auseinandersetzen, dass Sicherheitsdiskurse weiterhin mit Muslim*innen und „dem“ Islam verknüpft würden und ihnen häufig wenig Bereitschaft zur Kooperation und Zusammenarbeit entgegengebracht werde. Mitunter werde ihnen die Legitimation abgesprochen, und sie würden selbst als Gefahr wahrgenommen, berichtet ein Mitarbeiter. **Projekte im Online-Bereich** nehmen vor allem die Schnelllebigkeit der sozialen Medien und Online-Diskurse als thematische und methodische Herausforderung wahr.

Insgesamt müssen die Projekte in ihren Angeboten kurzfristig auf **(tages-)aktuelle Ereignisse** reagieren, ihren thematischen Fokus anpassen und gleichzeitig mit strukturellen Veränderungen in ihrer Arbeit umgehen. So berichten viele von kontinuierlichen zeitlichen und personellen **Ressourcen- und Kapazitätsproblemen**. Häufig kam es auch zu personellen Veränderungen in Teams, die sich stark auf die Arbeit auswirkten. Die Prekarität des gemeinnützigen Sektors führe oft zu hoher Fluktuation, was Kontinuität und Stabilität der Arbeit im Themenfeld erschwere.

Die Modellprojekte stehen vor zahlreichen **strukturellen Herausforderungen**, die insbesondere eine Verstetigung und mögliche Verankerung der Projekte in Regelstrukturen betreffen. Die beständige Frage, wie eine langfristige Finanzierung und die Fortführung der Arbeit gesichert werden können, führt zu großer Verunsicherung, die auch ein

Konkurrenzdenken unter den Trägern nach sich ziehe. Zudem beschäftigt die Träger, wie und in welcher Form die gewonnenen **Erkenntnisse und Learnings** für weitere Projekte und Präventionsakteur*innen zur Verfügung gestellt und nachhaltig transferiert werden können. Vor besonderen strukturellen Herausforderungen stehen gerade auch die Projekte, in denen – etwa in der Arbeit mit straffälligen Jugendlichen – das Vertrauen in die einzelnen Mitarbeitenden ausschlaggebend ist für den Erfolg des Projekts. Wenn die Mitarbeitenden aufgrund fehlender Fördermittel nicht gehalten werden können, leidet darunter die Vertrauensbasis. Die Zielgruppe werde so nicht mehr erreicht und die aufgebauten Beziehungen könnten nicht weitergetragen werden, berichtet ein Mitarbeiter. Mehrere Modellprojekte befürchten, dass ihre Erkenntnisse und das erfolgreiche Angebot, welches sie aufgebaut haben, vor diesem Hintergrund weniger nachhaltige Effekte haben, die Zielgruppe keine Ansprechpartner*innen mehr hat und „allein gelassen“ wird.

Als strukturelle **Bedarfe** nennen die Modellprojekte primär die Unterstützung zur **Sicherung und Weiterführung ihrer Projektansätze und -konzepte**. Außerdem genannt wurden Schritte zu einer **Entbürokratisierung** und stärkeren Berücksichtigung von Netzwerkarbeit und **Wissensmanagement**.

03

Schlaglichter 2024

Mainstreaming auf Social Media

Wie rechtsextreme und islamistische Akteur*innen ihre Themen platzieren

Frederik Braune
(BAG ReEx)

Auf TikTok, Instagram, Facebook oder YouTube finden auch rechtsextreme und islamistische Gruppen ein großes Publikum. Sie nutzen das nicht zuletzt dazu, um ihre Themen und Thesen zu platzieren. Aus den sozialen Medien sickern diese dann in den Mainstream und beeinflussen öffentliche Diskurse. Im Folgenden kann das am Beispiel von Gruppierungen wie Generation Islam oder einem Prediger wie Pierre Vogel gezeigt werden. Sie wenden sich dabei vor allem an die muslimische Community und inszenieren sich auf den einzelnen Plattformen als deren Repräsentanten.

In den vergangenen zehn Jahren hat Social Media einen immer größeren Einfluss auf den demokratischen Willensbildungsprozess vieler Menschen gewonnen. Die neuen sozialen Medien¹, die im Zuge der Digitalisierung entstanden sind, zwangen etablierte Medienhäuser, die auf Zeitung, Radio und Fernsehen ausgerichtet waren, neue journalistische Formate zu entwickeln, sich selbst zu digitalisieren und sich in gewisser Weise den Verwertungslogiken der sozialen Medien zu unterwerfen. Auf den Plattformen entstanden für Nutzer*innen neue Partizipationsmöglichkeiten etwa in Form von Chats, Kommentarspalten, Foren, Live-streams oder Reactions. Nie zuvor war es als Individuum so einfach, sich zu vernetzen, auszutauschen, selbst Informationen zu produzieren und diese zu verbreiten.

Gatekeeper², die bisher als eine Art Vorfilterung galten und Informationen aufnahmen, selektierten, einordneten und ihren Wahrheitsgehalt überprüften, existieren nur in den sogenannten klassischen Medien. In den sozialen Medien ist mit den Algorithmen eine ganz neue Form von

Gatekeepern entstanden. Sie entscheiden nach Logiken, die sich an Reichweite und Aufmerksamkeit orientieren, wodurch der Wahrheitsgehalt von Nachrichten nebensächlich erscheint (Hunfeld 2020). Vielmehr spielen in den sozialen Medien neue Methoden der Reichweitengenerierung eine Rolle, wie das sogenannte Clickbaiting³, bei dem Nutzer*innen durch reißerische Überschriften und gestalterische Elemente dazu ermuntert werden sollen, Beiträge anzuklicken (Seobility Wiki 2024).

„Während journalistische Medien ‚publizieren‘, also Informationen von gesellschaftlicher Relevanz einem möglichst breiten Publikum zugänglich machen, sind soziale Medien auf Konversation ausgerichtet“ (Schmidt 2018: 29). Konversationen in den sozialen Medien basieren auf dem Recht der freien Meinungsäußerung, die ein wesentlicher Bestandteil demokratisch geführter Debatten

ist. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass Nutzer*innen nach Belieben alles verbreiten dürfen. Vielmehr müssen sie darauf achten, die Persönlichkeitsrechte anderer zu wahren, strafrechtlich relevante Inhalte zu vermeiden sowie nicht gegen Community-Richtlinien zu verstoßen, die von Plattform zu Plattform sehr unterschiedlich sein können. Auf dieser Basis verbreiten zwar auch Algorithmen die Beiträge auf Social Media –

¹ Unter sozialen Medien sind im vorliegenden Text Plattformen gemeint, die es Nutzer*innen ermöglichen, sich im Internet zu vernetzen, zu diskutieren und Inhalte weiterzubreiten.

² Mit Gatekeepern ist die journalistische Arbeit gemeint, die gewisse Qualitätsstandards wie Unabhängigkeit, Ausgewogenheit und den Wahrheitsgehalt der Berichterstattung gewährleistet.

³ Clickbaiting stammt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie „Klickködern“. Diese Methode wird von klassischen Medien kritisch betrachtet, da sich hinter vermeintlich wichtigen Informationen oft inhaltslose und zum Teil falsche Informationen verbergen.

Mainstreaming extremistischer Milieus

allerdings mittels undurchschaubarer Mechanismen. Denn je polarisierender Postings, Bilder und Videos sind, desto stärkere emotionale Erregung wird verursacht, die wiederum eine schnellere Verbreitung fördert (Schmidt 2018). Die emotionalisierenden und polarisierenden Inhalte oder extremen Positionen zielen also in erster Linie auf Reichweite und Follower*innenanzahl. Von großen Plattformen wie TikTok, Meta und Co. ist dieser Mechanismus ausdrücklich erwünscht – emotionalisierende und kontroverse Inhalte gelten hier als „Selling Point“ (Hotait 2023).

Auf großen sozialen Netzwerken wie TikTok, Instagram, Facebook oder YouTube haben auch extremistische Gruppen die Möglichkeit, eine breite Nutzer*innenschaft anzusprechen. Diese Plattformen bieten ihnen die Chance, ihre Reichweite auszubauen und neue Anhänger*innen sowie Sympathisant*innen zu gewinnen und zu mobilisieren (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Hier treiben sie das Mainstreaming radikaler Positionen voran, indem sie ideologisch motivierte Narrative aktiv in den öffentlichen Diskurs einbringen. Dabei spielen ihnen die eingangs beschriebenen Verbreitungslogiken der sozialen Medien in die Hände, da kontroverse Inhalte besonders gut verbreitet werden. Musste vormals noch ein rechter Jugendclub oder eine extremistische Moscheegemeinde besucht werden, in denen extremistische Ideologien verbreitet wurden, reicht es heute völlig aus, dass Jugendliche Social Media nutzen. Dabei fungieren Alltagsthemen wie Mode oder Lifestyle häufig als Türöffner, über den Jugendliche auf extremistischen Content stoßen. Denn extremistische Gruppen haben es verstanden, sich stark an die Sehgewohnheiten ihrer Zielgruppe anzupassen, indem sie sich in ihrem Auftreten an anderen erfolgreichen Influencer*innen orientieren (Leikert/Oehlmann 2023).

Extremistische Akteur*innen versuchen fortwährend, ihre ideologischen Positionen in der Mitte der Gesellschaft zu verankern oder zumindest so zu platzieren, dass sie mit mehr Unterstützung für ihre Positionen rechnen können. Als Mainstreaming wird daher ein Prozess verstanden, in dem politische Akteur*innen bestrebt sind, den öffentlichen Diskurs in Richtung radikalerer Positionen zu verschieben. Dabei muss nicht zwingend eine Assoziation zu bestimmten Akteur*innen bestehen (Schmitt et al. 2020). Vielmehr geht es um eine Normalisierung unterschiedlicher extremistischer Begrifflichkeiten und Formulierungen, die sagbar, also in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden, um sie langfristig „salonfähig“ zu machen. Ziel ist es, hier die Reaktanz⁴ gegenüber extremistischen Ideologien, Akteur*innen oder Praktiken zu reduzieren (Munn 2019). In diesem Zuge werden bisher vom gesellschaftlichen Mainstream abgelehnte und tabuisierte Positionen oder Begrifflichkeiten normali-

⁴ Reaktanz bezeichnet hier den inneren Widerstand gegen äußere Einschränkungen der Handlungsfreiheit wie z. B. Verbote oder äußeren Druck. Sie fördert die Tendenz, das zu tun, was verboten oder unerwünscht ist.

„Rechtes Mainstreaming“ seit den 1990er Jahren

siert und es kommt zu einer Art Akklimatisierung und allgemeiner Akzeptanz extremistischer Narrative.

Genau diesen Normalisierungsprozess machen sich Rechtsextreme zunutze. Sie setzen bewusst Themen, die in der breiten Gesellschaft Anklang finden. Sie bringen Themen wie Migration und Islam sowie andere rechtsextreme ideologisch angehauchte Themen immer wieder in den öffentlichen Diskurs. Damit sollen Personen und Positionen, die früher als rechtsextrem galten, infolge einer allgemeinen Diskursverschiebung als politisch mittig oder konservativ wahrgenommen werden (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Das Aufgreifen rechtsextremer Rhetoriken durch etablierte Parteien spielt ihnen dabei in die Hände.⁵

Das Phänomen des „rechten“ Mainstreamings ist seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten. Teresa Völker⁶ hat das Modell des „diskursiven Mainstreamings“ entwickelt, um zu erklären, wie rechtsextreme Ideen mehr und mehr Einzug in den Diskurs liberaler Demokratien finden (Völker 2023). Sie stellt dabei drei Triebkräfte in den Mittelpunkt:

1. Demokratische Parteien übernehmen Kernthemen der extremen Rechten, die erst dadurch im gesamtgesellschaftlichen Diskursraum ausgehandelt werden.
2. Rechte Akteur*innen nutzen kritische Ereignisse wie Terroranschläge oder Migrationsdebatten, die medial viel Aufmerksamkeit bekommen, und framen sie für ihre Zwecke.
3. In der öffentlichen Wahrnehmung verstärken sich Vorurteile und Stereotype gegenüber bestimmten Gruppen (Völker 2023).

Fortschreitende Diskursverschiebung

Diese Faktoren und ihre Wechselwirkungen lassen sich nicht nur bei rechtsextremen Akteur*innen beobachten. Auch die islamistische Szene nutzt die Mechanismen des Mainstreamings über Social Media, um eigene, oft dualistische und simplifizierende Positionen zu komplexen Themen zu verbreiten und Diskurse in ihrem Sinn zu beeinflussen. Im Kontext des Islamismus konzentrieren sich Mainstreamingprozesse allerdings auf Themen, die in erster Linie innerhalb der muslimischen Community von Relevanz sind. Islamistische Akteur*innen suchen nach Querschnittsthemen, die möglichst in der gesamten muslimischen

⁵ Auch die Annäherung etablierter Parteien an rechtsextreme Rhetoriken ist Teil des Mainstreamings, das vorwiegend dazu dient, Wähler*innen zurückzugewinnen. Eine Studie zu Annäherungsstrategien hat jedoch gezeigt, dass klassische Mainstream-Parteien, die sich rechtsradikalen Positionen annähern, zwar zur gesellschaftlichen Diskursverschiebung beitragen, die Wähler*innen sich aber eher für das Original als die Kopie entscheiden (Krause et al. 2022).

⁶ Teresa Völker ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im WZB. In ihrer Dissertation hat sie untersucht, wie rechtsextreme Akteur*innen die öffentlichen Debatten seit den 1990er Jahren in Deutschland beeinflusst haben.

Community anschlussfähig sind. Dabei versuchen sie, an Diskriminierungserfahrungen, Problemlagen und Herausforderungen anzuknüpfen, mit denen Muslim*innen in Deutschland aufgrund ihrer tatsächlichen oder ihnen zugeschriebenen Religionszugehörigkeit konfrontiert sind, diese ideologisch zu framen und in digitale Räume einzuspeisen. In diesem Zuge präsentieren sie sich als Sprachrohr aller Muslim*innen in Deutschland. In erster Linie bedienen und forcieren sie dabei Opfernarrative und betonen die Erfahrung vieler Muslim*innen, dass sie aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit in Deutschland gesellschaftlich niemals als gleichwertig anerkannt würden. Als Ausweg bieten sie „den Islam“ – sprich, ihr eigenes Islamverständnis – oder auch die Forderung nach einem Kalifat an, das Muslim*innen, so das Versprechen, unabhängig ihrer konfessionellen Strömung oder eigenen Religiosität einen sicheren Raum bieten würde (Baron 2021).

Vom subkulturellen Raum in den Mainstream

Die deutsche islamistische Gruppierung Generation Islam initiierte im April 2018 einen sogenannten „Twitterstorm“⁷. Ihr vorrangiges Ziel war es, mit massenhaften Tweets die Twitter-Trends zu erreichen, um so ihre Botschaften möglichst weit und über die eigene „Bubble“ hinaus zu verbreiten. Hinter dem Hashtag *#NichtohnemeinKopftuch* sammelten sich binnen kürzester Zeit über 70.000 Beiträge, und es fand eine breite Solidarisierung innerhalb der muslimischen Community mit der Aktion statt (Jugendschutz.net 2018). Unterstützung erhielt sie auch von der islamistischen Gruppierung Realität Islam und deren Hashtag *#KopftuchistunserePflicht*, die sich ebenfalls sehr medienwirksam gegen ein Kopftuchverbot positionierten.

Anlass hierfür war das in Deutschland erneut in die Diskussion gebrachte Verbot des Tragens von Kopftüchern in Schulen und Kindergärten für Mädchen unter 14 Jahren. Islamistische Gruppierungen stellten dies als Angriff auf alle Muslim*innen und deren Recht auf freie Religionsausübung heraus. In den sozialen Medien wurden Muslim*innen dazu aufgefordert, sich öffentlich gegen ein mögliches Kopftuchverbot zu positionieren und dabei die besagten Hashtags zu verwenden. Generation Islam und Realität Islam sprachen auf diesem Weg Muslim*innen als eine existenziell bedrohte Gemeinschaft an, die sich nur durch Zusammenschluss schützen kann und sich dazu bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen sollte (Asisi 2018).

Tatsächlich wird die Debatte in Deutschland um ein Verbot von Kopftüchern über die muslimische Bevölkerung hinweg geführt und besonders aus konservativ rechten Kreisen befeuert. Das spielt islamistischen Akteur*innen in die Hände, die Anspruch darauf erheben, im Namen

⁷ Sogenannte Twitterstorms sind eine Methode islamistischer Gruppierungen, mittels der sie Reichweite über die eigene „Bubble“ hinaus generieren wollen. Anfang Januar 2024 hat es der Hashtag *#OffenerBrief* mit über 43.000 Posts in die Trends von X (vormals Twitter) geschafft (KN:IX 2024a).

aller Muslim*innen in Deutschland zu sprechen, um die Debatte an sich zu reißen und sich selbst sowie alle Muslim*innen als Opfer der Mehrheitsgesellschaft darzustellen (Jugendschutz.net 2018).⁸ Auf diese Weise wird ein „Wir-gegen-die-anderen-Gefühl“ gestärkt. Unter den Hashtags bündeln sich dann die einschlägigen Beiträge und werden wiederum einer homogenen Nutzer*innenschaft angezeigt, der damit im Rahmen der Peergroup ein Gefühl von Selbstwirksamkeit und Mündigkeit vermittelt wird (Jugendschutz.net 2018).

Die Rolle von Influencer*innen und Podcaster*innen

Anfang 2024 traten Pierre Vogel und Marcel Krass bei nicht feldrelevanten Influencern und Podcastern auf, die beiden eine Plattform boten, wodurch sie Zielgruppen erreichen konnten, die sie über ihre eigenen Kanäle nicht hätten erschließen können. In den Interviews konnten sie ihre Ideologien und Wertevorstellungen verbreiten, ohne kritische Einordnungen seitens ihrer Gesprächspartner*innen befürchten zu müssen. Im Gegenteil, beide inszenierten sich als Opfer einer Mehrheitsgesellschaft, die sie in die extremistische Ecke rücken wolle.

Vogel trat bei dem Influencer und Profiboxer Senad Gashi alias „Ringfluencer“ auf. Dieser hat auf YouTube 64.000 Abonnent*innen und produziert überwiegend Videos über Boxsport. Eine der Kategorien seines YouTube-Kanals heißt „Ringfluencer Gyms“, in der Gashi um die ganze Welt reist, Boxclubs besucht und mit den Trainer*innen der Clubs ins Gespräch kommt. Die Videomitschnitte der Reisen und die Interviews mit den Trainer*innen schneidet Gashi zu Kurzfilmen zusammen und veröffentlicht diese auf seinem YouTube-Kanal. In dieser Kategorie tritt auch Vogel auf und inszeniert sich als seriöser Boxtrainer eines Kölner Boxclubs, in dem er Trainingseinheiten für Jugendliche zwischen 4 und 15 Jahren anbietet (Ringfluencer 2024). Vogel, der selbst ehemaliger Profiboxer ist, wird als kompetenter Jugendtrainer dargestellt, der auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingeht.

Seine jahrelangen Auftritte als salafistischer Prediger bleiben im Interview mit ihm unerwähnt. Stattdessen präsentiert sich Vogel als gläubiger Muslim, der von seinen Gegner*innen fälschlicherweise in die Ecke von Extremist*innen gedrängt werde (KN:IX 2024b). Das Video von Senad Gashi hat bereits über 70.000 Aufrufe und bespielt durch die enorme Reichweite von Gashis Account völlig neue Kreise, die Vogel zuvor nicht erreichen konnte.

Ende März hielt sich Vogel medienwirksam in den Räumlichkeiten eines weiteren Kampfsportvereins in Hamburg auf. Im Rahmen eines gemeinsamen Fastenbrechens innerhalb der Räumlichkeiten des Box-

⁸ Anfang Februar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Land Berlin Lehrer*innen das Tragen von religiösen Symbolen nicht pauschal verbieten darf, worunter auch das Tragen eines Kopftuchs fällt (NDR 2023).

vereins hielt Vogel einen Vortrag und teilte anschließend Ausschnitte davon auf TikTok (KN:IX 2024b).

Dieser Besuch verstärkt den Eindruck, dass Vogel aktiv die Nähe zu Akteur*innen aus dem Milieu des Kampfsports sucht. Vor dem Hintergrund seiner früheren Karriere als Profiboxer ist anzunehmen, dass Vogel über ein gutes Netzwerk in der Boxszene verfügt. Und wie im Rechtsextremismus spielt Kampfsport in der islamistischen Szene auch aus einer genderspezifischen Perspektive eine bedeutende Rolle: Denn „Geschlechtskonstruktionen sind hier von der Idealisierung kämpferischer, aggressiver, durchsetzungsstarker, heterosexueller und körperlich überlegener Männlichkeit geprägt“ (Puvogel 2022: 10). Dies passt gut in das Bild, das Vogel durch Kampfsport vermitteln möchte. Auf seinem YouTube-Kanal erläutert er die Vorteile von Kampfsport für Körper und Seele. Vogel beschreibt Kampfsport als eine ideale Basis für das Erlernen von Eigenschaften wie Durchsetzungskraft, Selbstbewusstsein und Disziplin, aber auch Gehorsamkeit (Vogel 2021).

Auch Marcel Krass bemüht sich um Gastauftritte bei nicht feldrelevanten Akteur*innen außerhalb des engeren Themenkreises, um seine Reichweite zu vergrößern. Krass bekam in dem Podcast „{ungeskriptet}“ über drei Stunden lang den Raum, über diverse Themen wie sein Glaubensverständnis, seine schwierige Vergangenheit, seine Einstellung zu Gewalt sowie die Situation in Gaza zu sprechen. In der Folge „Was glauben Muslime wirklich“, die bis zum Mai 2024 über 500.000 Aufrufe auf YouTube erreicht hat, wird Krass als einer der einflussreichsten muslimischen Prediger im deutschen Internet vorgestellt (Berndt 2024; KN:IX 2024b). Der Host des Podcasts gibt an, wenig über den Islam zu wissen und durch das Gespräch mit Krass mehr darüber erfahren zu wollen. Zwar befragt der Moderator Krass nach seinen Verbindungen zu „extremistischen Kreisen“ und seinen problematischen Einstellungen, jedoch sind die Fragen offen formuliert und entbehren jeglicher Kontextualisierung (KN:IX 2024b). Auch fehlt es an einer genaueren Bestimmung des Begriffs „Extremismus“. Dadurch wird nicht abschließend deutlich, ob mit der Fragestellung allgemein islamistische Akteur*innen und Inhalte gemeint sind oder der Fragesteller sich z. B. explizit auf gewalttätigen Extremismus bezieht.⁹

⁹ Heiner Vogel, der die Islamistische Szene schon seit einigen Jahren beobachtet, deutete kürzlich an, dass sich Krass in einem Distanzierungsprozess befinden könnte. Krass habe sich in den vergangenen Wochen „offenkundig stärker mit der Vergangenheit und seiner Rolle in der Szene auseinandergesetzt. Was er auch selbstbewusster und offener in der Öffentlichkeit kommuniziert“ (Röhmel 2024).

Gleich ob der Podcast „{ungeskriptet}“ Marcel Krass interviewt oder ob Boxclubs oder YouTuber wie Senad Gashi Pierre Vogel eine Bühne bieten – sie alle tragen dazu bei, dass islamistische Akteur*innen ihre Themen reichweitenstark platzieren können. Offen bleibt, ob dies durch die Hosts tatsächlich gewollt oder teilweise unwissend geschieht. Doch durch die fehlende kritische Einordnung tragen sie in jedem Fall zur Verbreitung und Normalisierung (Mainstreaming) islamistischer Positionen unter ihren Nutzer*innen bei.

Fazit

Mainstreaming radikaler Positionen findet sowohl durch rechtsextremistische als auch islamistische Akteur*innen statt. Begünstigt wird dies in den sozialen Medien durch undurchsichtige algorithmische Logiken, die emotionalisierende und kontroverse Inhalte fördern und vor allem auf Reichweiten und Follower*innenzahlen abzielen. Im islamistischen Milieu vertreten Akteure wie Pierre Vogel oder Marcel Krass sowie Gruppierungen wie Realität Islam, Muslim Interaktiv und Generation Islam auch keine Moscheen, Vereine oder Islamverbände, sondern agieren eigenständig und sind größtenteils online aktiv. Mit ihrer Präsenz im digitalen Raum versuchen sie, islamistische Positionen in muslimisch geprägten Filterblasen zu verbreiten und zu verankern. Hier wird ihnen die Möglichkeit geboten, islamistische Positionen in Diskurse zu tragen, die vor allem unter jungen Muslim*innen geführt werden, und so – auch mangels sichtbarer alternativer Perspektiven im digitalen Raum – deren Meinungsbildung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Anschluss kann der Schritt aus dem digitalen in den analogen Raum erfolgen und junge Muslim*innen können etwa zu Demonstrationen mobilisiert werden, in denen islamistische Positionen dann auch im öffentlichen Diskurs sichtbar werden. Um islamistischen Akteur*innen online nicht das Feld zu überlassen, bedarf es zielgruppengerechter Angebote im digitalen Raum – insbesondere auf TikTok. So könnte verhindert werden, dass in erster Linie islamistische Narrative in den sozialen Medien sichtbar werden und in muslimischen Online-Milieus islamistischen Akteur*innen die Deutungshoheit in gesellschaftlichen Diskursen überlassen wird, die insbesondere Muslim*innen betreffen. Dazu müssen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, die jungen Muslim*innen Alternativen zu dualistischen Deutungen aufzeigen und selbstbewusstes muslimisches Leben fernab islamistischer Narrative ermöglichen.

Literaturverzeichnis:

- Asisi, P. (2018): „Generation Islam“ und Online-Islamismus [Interview], <https://www.ufuq.de/aktuelles/generation-islam-und-online-islamismus-interview-mit-pierre-asisi/>, abgerufen am 04.06.2024.
- Baron, H. (2021): *Die Hizb ut-Tahrir in Deutschland*, bpb, <https://www.bpb.de/themen/infodienst/329054/die-hizb-ut-tahrir-in-deutschland/>, abgerufen am 04.06.2024.
- Berndt, B. (Podcaster) (2024): Was glauben Muslime wirklich? Marcel Krass {ungeskriptet} –YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=9KZR-jCs67o>, abgerufen am 10.06.2024.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): *Mainstreaming und Radikalisierung in den sozialen Medien: Abschlussbericht*, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/zaf/2023-02-16-zaf-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=7, abgerufen am 31.05.2024.
- Hotait, N. (2023): „Kontroversen sind ein Selling Point“ – Einblicke in eine Forschung zur Verbreitung von extremistischen Inhalten auf TikTok, <https://www.ufuq.de/aktuelles/tiktok-extremismus/>, abgerufen am 04.06.2024.
- Hunfeld, J.-M. (2020): *Die neuen Gatekeeper*, in: *politik-digital*, <https://www.politik-digital.de/news/neue-gatekeeper-163460/>, abgerufen am 04.06.2024.
- Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (2024a): *KN:IX plus trend*, Ausgabe 26, (2024, Januar), abgerufen am 05.06.2024.
- Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (2024b): *KN:IX plus trend*, Ausgabe 28, (2024, März), abgerufen am 05.06.2024.
- Krause, W.; Cohen, D.; Abou-Chadi, T. (2022): *Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties*, in: *Political Science Research and Methods*, 11, S. 1–8, <https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8>, abgerufen am 05.06.2024.
- Leikert, C.; Oehlmann, J. (2023): *Rahmenbedingungen und Standards für gelingende Onlineprävention*, <https://www.bag-relex.de/ligante-onlinepraev/>, abgerufen am 08.07.2024.
- Munn, L. (2019): *Alt-Right Pipeline: Individual Journeys to Extremism Online*, in: *First Monday*, 24 (6), <https://doi.org/10.5210/fm.v24i6.10108>, abgerufen am 05.06.2024.
- Puvogel, M (2022): *Attraktivitätsmomente von Kampfsport aus geschlechterreflektierender und rassismuskritischer Perspektive: Anschlussmöglichkeiten und Fallstricke für die (präventiv)pädagogische Praxis*, in: *Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“*, Analyse #5, https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2022/07/230210_KNIX_uFuq_Analyse5_2022.pdf, abgerufen am 31.05.2024.
- Ringfluencer (YouTuber) (2024): *Fightclub Bergheim x Pierre Vogel: German Edition by Senad Gashi*, <https://www.youtube.com/watch?v=aRF3j0IXzbY>, abgerufen am 05.06.2024.
- Röhmel, J. (2024): *Fall eines Imams: Wie Muslime vorschnell verurteilt werden*, <https://www.br.de/nachrichten/kultur/fall-eines-imams-wie-muslime-vorschnell-verurteilt-werden,UBQ617W>, abgerufen am 15.07.2024.
- Schmidt, J.-H. (2018): *Social Media*, Springer VS, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-19455-0>, abgerufen am 05.06.2024.
- Schmitt, J. B.; Harles, D.; Rieger, D. (2020): *Themen, Motive und Mainstreaming in rechtsextremen Online-Memes*, in: *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 68 (1–2), <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2020-1-2>, abgerufen am 05.06.2024.
- Seobility Wiki (2024): *Was ist Clickbait? Definition und Funktionsweise*, <https://www.seobility.net/de/wiki/Clickbait>, abgerufen am 30.05.2024.
- Statista (2020): *Gründe für das Tragen eines Kopftuchs 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1232527/umfrage/gruende-fuer-das-tragen-eines-kopftuchs/>, abgerufen am 30.05.2024.
- Verfassungsschutz Hessen (o. J.): *Islamistische Gruppierung „Realität Islam“ adressiert mit Kampagne die „Mehrheitsgesellschaft“*, <https://fv.hessen.de/publikationen/aktuelles-und-analysen/neue-antisemitische-kampagne-von-realitaet-islam>, abgerufen 16.04.2024.
- Vogel, Pierre (2021): *Welche Kampfsportart empfiehlt Pierre Vogel für Kinder?*, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=vR95gMcTDP8>, abgerufen am 31.05.2024.
- Völker, T. (o. J.): *How Terrorist Attacks Distort Public Debates: A Comparative Study of Right-Wing and Islamist Extremism*, in: *Journal of European Public Policy*, S. 1–28, <https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2269194>, abgerufen am 05.06.2024.

Antisemitismus vs. Rassismus?

Der Nahostkonflikt in der Praxis von Demokratie- und Präventionsarbeit

Rüdiger José Hamm
(BAG RelEx)

Die Arbeitsfelder der Antirassismusbearbeitung und der Arbeit gegen Antisemitismus fließen auch in die Islamismusprävention ein, weil Menschenfeindlichkeit Bestandteil aller extremistischen Ideologien ist. Zwischen den hier beschriebenen Feldern existiert ein Spannungsverhältnis, das sich – so die These des Autors – unter anderem aus der Frage ableitet, ob eher die Shoa oder die koloniale Vergangenheit als Ausgangspunkt für Inhalte und Methoden der jeweiligen Praxis im Feld herangezogen wird. Nicht zuletzt kommt das in der unterschiedlichen Bewertung der aktuellen Ereignisse im Nahostkonflikt zum Ausdruck, aber etwa auch in der Frage, wie in der Schule mit Konflikten, steigendem Antisemitismus und steigendem antimuslimischem Rassismus umgegangen werden soll. Der Text möchte zur kritischen Selbstreflexion in einem sehr emotionalen und kontrovers diskutierten Feld anregen.

Der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023, das größte Massaker an Jüd*innen seit der Shoa, sowie der anschließende Krieg in Gaza gegen die Hamas mit seinen Folgen für die Zivilbevölkerung hat große Auswirkungen auch in Deutschland. Eine von ihnen ist der starke und gleichzeitige Anstieg von antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus. Dieser Anstieg kann auch in den Diskussionen um den Konflikt sehr gut beobachtet werden: So kommt es bei Bewertungen der politischen Situation und möglicher Umgangsweisen etwa im Rahmen von Diskussionen mit Schüler*innen und Jugendlichen häufig zu Pauschalisierungen, in denen sich gegenseitig Rassismus oder Antisemitismus vorgeworfen wird. Der Nahostkonflikt wird hier und andernorts zumeist sehr schrill, wenig reflektiert, einseitig und oft ohne wirkliche Kenntnisse der Region und der politischen Situation diskutiert. Dabei bleibt es nicht immer bei ge-

gegenseitigen Vorwürfen, nicht selten werden auch antisemitische Narrative oder rassistische Stereotype reproduziert. Scheinbar stehen sich dann in vielen Diskussionen zwei politische Lager unversöhnlich gegenüber, auch weil aus der jeweiligen Perspektive eher Antisemitismus als Kernproblem oder Rassismus als Hauptwiderspruch verstanden werden. Aus diesen unterschiedlichen Perspektiven folgen entsprechend unterschiedliche Bewertungen der Gesamtsituation und möglicher Umgangsweisen mit Auswirkungen des Konflikts in Deutschland.

Auch auf zivilgesellschaftliche Träger in Deutschland, die in Demokratieförderung und Islamismusprävention tätig sind, hat das Geschehen große Auswirkungen. So wurden nach dem 7. Oktober 2023 viele Mitgliedsorganisationen der BAG RelEx mit Anfragen regelrecht überrannt¹: Es gab Hilferufe und Anfragen von Schulen und Jugendeinrichtungen ebenso wie aus Politik und Medien. Nicht zuletzt, weil im öffentlichen Diskurs eher die polarisierenden Stimmen den Ton angaben, leisteten und leisten zivilgesellschaftliche Träger dort in der Folge unter erschwerten Bedingungen wichtige Arbeit.² Es zeigte sich, wie gleichermaßen wichtig und schwierig es ist, in einer solch hochemotionalen Situation professionelle Standards

einzuhalten und dazu den Fachaustausch mit Kolleg*innen zu suchen sowie die eigene Arbeit beständig kritisch zu reflektieren.

Tatsächlich sind die Thematisierung von Rassismus und Antisemitismus feste Bestandteile der Demokratieförderung und auch der Islamismusprävention. Insbesondere in der Debatte um den Nahostkonflikt schwingen beide Phänomene immer mit und ihre Wahrnehmung prägt – je nach dem – die Positionen und Einstellungen der Diskutant*innen. Dabei steht die Frage, ob sich Rassismus und Antisemitismus als menschenfeindliche Phänomene gleichen oder unterscheiden, seit jeher auch im Mittelpunkt fachlicher und politischer Debatten. Diese unterschiedlichen analytischen Ausgangspunkte können sich auf die Herangehensweisen von Demokratieförderung und Islamismusprävention auswirken.

Abhängig von Analyse und Definitionen beider Phänomene kann es etwa zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in der Fachpraxis kommen. Mitunter kann die Schwerpunktsetzung dazu führen, dass die Lebensrealitäten von Menschen, die von Antisemitismus oder Rassismus betroffen sind, aus dem Blickfeld geraten und nur jeweils eine der Perspektiven ausführlich thematisiert wird. In öffentlichen Diskussionen drückt sich eine eingeschränkte Perspektive häufig in selektiver Empathie mit Opfern von Gewalt und Menschenfeindlichkeit aus: Entweder wird nur das Leid auf palästinensischer oder nur das Leid auf israelischer Seite angeprangert. Die Debatten verharren scheinbar in den jeweiligen, oft verhärteten Positionen. Diese Unterschiede in der Bewertung von Antisemitismus und Rassismus stellen eine der großen Herausforderungen im Umgang mit den Auswirkungen des Nahostkonflikts in Deutschland dar – auch in Settings von Demokratieförderung und Islamismusprävention.

Drei Schlaglichter beschäftigen sich in diesem Report mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 und seinen Folgen, die im politischen und öffentlichen Diskurs des vergangenen Jahres eine große Rolle gespielt haben und auch die Präventionslandschaft stark betreffen. Die Autor*innen beschreiben in ihren Beiträgen jeweils unterschiedliche Perspektiven und lassen dabei auch unterschiedliche Positionierungen erkennen. Diese spiegeln die Vielschichtigkeit des Konflikts, der öffentlichen Diskurse und auch der Perspektiven wider, die sich im KN:IX ebenso wie in der Präventionslandschaft finden.

Darum soll es im Folgenden gehen. Dazu stehen zunächst theoretisch-fachliche Grundlagen im Mittelpunkt, die in die Praxis von Demokratieförderung und die Prävention von Antisemitismus und Rassismus einfließen. Im Weiteren geht es um Antisemitismus und Rassismus als Phänomene, die meist an den gesellschaftlichen und politischen Rändern verortet werden. Abschließend sollen auf dieser Grundlage einige Appelle an die Fachpraxis gerichtet und Bedingungen für einen gelingenden Austausch zum emotionalisierenden Thema Nahostkonflikt formuliert werden. Der Text möchte dabei zur kritischen Reflexion der theoretischen Basis der Rassismuskritik anregen, da es diesem Ansatz gegenüber Kritik gibt, bei der einige Punkte in Bezug auf Antisemitismus nicht einfach ignoriert werden können.

¹ Die Auseinandersetzungen mit Antisemitismus und Rassismus sind in der Demokratieförderung und Islamismusprävention fundamental, und je nach Träger gibt es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der Arbeit. Insbesondere sollen hier die Kolleg*innen von Trägern der Antisemitismusprävention genannt werden – etwa die Kolleg*innen im Kompetenznetzwerk Antisemitismus (<https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de/>). Vergessen werden sollen aber nicht die vielen großen und kleinen Träger, Projekte und Initiativen auf Landes- und kommunaler Ebene.

² Dies gilt gerade auch angesichts des Umstands, dass viele Mitarbeitende in der Islamismusprävention Kolleg*innen, Freund*innen, Angehörige und Familien in Israel und/oder Palästina haben und deshalb auch auf persönlicher Ebene von Konflikt und Krieg betroffen sind.

Theoretisch- fachliche Grundlagen und unterschiedliche Perspektiven

Die aktuellen Herausforderungen der professionellen Beschäftigung mit dem Konflikt im Nahen Osten stehen unter dem Eindruck der dramatischen Zunahme von Antisemitismus und (antimuslimischem) Rassismus in Deutschland (Bundesverband RIAS e. V. 2023/CLAIM; ZEOK e. V. 2024). Dabei spielt das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus eine besondere Rolle, das wie schon angedeutet seit Langem kontrovers diskutiert wird. So ist nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Fachpraxis nach wie vor umstritten, ob es sich bei den Phänomenen Antisemitismus und Rassismus a) um verschiedene Erscheinungsformen von Menschenfeindlichkeit handelt, die sich stark ähneln, aber auch fundamentale Unterschiede aufweisen; oder ob b) Antisemitismus lediglich eine Variante von Rassismus und damit Ausdruck und Folge von Kolonialismus und europäischem Imperialismus ist (Stender 2018: 47ff.).³ Wie diese Frage in der Präventionsarbeit jeweils beantwortet wird, hat Auswirkungen auf die Praxis⁴ in der sogenannten rassismuskritischen Arbeit (Melter/Mecheril 2009a, 2009b) und in der Arbeit gegen Antisemitismus (Killguss et al. 2020).

Auf der einen Seite lässt sich die Arbeit vieler Akteur*innen gegen Antisemitismus aus der Theorie der Frankfurter Schule (u. a. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno) ableiten. Hier ist die Erfahrung der Shoa Ausgangs- und Mittelpunkt der Betrachtungen und einer Praxis, die mit dem Postulat „Nie wieder“ zusammengefasst werden kann. Die Theoriebildung in der Antirassismusbearbeitung bzw. rassismuskritischen Arbeit auf der anderen Seite beruht vor allem auf den britischen Cultural Studies (u. a. Robert Miles, Stuart Hall, Paul Gilroy) mit Anleihen aus postkolonialen (u. a. Edward Said, Homi K. Bhabha und Gayatri Chakravorty Spivak) und poststrukturalistischen Ansätzen (u. a. Michel Foucault, Jacques Derrida, Ernesto Laclau). In jüngerer Geschichte spielen hier auch Einflüsse US-amerikanischer antirassistischer Ansätze eine Rolle, wie etwa das stark umstrittene Konzept der Critical Whiteness Studies (u. a. Peggy McIntosh, Toni Morrison). Auch Einflüsse der Intersektionalitätstheorie (Kimberlé Crenshaw) sind mittlerweile fester Bestandteil „rassismuskritischer“ Arbeit.

³ Der Autor des hier vorliegenden Textes teilt die Perspektive, dass es sich bei beiden Phänomenen um Formen von Menschenfeindlichkeit handelt, die Ähnlichkeiten, jedoch auch fundamentale Unterschiede aufweisen (vgl. Hamm 2010: 246ff.).

⁴ Dabei sind diese beiden Arbeitsbereiche nicht als monolithische Blöcke zu verstehen (vgl. Axster 2022: 106–117.) So gibt es in Theorie und Praxis zahlreiche Ansätze, beide Arbeitsbereiche und Perspektiven miteinander zu verbinden (vgl. Kreuzberger initiative gegen Antisemitismus (Kiga e.V.) 2013). Die im Folgenden vorgenommene idealtypische Unterscheidung dient der Verdeutlichung möglicher und tatsächlicher Spannungsverhältnisse in Theorie und Praxis.

Beide Phänomene können wie folgt beschrieben werden:

„Antisemitismus ist zunächst die Feindschaft gegenüber Jüd*innen – und allem, was man mit ihnen verbindet. In Abgrenzung zum Rassismus wertet Antisemitismus die von ihm Betroffenen jedoch nicht ab, sondern hält sie für überlegen: Jüd*innen gelten als machtvoll und wohlhabend, als eine verschworene Gemeinschaft, die besonderen und missbräuchlichen Einfluss auf Politik und Wirtschaft habe. Deswegen bieten die meisten politischen Verschwörungstheorien auch Anknüpfungspunkte an Antisemitismus: Wo geheime Zirkel für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden, sind es meist nur wenige Schritte bis zum Antisemitismus. Antisemitismus ist deswegen nicht nur eine Feindschaft gegen eine Personengruppe, sondern bietet ein Modell der Welterklärung an: Die Komplexität der modernen, kapitalistischen Gesellschaft und ihre zahlreichen Widersprüche werden einer einzigen Personengruppe angelastet – Jüd*innen wird direkt und indirekt Schuld an der Moderne gegeben. So richten sich die meisten antisemitischen Weltbilder nicht allein gegen jüdische Menschen, sondern gegen ‚das Jüdische‘ als Prinzip, das ‚Anderes‘, das mit Modernität, einem nationale Grenzen überschreitenden Lebensstil, Finanzen und der Auflösung traditioneller Lebensmodelle verbunden wird. In außenpolitischen Zusammenhängen manifestiert sich Antisemitismus oft über ‚Israel-Kritik‘: Die Politik des jüdischen Staates wird als größte und nahezu einzige Gefahr für den Weltfrieden gesehen. Die Politik der israelischen Regierung wird nicht nach den Maßstäben anderer Länder behandelt, sondern dämonisierend, nach Doppelstandards und delegitimierend. Rassismus zeigt sich in vielen Formen, offenen und subtilen. Immer aber fasst Rassismus Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale in Gruppen zusammen, schreibt ihnen spezifische Eigenschaften zu und wertet sie ab. Die rassistisch Diskriminierten werden als Abweichung von einem Standard konstruiert, den die (weiße, westliche, christliche etc.) Mehrheitsgesellschaft darstellt. Der Begriff Rassismus entstand im 20. Jahrhundert als Kritik an der ‚Rassentheorie‘: der überholten Ansicht, Menschen seien nach körperlichen Merkmalen hierarchisch in ‚Rassen‘ einzuordnen. Im Kern steckt darin eine Ideologie zur Legitimation der Macht dominanter Gruppen durch die willkürliche Markierung von Differenzen zwischen Menschen. Spätestens nach der Erfahrung des Holocaust stießen die biologistischen Rassentheorien auf breite Ablehnung. Rassistische Denk- und Handlungsweisen sind jedoch seither nicht verschwunden. Neuere Argumentationen des Rassismus äußern sich insbesondere über die Behauptung von ‚höheren‘ und ‚minderwertigen‘ Kulturen und ihrer grundsätzlichen ‚Unvereinbarkeit‘: dem sogenannten Kulturrassismus. In diesem Zusammenhang wird auch von einem ‚Rassismus ohne Rassen‘ gesprochen“ (Mendel 2020).

Je nach dem, in welchem der beiden Felder sich Akteur*innen vornehmlich bewegen und aus welcher Perspektive sie Antisemitismus und Rassismus beschreiben, können sie dazu tendieren, die jeweils andere Perspektive – das heißt Shoa und Antisemitismus oder koloniales Erbe und Rassismus – zu relativieren oder ganz auszublenden (Axster 2022: 107ff.). Außerdem ergeben sich aus diesen Perspektiven unterschiedliche Bewertungen aktueller Ereignisse oder von Vertreter*innen des jeweilig anderen „Lagers“. So gibt es etwa ernstzunehmende Antisemitismusrwürfe gegenüber einigen Theoretiker*innen, die für postkoloniale und intersektionale Theoriebildung stehen (Winkler 2024). Gayatri Chakravorty Spivak beispielsweise blendet offenbar Opfer von Terrorismus aus, wenn sie Selbstmordattentate in Israel gegen Zivilist*innen als nachvollziehbare Form des Widerstands erklärt (Spivak 2004: 97; Kastner 2024). Judith Butler rief 2006 an der Berkley University eine „globale Linke“ dazu auf, die islamistischen Organisationen Hamas und Hisbollah als progressive Kräfte anzuerkennen (ISGAP 2023). Zudem stellte Butler die Echtheit der nachgewiesenen Massaker und sexualisierten Gewalt gegen Israel*innen, ausgeführt und teilweise mit Videos von der Hamas selbst dokumentiert, infrage (Bartels 2024; Feddersen 2024). Es gibt demnach mehr als nur Indizien dafür, dass postkoloniale (und intersektionale) Perspektiven Antisemitismus ausblenden und/oder verharmlosen. Gleichzeitig wird in den Diskussionen um (antimuslimischen) Rassismus – insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 – immer wieder behauptet, dass sowohl die deutsche Regierungspolitik als auch die präventive Arbeit in und an Schulen Rassismus ausblende und lediglich Antisemitismus thematisiere (Arnold/Kiefer 2024).

Vor diesem Hintergrund sollte sich jede Praxis die Frage stellen, welchen Einfluss Theorien und die Positionen von Theoretiker*innen auf ihre Arbeit gegen Antisemitismus und Rassismus nehmen. Eine kritische Selbstreflexion der eigenen Arbeit ist ohnehin stets angebracht.

Ebenso problematisch wie die gerade skizzierten Engführungen ist es für die praktische Arbeit, dass sowohl Antisemitismus als auch Rassismus in öffentlichen Debatten weiterhin vor allem als Phänomene des Rechtsextremismus und an den Rändern der Gesellschaft betrachtet werden.⁵ Tatsächlich sind Formen des Antisemitismus in vielen rechtsradikalen und rechtsextremen Kreisen fundamental. Und auch die überwiegende Mehrheit der registrierten antisemitischen Straf- und Gewalttaten stammt nach wie vor aus dem rechtsextremen Spektrum (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2024). Allerdings wird Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft weitgehend ausgeblendet und ist eher

⁵ Wobei Antisemitismus meist eher Migrant*innen (vor allem Muslim*innen) zugeschrieben wird (s. u.) (vgl. zum Komplex: Kirschbaum 2022).

in fachlichen Kreisen ein Thema. Und auch in vielen postmigrantischen und politisch linken Zusammenhängen werden eigene antisemitische Stereotype und Positionen oft nicht reflektiert.⁶ Gleichzeitig wird Antisemitismus in öffentlichen Debatten nach dem 7. Oktober oft und ausschließlich eben diesen politisch linken und postmigrantischen, vor allem als muslimisch gelesenen Milieus zugeordnet, während der Antisemitismus von rechts weniger Betrachtung erfährt und der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft ignoriert wird.

Dabei betonen zivilgesellschaftliche Träger der Demokratieförderung und Prävention bereits seit langer Zeit: Menschenfeindlichkeit ist kein Problem, das nur an den Rändern der Gesellschaft existiert. Antisemitismus und Rassismus sind in Geschichte und Kultur Europas fest verankert und Teil einer „Normalität“ – bis heute. Insofern sind zwei weitere Facetten der Zuschreibung von Antisemitismus oder Rassismus wichtig zu betonen:

1. Antisemitismus ist kein ausschließliches Problem von Migrant*innen, Menschen mit Migrationshintergrund und/oder von als muslimisch gelesenen Menschen (Glatz/BAG RelEx. 2022). Diese Verengung wird den historischen und aktuellen Dimensionen von Antisemitismus nicht gerecht und führt eher dazu, Antisemitismus in der „biodutschen“ Gesellschaft zu verschleiern. Wer aber Antisemitismus wirklich bekämpfen will, muss alle Dimensionen angehen. Dazu zählt auch die Benennung von Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund, aber ohne pauschalisierende oder gar rassifizierende Untertöne (Cheema 2023). Im Gegenteil: Wenn über Antisemitismus unter Muslim*innen gesprochen wird, kann vom antimuslimischen Rassismus nicht geschwiegen werden (Bildungsstätte Anne Frank o. J.). Nach wie vor wird in öffentlichen Debatten von Muslim*innen als Einheit gesprochen, wenn es um Terror, Gewalt, Antisemitismus, Integrationsschwierigkeiten oder Sexismus geht.⁷

2. Rassismus ist nicht allein unter „Weißen“ oder als „weiß“ gelesenen Menschen ein Problem und ein Ergebnis „weißer Vorherrschaft“. Global betrachtet gibt es viele rassistische Kontexte, in denen „weiße“ Vorherrschaft keine Rolle spielt.

„In der hiesigen antirassistischen und postkolonialen Szene ist es recht verbreitet, Rassismus mit weißer Vorherrschaft zu identifizieren. (...) Was den Hazara in Afghanistan, den Dalit in Indien oder den Rohingya in Myanmar an gesellschaftlichem oder gar staatlich sanktioniertem

⁶ Sowohl postmigrantische als auch linke Zusammenhänge sind Teil der politischen Mitte, sofern sich entsprechende Gruppierungen oder Individuen selbst nicht anders positionieren.

⁷ Auch Antisemitismus in linken und philosemitischen Zusammenhängen ist noch zu wenig beleuchtet (vgl. Kilpert 2006 sowie Neumann o. J.).

Rassismus widerfährt, hat [aber, d. Verf.] unseres Wissens nichts mit weißer Vorherrschaft zu tun“ (Hölzl 2017). „(D)ie systematische Abwertung und unmenschliche Behandlung bestimmter Menschengruppen [ist] nichts, was es im Rest der Welt nicht gab und ihm erst von den Europäer_innen beigebracht werden musste. Oder wie es ein Freund von einem von uns prägnant auf den Punkt brachte: Wollen die Weißen jetzt auch noch den Rassismus ganz für sich behalten?“ (Bendix/Ziai: 322ff.).

Diese Erkenntnis sollte dabei helfen, auch Rassismus unter als nicht „weiß“ identifizierten und gelesenen Menschen angehen zu können. Sie ist indes nicht mit der Behauptung zu verwechseln, dass es Rassismus gegen „Weiße“ oder Deutsche gebe. Solche Behauptungen zeugen eher von wenig Beschäftigung mit Rassismus, denn in Rassismusanalysen spielen stets die strukturellen, historischen und regionalen Machtverhältnisse eine Rolle. Einfacher formuliert:

„Wenn es Hunderte von Clubs gibt, in denen People of Color nur schwer Zutritt bekommen, aber einen, in denen ich als Weißer nur schwer Zutritt bekomme, liegt in dieser Situation meine Diskriminierung quer zu den gesellschaftlichen Strukturen: Die situationsspezifischen Machtverhältnisse entsprechen nicht den gesellschaftlichen. (...) Um berechtigt von umgekehrtem Rassismus zu sprechen (...), müsste man erstmal mittels einer Zeitmaschine in die Vergangenheit reisen und Weiße müssten die letzten fünf Jahrhunderte lang kolonisiert, ausgebeutet und versklavt und mit elaborierten Systemen der Behauptung ihrer kulturellen Unterlegenheit indoktriniert werden“ (Bendix/Ziai: 321).

Fazit

Die angeführten Beispiele zeigen, dass eine kritische Reflexion der theoretischen und in Teilen für die Praxis handlungsleitenden Ansätze dringend geboten ist, um nicht antisemitische oder rassistische Denk- und Handlungsweisen in der Praxis von Demokratieförderung, Radikalisierungsprävention und Arbeit gegen Rassismus sowie Antisemitismus unbewusst zu reproduzieren. Diese Selbstreflexion ist auch in beiden skizzierten Sphären theoretisch bereits angelegt: sowohl im dialektischen Denken der Frankfurter Schule als auch im Postkolonialismus etwa mit der unter anderem von Stuart Hall formulierten Forderung, rassistische Strukturen in ihrem jeweiligen Kontext zu analysieren.

Auf der Suche nach einer angemessenen Praxis angesichts der aktuellen Herausforderungen geht diese Reflexion in Fachkreisen allmählich voran (Cheema/Mendel 2020), auch wenn Lagerdenken den Diskurs mitunter erschwert. Es sind insbesondere die zivilgesellschaftlichen Träger von Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention, die dazu die Möglichkeit und die Expertise haben. So werden diese Debatten etwa auch im KN:IX geführt und der Fachaustausch unter Trägern gesucht, wie auf dem Fachtag der BAG ReEx im Mai 2024 unter dem

Titel: „Der Nahostkonflikt als Katalysator: Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung in Deutschland“ (BAG ReEx 2024). Hier formulierte Jamuna Oehlmann in Anlehnung an Meron Mendel und Saba-Nur Cheema sechs Grundprinzipien für den fachlichen Austausch zu Nahostkonflikt und Antisemitismus (Oehlmann 2024; Cheema/Mendel 2024):

1. Die Aufforderung zur universellen Empathie. Wir sollten uns bemühen, die Perspektiven und Erfahrungen aller Betroffenen nachzuvollziehen, unabhängig von unserer eigenen Haltung
2. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels
3. Die Anerkennung des Rechts der Palästinenser*innen auf einen eigenen Staat
4. Die entschiedene Ablehnung von Terror in jeglicher Form. Gewalt und Extremismus dürfen niemals als legitime Mittel angesehen werden
5. Die klare Verpflichtung, keine NS-Vergleiche zu verwenden
6. Die Erkenntnis, dass keine Partei allein die Schuld am Nahostkonflikt trägt

Diese Grundsätze könnten helfen, eine Atmosphäre der Empathie und Offenheit zu schaffen, in der unterschiedliche Standpunkte gehört und diskutiert werden, ohne dabei den Respekt vor den Menschen und ihrer Würde zu verlieren. Gleichzeitig können diese Grundsätze den Raum für selbstkritisches Denken öffnen, in dem es nicht um „Rechthaben“ geht oder um die bedingungslose Verteidigung eigener theoretischer Ansätze. Denn wenn zivilgesellschaftliche Akteur*innen ihr Denken und Handeln nicht selbstkritisch hinterfragen, formulieren andere ihre Kritik – und die stehen den Akteur*innen und ihren Organisationen oft nicht ganz so positiv gegenüber.

Literaturverzeichnis:

- Arnold, Sina; Kiefer, Michael (2024): *Instrumentalisierte Feindschaften: Antisemitismus in muslimischen Communities und antimuslimischer Rassismus*, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549360/instrumentalisierte-feindschaften/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Axster, Felix (2022): *Rassismuskritik und Antisemitismuskritik – Geschichte einer Entfremdung*, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie: Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“*, Band II, Jena, S. 106–117.
- BAG ReEx e. V. (2024): *Der Nahostkonflikt als Katalysator: Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung in Deutschland*, <https://www.bag-relex.de/fachtag-2024/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Bartels, Gerrit (2024): *Der Nahostkonflikt und die Linke: Judith Butler bezeichnet Hamas-Massaker als „bewaffneten Widerstand“*, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-nahostkonflikt-und-die-linke-judith-butler-bezeichnet-hamas-massaker-als-bewaffneten-widerstand-11326474.html>, abgerufen am 16.07.2024.
- Bendix, Daniel; Ziai, Aram (2017): *Rassismus global und in Deutschland: fünf Thesen*, in: *PERIPHERIE – Politik, Ökonomie, Kultur* 37 (2), S. 319–325.
- Bildungsbausteine e. V. (2023): *Verknüpfungen – Ansätze für die antisemitismus- und rassismuskritische Bildung: Eine Methodenhandreichung*, Berlin.
- Bildungsstätte Anne Frank (o. J.): *Wie muslimfeindlich ist Deutschland? Interview mit Saba-Nur Cheema*, <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/wie-muslimfeindlich-ist-deutschland-interview-mit-saba-nur-cheema>, abgerufen am 16.07.2024.
- Bitterli, Urs (2004): *Die „Wilden“ und die „Zivilisierten“: Die europäisch-überseeische Begegnung*, München.
- Bollmeier, Malte (2023): *Anschlagspläne und Drohungen: Kommt der Terror aus Nahost nach Deutschland? Interview mit Kaan Mustafa Orhon*, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100267072/deutschland-in-terrorgefahr-einschaetzung-von-experten.html, abgerufen am 16.07.2024.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): *Bundesweite Fallzahlen 2023: Politisch motivierte Kriminalität*, Berlin.
- Bundesverband RIAS e. V. (2023): *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober: Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*, Berlin.
- Cheema, Saba-Nur (2023): *„Sensibilisierung für Rassismus und Antisemitismus hat zugenommen“*, Interview des SWR; <https://www.swr.de/swrkultur/leben-und-gesellschaft/saba-nur-cheema-politologin-swr2-zeitgenossen-2023-03-04-100.html>, abgerufen am 17.07.2024.
- Cheema, Saba-Nur; Mendel, Meron (2020): *Postkoloniale Theoretiker: Leerstelle Antisemitismus*; <https://taz.de/Postkoloniale-Theoretiker/!5678482/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Cheema, Saba-Nur; Mendel, Meron (2024): *Reden über den Nahost-Konflikt: Was stärkt die friedlichen Kräfte auf beiden Seiten?*; in: *Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/reden-uber-den-nahost-konflikt-was-starkt-die-friedlichen-kräfte-auf-beiden-seiten-11815622.html>, abgerufen am 16.07.2024.
- CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit in Kooperation mit ZEOK e. V. im Rahmen des Kompetenznetzwerks Islam- und Muslimfeindlichkeit (2024): *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus: Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2023*, Ausgabe 2024, Berlin.
- Feddersen, Jan (2024): *Judith Butler und die Hamas: Oops, she did it again*, <https://taz.de/Judith-Butler-und-die-Hamas/!5996786/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Glatz, Oliver; BAG ReEx e. V. (Hrsg.) (2022): *Islamisierter Antisemitismus: Motive, Motivgeschichte, Probleme, Lösungsansätze*, Berlin.
- Hamm, Rüdiger José (2010): *Antisemitismus und Rassismus*, in: Nduka-Agwu, Adibeli; Hornscheidt, Antje Lann (Hrsg.): *Rassismus auf gut Deutsch: Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen*, Frankfurt a. M., S. 246ff.
- ISGAP – The Institute for the Study of Global Antisemitism & Policy 2023: *Judith Butler and the Normalization of Hamas and Hezbollah within Progressive Social Movements*, <https://isgap.org/post/2023/10/judith-butler-and-the-normalization-of-hamas-and-hezbollah-within-progressive-social-movements/>, abgerufen am (31.8.2024).
- Kastner, Jens (2024): *Postkoloniale Theorie und Antisemitismus: Die dunkle Kehrseite*, Berlin, <https://taz.de/Postkoloniale-Theorie-und-Antisemitismus/!5993338/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Killguss, Hans-Peter; Meier, Marcus; Werner, Sebastian (2020): *Bildungsarbeit gegen Antisemitismus: Grundlagen, Methoden & Übungen*, Frankfurt a. M.
- Kilpert, Daniel (2006): *Antisemitismus von links*; <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links/>, abgerufen am 16.07.2024.
- Kirschbaum, Dennis (2022): *Rassismuskritische und antisemitismuskritische Bildungsarbeit: Die Knoten verbinden?*, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/dennis-kirschbaum-rassismuskritische-und-antisemitismuskritische-bildungsarbeit-die-knoten-verbinden-82705/>, abgerufen am 16.07.2024.

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Kiga e.V.) (2013): *Widerspruchstoleranz: Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit*, Berlin.

Loewy, Hanno (Hrsg.) (2005): *Gerüchte über die Juden: Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien*, Essen.

Maull, Doris (2023): *Saba-Nur Cheema: „Sensibilisierung für Rassismus und Antisemitismus hat zugenommen“*, Interview des SWR; <https://www.swr.de/swrkultur/leben-und-gesellschaft/saba-nur-cheema-politologin-swr2-zeitgenossen-2023-03-04-100.html>, abgerufen am 16.07.2024.

Melter, Claus; Mecheril, Paul et al. (Hrsg.) (2009a): *Rassismuskritik: Band 1: Rassismustheorie und -forschung*, Schwalbach am Taunus.

Melter, Claus; Mecheril, Paul et al. (Hrsg.) (2009b): *Rassismuskritik: Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit*, Schwalbach am Taunus.

Mendel, Meron; Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (Hrsg.) (2020): *Antisemitismus und Rassismus: Unterrichtsimpulse*, Frankfurt a. M.

Neumann, Felix (o.J.): *Gibt es einen linksextremistischen Antisemitismus?*, <https://www.kas.de/de/web/extremismus/linksextremismus/gibt-es-einen-linksextremistischen-antisemitismus>, abgerufen am 16.07.2024.

Neumann, Peter (2024): *Der Nahostkonflikt als Katalysator für Islamismus? Wie Hamas, IS und Al-Qaida den Nahostkonflikt instrumentalisieren und wo sie sich widersprechen*, Podcast KN:IX talks, Folge #22, <https://kn-ix.de/podcast/folge-22/>, abgerufen am 16.07.2024.

Oehlman, Jamuna (2024): *Eröffnung des Fachtags: Der Nahostkonflikt als Katalysator: Antisemitismus, Rassismus und Radikalisierung in Deutschland*, <https://www.bag-relex.de/fachtag-2024/>, abgerufen am 16.07.2024.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2004): „Terror: A Speech After 9-11“, in: *boundary 2*, Durham, NC: Duke University Press, S. 81–111.

Stender, Wolfram (2018): *Antisemitismus als Thema rassismuskritischer Bildung?*, in: *Neue Praxis: Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik*, Sonderheft 15, S. 47ff.

Winkler, Katja (2024): *Selektive Kontextualisierung als Wirklichkeitskonstruktion: Das Beispiel des postkolonialen Antisemitismus*, in: *Ethik und Gesellschaft 1 (2024): Geteilte Wirklichkeiten*, Tübingen, <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2024-art-2>, abgerufen am 16.07.2024.

Was ist eigentlich „unerträglich“?

Polarisierung und Ambiguität in der pädagogischen und politischen Auseinandersetzung um Antisemitismus und Nahostkonflikt. Plädoyer für eine offenere Konfliktkultur

Jochen Müller
(ufuq.de)

In ihrer äußerst polarisiert geführten Form steht die deutsche Debatte um Nahostkonflikt und Antisemitismus der von ihr geforderten Verständigung selbst im Weg. Der Blick auf die unterschiedlichen Perspektiven und unterschiedlichen Wahrheiten der beteiligten Akteur*innen ermöglicht es im Weiteren, einen Schritt zurückzutreten und – über den konkreten Anlass hinaus – Überlegungen anzustellen, wie eine andere Konfliktkultur aussehen kann und wie wir sie erlernen könnten.

Polarisierung „von oben“

In Medien und Alltagssprache werden derzeit alle möglichen Ereignisse als „unfassbar“ tituiert. Im politischen Duktus findet der Begriff eine Entsprechung in der meist mit viel Emphase vorgetragenen Erklärung, diese Position oder jene Verhaltensweise sei „unerträglich“. Diese Tendenz in politischen Auseinandersetzungen zu Skandal und Empörung trägt, meist in Verbindung mit der Abwertung anderer, wesentlich zu allseits beklagten Polarisierungen bei. Daran beteiligt sind gerade auch solche politischen Akteur*innen, die anderen gern Populismus und Polarisierungen vorwerfen. Das funktioniert etwa so: Die Erklärung, eine bestimmte Position oder Verhaltensform sei „unerträglich“, verzichtet erstens darauf, zu begründen, was genau denn nun so „unerträglich“ sei; zweitens behauptet sie die Höherwertigkeit und Allgemeingültigkeit der eigenen Position; und würdigt drittens Vertreter*innen anderer Positionen in einer Weise herab, die diese aus dem Diskurs und der jeweiligen Wir-Gruppe ausschließt – etwa aus der Gruppe der Zivilisierten, der Deutschen, der Demokrat*innen oder der Vernünftigen.

Im Folgenden sollen im Kontext der deutschen Debatte um Nahostkonflikt und Antisemitismus deshalb Dynamiken und Muster der gegenwärtigen Polarisierung skizziert werden. Und es soll nach Formen einer pädagogischen, aber auch politischen Auseinandersetzung gesucht werden, in der die Ambiguität von Wahrnehmungen, Perspektiven und Wahrheiten konstatiert wird – um auf dieser Grundlage Sprechräume schaffen zu können, die Polarisierung und Radikalisierung bis hin zu Extremismus und Gewalt vorbeugen. Am Ende reicht das weit über das hier gewählte Beispiel des israelbezogenen Antisemitismus hinaus: Es geht um die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten diskriminierungssensibler, gemeinsinnorientierter, inklusiver Kommunikation und Auseinandersetzung auch in Konflikt- und Krisenzeiten.

Mit der Sprache fängt es an. So wäre viel schon damit gewonnen, wenn – um nur ein Beispiel aus der Debatte herauszugreifen – Bildungsministerin Stark-Watzinger auf die Frage nach „anti-israelischen und jüdenfeindlichen Aktionen an deutschen Hochschulen“ nicht gesagt hätte: „Sie sind unerträglich“, sondern formuliert hätte: „Ich finde diese Aktionen unerträglich.“ Schon auf den ersten Blick erkennbar wäre das ein Unterschied ums Ganze. Die Subjektivität der Aussage würde deutlich und die Angesprochenen wären damit nicht gänzlich und vermeintlich objektiv zu Parias gestempelt und ausgegrenzt. Zugegeben: Politik geht anders. Aber sogenannte Ich-Botschaften zu formulieren ist eine fundamentale Regel aus dem Komplex der gewaltfreien Kommunikation, die wir in Pädagogik, politischer Bildung und Präventionsarbeit versuchen, Jugendlichen nahezubringen – und von der gelegentlich auch Politik und Medien

lernen könnten, wenn sie Polarisierungen tatsächlich entgegensteuern möchten, statt sie „von oben“ selbst zu betreiben oder anzufeuern.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie in den Debatten um den Nahostkonflikt die gewählte Sprache zu Polarisierungen beiträgt, wäre die Hetzjagd, die etwa die BILD-Zeitung auf die weit über 1.000 Professor*innen und Hochschuldozent*innen eröffnet hat („Unitäter“), die anlässlich eines massiven Polizeieinsatzes einen offenen Brief unterzeichneten, der sich gegen eben solche Einsätze auf dem Campus wendete.¹ Vermutlich hatten die Unterzeichnenden die Besetzungen weder für per se „antisemitisch“ noch als bedrohlich für die Universität und jüdischen Studierenden wahrgenommen. Darüber ließe sich streiten, denn viele jüdische und israelische Studierende sehen sich durch die Wucht vieler pro-palästinensischer Aktionen und Parolen ausgegrenzt und akut bedroht. Aus Angst meiden viele seit dem 7. Oktober 2023 die Universität und Symbole, die auf ihre jüdische bzw. israelische Herkunft schließen ließen. Nachdenklich stimmt auch, wie Jüd*innen in Israel, Deutschland und weltweit beschreiben, dass die bei ihnen wachgerufene Erinnerung an Jahrhunderte der Verfolgung nur wenig gewürdigt wurde, und wie erschrocken sie darüber waren, dass sich die gezeigte Empathie mit den Opfern des 7. Oktober, ihren Familien und dem angegriffenen Staat nicht nur in überschaubaren Grenzen hielt, sondern vielfach schnell zu einer kontextualisierenden „Ja, aber“-Haltung übergegangen wurde.

Die Unterzeichner*innen eines offenen Briefs gegen Polizeieinsätze auf dem Campus aber, wie in der BILD-Zeitung und andernorts geschehen, moralisch aufgeladen und ohne jeden Respekt vor Personen und Perspektiven als „Judenhasser“ und Hamas-Sympathisant*innen an den Pranger zu stellen, ist Ausdruck von Hybris, Ausgrenzung und eines Geistes der Denunziation. In vergleichbarer Weise tragen auch viele der pauschalen Etikettierungen, Beschimpfungen und Herabwürdigungen der vor allem von jungen Menschen getragenen Proteste durch Politik und Medien als „unerträglich“, weil „antisemitisch“ nicht zum viel und zurecht geforderten Dialog, zu Selbstreflexion und zur Empathie mit allen Opfern des Konflikts bei, sondern verhindern diese. Pädagogisch gesprochen fördern solche Formen einer „Kommunikation von oben herab“ Ohnmachtsgefühle, Reaktanz und Kampfbeziehungen.

Schon einmal in der Geschichte der Bundesrepublik stand die BILD-Zeitung (zusammen mit anderen) an der Wiege einer Polarisierung, die in Extremismus und Terrorismus mündete. Dies festzustellen, impliziert weder eine Rechtfertigung oder Relativierung von aktuellem Antisemitismus an Universitäten noch der RAF-Morde, sondern ist der Versuch, aus pädagogischer, politisch bildnerischer und präventiver Perspektive medial und politisch betriebene und angefeuerte Eskalationsdynamiken zu beschreiben.²

Israelbezogener Antisemitismus oder: Wie wir die Welt sehen

Sprache ist aber längst nicht alles. Denn hinter der Sprache, der wir uns in dieser und anderen Auseinandersetzungen bedienen, stehen Emotionen und die Überzeugung, mittels unserer Sprache die jeweils bessere und richtige Position zu vertreten. Dabei könnten wir eigentlich wissen, dass wir alle die Welt durch sehr unterschiedliche Brillen und aus sehr unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Vor dem Hintergrund unserer Lebenswelten und den darin gemachten Erfahrungen kommen wir zu unterschiedlichen Bewertungen, entwickeln und vertreten unterschiedliche Meinungen und Überzeugungen. Meist ohne dass wir uns dessen bewusst sind, prägen sich Denkmuster, Glaubenssätze oder Weltbilder und Ideologien aus, die uns wiederum die Dinge, die wir sehen, in bestimmter Weise erscheinen lassen. Insbesondere in Transformations- und Krisenzeiten, in denen das Alte nicht mehr funktioniert, das Neue aber noch nicht erkennbar ist (A. Gramsci), führt das beinahe zwangsläufig zu Konflikten und Polarisierungen. In aller Grundsätzlichkeit gelten die Bedingtheiten unseres Denkens und unserer Überzeugungen selbstverständlich auch für Positionen, die wir in den Auseinandersetzungen um den Nahostkonflikt einnehmen. Dass wir das im Zuge der Debatte oft vergessen, trägt wesentlich zur polarisierten Form bei, in der diese meistens ausgetragen wird.

Dies lässt sich anhand der Diskussionen um den sogenannten „israelbezogenen Antisemitismus“ nachzeichnen – also der Frage, wann Kritik am Staat und an der Politik von Israel in Antisemitismus kippt, also von einem allgemeinen, weltanschaulich motivierten Hass auf Jüd*innen geprägt ist: Zwar ist den meisten Beteiligten eigentlich klar, dass es sich hier um eine schwere, nur am jeweils konkreten Beispiel und oft nicht eindeutig zu beantwortende Frage handelt. Weitgehender Konsens besteht auch darüber, dass die Sichtbarkeit von israelbezogenem Antisemitismus zunimmt und dass dieser von vielen Israelis und Jüd*innen als existenziell wahrgenommenen Bedrohung begegnet werden sollte. Im Eifer der Debatte droht dieser Konsens allerdings gerade unterzugehen. Dazu trägt auch bei, dass sich im öffentlichen Diskurs (neben einer antiisraelischen Stimmung und antisemitischen Positionen) eine entgrenzte und inflationäre Verwendung des Begriffs vom (israelbezogenen) Antisemitismus konstatieren lässt. Dies stärkt wiederum Ohnmachtsgefühle, Abwehrhaltungen und Verhärtungen derjenigen Menschen, die sich zu Unrecht des Antisemitismus bezichtigt sehen. Im Rahmen dieser Dynamik in der Debatte um (israelbezogenen) Antisemitismus in Deutschland entstehen zwei Lager, die sich scheinbar unvereinbar gegenüberstehen, obwohl doch beide auf einen wahren Kern verweisen können: auf die wachsende Bedrohung durch Antisemitismus einerseits und auf die Kritik an einer Debatte, die vom Kriegs- und Konfliktgeschehen in Gaza ablenkt, andererseits.

Tatsächlich wird es in der Frage, welche Positionen und Überzeugungen zum Staat Israel und zur israelischen Politik nun antisemitisch sind und welche nicht, auch in Zukunft keinen Konsens geben. Zumindest aus einer pädagogischen und präventiven Perspektive braucht es den aber auch nicht. Viel wichtiger wäre wohl ein Bewusstsein davon, dass auch in Bezug auf den Nahostkonflikt die Erfahrungen, Perspektiven, Positionen und Forderungen der direkt oder indirekt an ihm beteiligten und von ihm betroffenen Menschen sehr unterschiedlich sind; und dass die meisten von ihnen – auch wenn sie sich diametral gegenüberstehen mögen – in der einen oder anderen Weise Anspruch auf Gültigkeit und Wahrheit erheben können. Die vollständige Akzeptanz solcher Widersprüchlichkeit – und nicht der Wahrheitsanspruch einer Seite, einer Partei, eines Lagers oder einer Parole – wäre die zu schaffende Voraussetzung für offene, produktive und inklusiv geführte Auseinandersetzungen. Die dazu erforderliche Denkbewegung soll im Folgenden (siehe Box) aus Sicht eines nicht oder nur indirekt Betroffenen anhand aktueller Beispiele aus der Debatte um Erscheinungsformen von israelbezogenem Antisemitismus skizziert werden.

Die Mehrdeutigkeit von Positionen, Parolen und Schlagworten

Paradigmatisch steht vielleicht die sogenannte **3D-Formel** für die Unterschiedlichkeit von Wahrnehmungen, Perspektiven und Positionen zu Nahostkonflikt und Antisemitismus. Sie dient dem Erkennen von israelbezogenem Antisemitismus und hat zuletzt den Rang von Allgemeingültigkeit bekommen, liegt sie doch beispielsweise dem BDS-Beschluss des Bundestags oder der IHRA-Definition von Antisemitismus zugrunde. „Erfinden“ wurde die 3D-Formel Anfang der 2000er Jahre vom damaligen israelischen Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Natan Sharansky. Danach sei es antisemitisch, wenn Israel als Staat delegitimiert (Aberkennen des Existenzrechts), dämonisiert (etwa durch Nazi-Vergleiche) und mit doppelten Standards (im Vergleich zu anderen Ländern) bewertet wird. Vor dem Hintergrund der in das kollektive jüdische und israelische Gedächtnis eingeschriebenen Geschichte von antisemitischer Verfolgung und Vernichtung ist diese „3D-Interpretation“ von israelbezogenem Antisemitismus emotional wie rational leicht nachvollziehbar. Sie kann – vielleicht ähnlich wie Wahrnehmungen der Betroffenen von Rassismus, Sexismus, Klassismus und anderen Formen von Diskriminierung – einen Anspruch auf Wahrheit erheben, zuletzt als Millionen von Israelis und Jüd*innen in den Monaten nach dem 7. Oktober eine existenzielle, auf Vernichtung zielende Bedrohung ihrer selbst und ihres Staates erlebt und empfunden haben. Sehr viele von ihnen sehen sich darin mit ihrem Leid und ihrer Angst alleine gelassen vom Rest der Welt und verzweifeln daran, wenn ihre Lage und ihr Empfinden von außen nicht geteilt oder sogar infrage gestellt werden.³

Trotzdem taugt die doch eher holzschnittartige 3D-Definition insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten, wenn jegliche Form von Feindpropaganda Hochkonjunktur hat, lediglich zu einer groben Orientierung – aber gerade nicht als präzises Tool oder als Lackmустest für Demoslogans in Deutschland. Denn wenn weltweit Millionen von Israelis und Jüd*innen (ebenso wie auch Nichtisraelis und Nichtjüd*innen) einzelne Positionen oder Handlungen als antisemitisch wahrnehmen, dann sollten diese Wahrnehmungen nicht infrage gestellt werden. Sie sind dennoch nicht die einzig mögliche Wahrheit. Auch andere Wahrnehmungen und Perspektiven können Gültigkeit beanspruchen. Diese Option in der Debatte aufrechtzuerhalten, scheint auch deshalb angebracht, weil die Be- und Verurteilung von etwas oder jemandem als „antisemitisch“ höchst gravierend ist: Nicht nur auf deutsche Palästinenser*innen wirkt sie – zumal in Verbindung mit Ausschluss- und Abschiebeszenarien, die von politischer und medialer Seite formuliert werden – einschüchternd, ausgrenzend und bedrohlich.

Konkret ließe sich das Nebeneinander unterschiedlicher Wahrnehmungen und Wahrheiten sogar an einer Parole wie „**Kindermörder Israel**“ nachvollziehen. Aus „3D-Perspektive“ erscheint sie eindeutig als antisemitisch: Israel wird hier als Feind zum absolut Bösen stilisiert, wodurch sich Gegenwehr (oder Widerstand) bis hin zum Terror legitimieren lässt. Darüber hinaus erkennen insbesondere Jüd*innen in der Parole zurecht eine Dämonisierung ihres Staates, die an uralte antisemitische Narrative anknüpft. Gleichzeitig kann die Parole aber genauso zurecht als ein Ausdruck von Ohnmacht, Wut und Zorn interpretiert werden, die nicht per se antisemitisch ist, weil Dämonisierungen zwar politisch wie pädagogisch problematisch sind und einer Intervention bedürfen, aber in beinahe jedem Kriegsgeschehen zum Alltag gehören, wenn dem Feind die größtmögliche begangene Grausamkeit zugeschrieben wird, nämlich das gezielte Quälen und Töten von „Frauen und Kindern“.

Das hier skizzierte Grundmuster ließe sich auf weitere Aspekte des Diskurses übertragen: Wenn etwa Jüd*innen und Israelis (und nicht nur die) den Angriff der Hamas als „**genozidal**“ empfinden, ist mir persönlich das angesichts der Mordtaten und der Ideologie der Hamas sehr verständlich. Gleichzeitig kann ich verstehen, wenn Palästinenser*innen angesichts des massiven Militäreinsatzes und im Zusammenhang mit extremen, extremistischen und menschenverachtenden Positionen und Plänen innerhalb der israelischen Regierung, ihrerseits den Krieg als „genozidal“ wahrnehmen. Ohne beide Ereignisse gleichsetzen zu wollen, ohne Verständigung auf eine wissenschaftliche Definition des durchaus vielschichtig interpretierten Genozid-Begriffs und ohne (als Deutscher Jahrgang 1963) den Begriff selbst nutzen zu wollen, kann ich also als Beobachter beide Perspektiven und – wenn man so will – beide Wahrheiten verstehen.

Das gilt auch für andere Slogans: Die einen sehen in Parolen wie „**Free Palestine**“ und „**From the River to the Sea**“ zurecht, dass sie auf die Auslöschung des Staates Israels und der darin lebenden (jüdischen) Menschen zielen. Andere verstehen darunter die Vision eines Gemeinwesens, in dem alle gleichberechtigt nebeneinander leben können – eine Utopie, die wohl nur wenig unrealistischer ist als die Zweistaatenlösung. Beides ist „der Fall“, und beide Perspektiven auf die Parolen sind legitim.⁴ Die Parole „**Yalla, yalla, Intifada**“ verstehe ich persönlich als Aufruf zum Widerstand, den ich mit Bildern der Ende der 80er Jahre begonnenen ersten Intifada verbinde: jugendliche Steinwerfer, die sich unabhängig von der autoritären PLO als Grassroot-Bewegung gegen Besatzung, Besiedelung, Grenzkontrollen, Ungleichbehandlung und Unterdrückung wehrten. Ich verstehe aber auch Menschen, die sich an spätere Intifadas mit terroristischen Anschlägen und Massakern erinnern, denen Hunderte Israelis zum Opfer gefallen sind. Der Slogan lässt sich also meines Erachtens sowohl eliminatorisch als auch emanzipatorisch lesen, empfinden und wahrnehmen.⁵

Zusammenfassend und zumindest für Außenstehende sind demnach in der Betrachtung der Debatten und Parolen um den Nahostkonflikt sehr unterschiedliche Perspektiven und Empfindungen sowie die damit verbundenen gegenseitigen Zuschreibungen prinzipiell gut nachvollziehbar. Das ist möglich, wenn sie vor dem Hintergrund der individuell wie kollektiv erfahrenen Geschichte sowie den darauf basierenden identitätsstiftenden Narrativen interpretiert werden: dem Antisemitismus und der Shoah, die als fortwirkendes Trauma am Anfang des Staates Israel stehen; und der Nakba, die den Anfang des fortwirkenden palästinensischen Traumas von Flucht und Vertreibung und auch hier den Anspruch auf einen eigenen Staat markiert. Beide sollen und können nicht oder nur bedingt verglichen werden. Beide Wahrheiten und Narrative sollten und könnten aber zunächst verstanden, anerkannt und respektiert werden. Zu diesem Wunsch nach Verstehen und zur empathischen Anerkennung von Leid und Opfern muss niemand sich für ein Lager, eine

Radikaler Respekt: Ambiguitätskompe- tenz, Inklusion und ethische Reflexe

Partei oder eine Seite entscheiden und die jeweilig andere diskriminieren, delegitimieren oder dämonisieren. Problematisch ist indes, dass es offenbar allen direkt und indirekt beteiligten Akteur*innen so schwerfällt, gleichzeitig zwei (oder mehr) Wahrheiten zu sehen, zu ertragen und anzuerkennen. Es ist wie bei den berühmten „Kippbildern“, auf denen Betrachter*innen je nach selbst gewähltem Fokus zum Beispiel einen Hasen oder auch eine Ente erkennen können – aber nie beide gleichzeitig.⁶

Wie also kann bei aller Unterschiedlichkeit von Perspektiven, Überzeugungen und Emotionen, die mit Themen wie dem Nahostkonflikt verbunden sind, in Gesellschaft, in Politik, Medien, auf dem Campus und vor allem in Klassenzimmern ein Gespräch geführt werden? Zunächst ganz einfach: Indem wir – ganz im Gegenteil zum kämpferischen Duktus, den uns politische Strateg*innen etwa auch gegen rechte Positionen immer wieder nahelegen – eben diese unterschiedlichen Perspektiven, Überzeugungen und Emotionen als solche sichtbar machen, indem wir ihnen Raum geben, uns und allen anderen zuhören und uns dabei um möglichst große Offenheit, Respekt und Verständnis für die jeweils anderen Personen, Perspektiven und Positionen sowie ihrem individuellen und kollektiven Gewordensein bemühen. Dabei stehen nicht Lösungen im Vordergrund. Ziel ist es zunächst „nur“, in einer solchen Art und Weise über Nahostkonflikt, Antisemitismus sowie andere Konflikte und Krisen sprechen zu lernen, die erst die Voraussetzungen dafür schafft, dass sie überhaupt lösbar erscheinen. Nur so können auch Pädagogik, politische Bildung und Prävention gelingen und ihren Beitrag leisten.

Was genau wären also – pädagogisch gedacht – die Methoden und Gelingensbedingungen eines Prozesses, der zunächst „nur“ auf das Gespräch an sich zielt?

Ein Ausgangspunkt wäre die universelle Einsicht, dass jenseits akuter Krisen, Konflikte und Kriege moderne Spielarten unterschiedlicher Diskriminierungsformen strukturell begründet sind. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Klassismus (ebenso wie Rechtsextremismus oder Islamismus, um nur einige zu nennen) werden von global und gesellschaftlich wirkenden Macht- und Ohnmachtsverhältnissen hervorgebracht, in denen Menschen leben. Es wird Diskriminierungen und Ideologien der Ungleichheit also geben, mindestens so lange wir in solchen ungleichen Verhältnissen leben. In der Politik, in Medien, in der Pädagogik, der politischen Bildung und der Präventionsarbeit ist es daher unsere Aufgabe, sowohl ungleichen Machtverhältnissen und Ohnmachtserfahrungen als auch den auf diesen basierenden Diskriminierungsformen so weit wie eben möglich vorzubeugen, ihnen zu begegnen sowie Resilienzen im alltäglichen Umgang mit ihnen zu entwickeln und zu fördern.

Dabei ginge es in der pädagogischen Arbeit vielleicht weniger um Formate, die sich direkt gegen einzelne Diskriminierungsformen wie Antisemitismus wenden – solche Formate fördern erfahrungsgemäß häufig Abwehrhaltungen gerade bei denjenigen, die es zu erreichen gälte. So zeigen Erfahrungen aus der pädagogischen Praxis, dass abstraktes Etikettieren einzelner Positionen und Handlungen als „antisemitisch“, „islamistisch“, „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ wenig hilfreich ist. Vielmehr geht es darum zu vermitteln, was genau denn etwa an Antisemitismus, Rassismus, Klassismus oder Sexismus eigentlich „problematisch“ ist – nämlich das Konstruieren, Abwerten und Ausgrenzen von Gruppen anderer Menschen.⁷ Darüber lässt sich dann mit Jugendlichen „diskriminierungsformenübergreifend“ gut sprechen, weil die meisten von ihnen sehr gut wissen oder sich hineinversetzen können, wie es sich anfühlt, beleidigt, nicht anerkannt, abgewertet, diskriminiert oder gemobbt zu werden – und sie auf dieser Grundlage verstehen, dass auch Solidarität niemals einseitig, sondern nur universell sein kann.

Überhaupt spielen Emotionen die zentrale Rolle, wenn es darum geht, andere zu verstehen und zu erreichen. Jedem Gedanken liegt ein Gefühl zugrunde, und entgegen unserer über die vergangenen Jahrhunderte eingeübten Glaubenssätze sind Emotionen wichtiger als Verstand und Argumente – zumindest was die Kommunikation betrifft. Gerade bei unterschiedlichen Positionen und den ihnen zugrunde liegenden Wertevorstellungen gilt es, das zeigen Kommunikations- und Neurowissenschaften, zunächst eine „kommunikativ-emotionale Brücke“ zu schaffen, denn erst dann „bin ich überhaupt bereit, mich auf etwas Neues einzulassen und zuzuhören“⁸.

Didaktisch wären zu dieser Sensibilisierung für unterschiedliche Emotionen, Meinungen, Perspektiven, Glaubenssätze und Diskriminierungsformen (sowie den Umgang mit ihnen) Methoden und Formate zu entwickeln, in denen etwa Perspektivwechsel, gewaltfreie Kommunikation, der Umgang mit Dilemmas und Widersprüchen, Gemeinsinn, Solidarität, Inklusion und Empathie trainiert werden. Vielleicht auch, um zu verlernen, dass der Menschen dem Menschen ein Wolf ist, wir vielmehr „im Grunde gut“ sind (vgl. Bregman 2021).⁹

Aber wie kann das gehen? Denn – um noch einmal beim Nahostkonflikt zu bleiben – ich persönlich verstehe zum Beispiel zunächst weder die Einstellungen orthodoxer Siedler*innen und rechtsextremer Minister*innen noch die der islamistischen Hamas und von Menschen, die sich mit dieser Bewegung und ihrer Ideologie solidarisch zeigen. Als Lehrer, Journalist, auf dem Campus und vielleicht sogar als Politiker könnte ich mich aber bereit erklären, mich (wie ein guter Dokumentarfilm) mit solchen Positionen und mit Menschen, die sie vertreten, auseinanderzusetzen, mich einzulassen und zu ergründen, was sie bewegen mag, in der

Annahme, dass auch hinter Härte und Hass ernstzunehmende und nachvollziehbare Erfahrungen, Emotionen, Argumente, Wünsche und Bedarfe stehen können. „Radikaler Respekt“ wäre das Motto eines solchen Unterfangens, das Widersprüche aushält ebenso wie unterschiedlichste Emotionen, Perspektiven und „Wahrheiten“.

Dazu gehört Selbstreflexion – das heißt die Erkenntnis eigener und kollektiver Beteiligung und Verstrickung. Wir kennen das eigentlich schon – seit den 70er Jahren zum Beispiel aus sogenannter Vergangenheitsbewältigung und aus Männergruppen oder in jüngerer Zeit unter dem Stichwort der Rassismuskritik. Welche Anteile von traditionellem und modernem Antisemitismus oder von Rassismus, Sexismus oder Klassismus stecken also in mir selbst und meinem alltäglichen Denken? Welche Stereotype von „Anderen“ sind so fest verankert, dass auch Menschen, die das vielleicht weit von sich weisen würden, von ihnen geprägt sind? Wie müssen Räume gestaltet sein, in denen eine Auseinandersetzung stattfinden kann: Können Plenarsäle, Kolumnenspalten und Klassenräume zu Safer Spaces werden? Können wir diskriminierungssensible Räume schaffen, in denen Menschen miteinander arbeiten und streiten können, die um unser aller Verletzbarkeit wissen, die empathisch sein können mit allen „Opfern“ – aber auch mit „Täter*innen“, in dem Wissen, dass diese meist selbst einmal „Opfer“ waren und dass „Gut“ und „Böse“ meist nicht so weit voneinander liegen, wie wir es uns selbst gern glauben machen?

Rote Linien?

In solchen (Klassen)räumen (und in pädagogischen Formaten) sollte aber nicht nur das Werden und Gewordensein unterschiedlicher Perspektiven, Emotionen und Positionen sicht- und erkennbar gemacht werden, sondern auch die individuelle Verantwortung für das eigene Denken und Handeln. Daher bedeutet „Radikaler Respekt“ keineswegs Beliebigkeit. Vielmehr bedingt das Plädoyer für Offenheit auch eine Verständigung über deren Grenzen. Unter dem Schlagwort von den „roten Linien“ wird hier die Frage verhandelt, welche Grenzen in der Auseinandersetzung einzuhalten sind, damit die Würde aller Beteiligten (und Abwesender) unangetastet bleibt. Aber Achtung: Solche „roten Linien“ verlaufen entgegen den Erwartungen, die viele an sie knüpfen, niemals gerade und sie sind immer durchlässig – darüber befindet je nach Kontext und Situation die Gruppe und die jeweilige Moderation.

Vielleicht bedarf es für die Auseinandersetzung zudem einer anderen Sprache, neuer Begriffe und Parolen, falls solche dann überhaupt noch zeitgemäß wären: Wie etwa formuliere ich meine deutliche Ablehnung von Positionen und Handlungsformen, ohne die jeweiligen Akteur*innen mit Begriffen wie „unfassbar“, „unerträglich“ oder „barbarisch“ verbal zu eliminieren?¹⁰ Denn je autoritärer die eine Seite auf der Objektivität, Wahrheit und Allgemeingültigkeit ihrer Perspektive und ihrer Position

besteht, desto mehr provoziert sie die Konstituierung und Polarisierung eines gegenüberstehenden Lagers. Gerade deshalb braucht es – auch im Sprechen über den Nahostkonflikt – Tugenden wie Demut, Geduld, Großzügigkeit und das Bewusstsein darüber, welche Zumutungen, das jeweilig für diejenigen bedeutet, die direkt betroffen sind.¹¹ In dieser Sprache und mit dieser Haltung kann nach einem gemeinsamen zukunfts-fähigen Dritten erst gesucht werden: Wie wollen wir leben?

All das mag banal, naiv und utopisch erscheinen. Und klar: Visionen allein schaffen keine Realitäten. Aber so wie die Verhältnisse das Denken prägen, so wirken auch das Denken und Sprechen auf die Verhältnisse, und ohne Visionen gibt es keine Hoffnung – auf eine andere Schule zum Beispiel und eine andere Welt. Oder konkreter und um noch einmal beim Nahostkonflikt zu bleiben: Sich zum Beispiel Palästinenser*innen als Beschützer*innen von Jüd*innen und Israelis vorzustellen könnte eine von vielen solcher Visionen sein. Bei aller angebrachter Skepsis ist aus solchen oder anderen Fantasien womöglich mehr Kraft zu schlagen als aus dem dürren Boden realpolitischer Fakten.

Vielleicht ist also Ambiguitätskompetenz, das heißt, Fähigkeiten zu erlernen, im Sprechen über und im Leben mit Widersprüchen, Konflikten und Unterschiedlichkeiten, ein Ausweg aus so mancher polarisiert geführten Debatte und ein Schritt auf dem langen Weg zu Formen von Dialog, Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung, in denen alle gleichwürdig (J. Juul) leben und möglichst gleichmächtig streiten können (Müller 2021). Ohnehin werden Fähigkeiten im Umgang mit Ambiguitäten ganz unterschiedlicher Art angesichts fortschreitender Globalisierung – das heißt einer rasant zunehmenden Sichtbarkeit und Wirksamkeit heterogener, sich widersprechender und auseinanderfallender Perspektiven, Lebenslagen und Überzeugungen von Menschen, die gleichzeitig immer näher zusammenrücken – noch bedeutsamer werden. Denn diese Entwicklungen bringen Veränderungen, Krisen und Verteilungskämpfe mit sich. Es gilt also mehr denn je, Räume für Auseinandersetzungen zu kreieren, unsere „ethischen Reflexe zu trainieren“ (G. Spivak; vgl. hierzu do Mar Castro Varela 2019) und zu lernen, auch solche Positionen, Perspektiven und Lebensformen anzuerkennen, die nicht meine sind – vielleicht sogar mit solchen meinen Frieden zu machen, die ich auf den ersten Blick als „unerträglich“ empfunden habe. Politische wie juristische Formen der Repression sowie „rote Linien“ schließt das nicht aus. Die werden aber erst gezogen, wenn ich auch die eigenen Lebensformen, Perspektiven, Positionen und Glaubenssätze hinterfragt habe. Denn wir sehen die Welt nicht so, wie sie ist, sondern so, wie wir sind.

Anmerkungen:

- 1 Dazu Hajo Funke im Interview: „Autoritäre Tendenz wird stärker: Die propalästinensischen Proteste an Universitäten dürfen nicht pauschal als antisemitisch bezeichnet werden“ (Funke 2024).
- 2 In ähnlicher Weise trafen solche Kampagnen zuletzt etwa auch die „Letzte Generation“.
- 3 Genauso beschreiben im Übrigen deutsche Palästinenser*innen (oder palästinensische Deutsche) – etwa Jugendliche in der Schule – ihre Wahrnehmungen und Gefühle angesichts der Reaktionen und Nichtreaktionen auf den Gaza-Krieg. Sie haben damit – wenn sich das so sagen lässt – genauso recht. So formuliert die frühere Berliner Staatssekretärin und stellvertretende Sprecherin im Auswärtigen Amt, Sawsan Chebli, aus einer deutsch-palästinensischen Perspektive: „Von der deutschen Öffentlichkeit erfahren wir kaum Empathie und Solidarität, sondern Ausgrenzung, Misstrauen und immer öfter Hass“ (Chebli 2024).
- 4 Ursprünglich geht die Parole wohl auf Ideen im frühen Zionismus zurück, einen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer zu errichten – und wurde später von der PLO aufgegriffen. In ganz ähnlicher Formulierung taucht sie auch in der Charta des Likud von 1977 auf. Ein Text in der FAZ vom 13.06.2024 fasst die Entscheidungsbegründung des Landgerichts Mannheim zur Strafbarkeit der Parole „From the River to the Sea“ zusammen, die das Innenministerium verhängt hatte (Grunert 2024).
- 5 Ähnliches ließe sich über umstrittene Schlagworte und Begriffe wie **Apartheid** oder **Siedlerkolonialismus** sagen: Abgesehen von der wegen polarisierender Wirkung grundsätzlich zweifelhaften Sinnhaftigkeit ihrer Verwendung als Kampfbegriffe in der Auseinandersetzung, lassen sich die Ungleichbehandlung von Palästinenser*innen und die ungebrochen anhaltende illegale Besiedelung und Annektion der besetzten Gebieten ja nicht bestreiten. Ob aber hinter dem Schlagwort jeweils antisemitische Motive stehen, einseitige Propaganda oder kritische Argumente, lässt sich erst im Kontext und im Rahmen einer miteinander geführten Auseinandersetzung erkennen. In vergleichbarer Weise trifft auch derjenige einen Punkt, der den **Zionismus** als nationalistisch-kolonialistische Bewegung angreift. Ist das antisemitisch? Muss nicht, kann aber sein. So reproduzieren viele Positionen, die sich als „antizionistisch“ verstehen, antisemitische Stereotype. Auf jeden Fall wird dabei vergessen, dass der Zionismus auch und gleichzeitig eine emanzipatorische Befreiungsbewegung diskriminierter und verfolgter Jüd*innen war und ist.
- 6 Den Hinweis auf die „Kippbilder“ verdanke ich einem Text von Maximilian Probst in der ZEIT, in dem dieser unter Bezug auf Wittgensteins Sprachphilosophie versucht, dem Reden über Antisemitismus und Nahostkonflikt näherzukommen (vgl. Probst 2024).
- 7 In den Konzepten von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) und „Pauschalisierenden Abwertungskonstruktionen“ (PAKOS) finden sich dazu Anhaltspunkte sowie pädagogische Schlussfolgerungen.
- 8 Das führt die Neurowissenschaftlerin Maren Urner (2024) im SRF aus (vgl. hierzu auch Müller 2024a).
- 9 Von „Wertetraining“ in der pädagogischen Arbeit sprechen Erpenbeck /Sauter (2022). In Bayern wurde zuletzt in der Schule eine „Verfassungsviertelstunde“ eingeführt (vgl. <https://alp.dillingen.de/aktuelles/beitrag/die-verfassungsviertelstunde-planung-und-durchfuehrung/>). Zu bedenken ist dabei, dass im Grundgesetz oder der Menschenrechtscharta sehr unterschiedliche Werte festgehalten sind, diese unterschiedlich priorisiert werden können und nicht „von oben“ gelehrt, sondern lebensweltlich erfahrbar sein müssen.
- 10 In seinem Buch „LTI. Lingua Tertiae Imperii“ beschreibt Victor Klemperer (1947), wie die Sprache des Antisemitismus und Autoritarismus vor der Zeit und während des Nationalsozialismus sukzessive in den Alltag sickerte und entscheidend dazu beitrug, die Massenvernichtung zu ermöglichen (vgl. dazu das DLF-Feature vom 21.7.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/victor-klemperer-lti-ist-nie-wieder-wirklich-jetzt-dlf-85deff8d-100.html>). Aus Klemperers Diskursanalyse ließen sich Schlüsse für einen antiautoritären und diskriminierungssensiblen Umgang mit Sprache ziehen.
- 11 Das führt im Rahmen der Debatte um den Nahostkonflikt Eva Menasse (2024) in bemerkenswerter Weise aus; (vgl. dazu auch: Wiedemann 2022).

Literaturverzeichnis:

- Bregman, Rutger (2021): *Im Grunde gut: Eine neue Geschichte der Menschheit*, Hamburg.
- Chebli, Sawsan (2024): „Ich war eine stolze Deutsche“, Interview in Taz, 29.06.2024, <https://taz.de/Sawsan-Chebli-ueber-den-Gaza-Krieg/!6017664/>, abgerufen am 31.08.2024.
- do Mar Castro Varela, Maria (2019): *Ambivalente Botschaften und Doppelbindung: Warum Kulturelle Bildung das Verlernen vermitteln sollte*, https://www.kiwit.org/kultur-oeffnet-welten/positionen/position_13120.html, abgerufen am 31.08.2024.
- Erpenbeck, John; Sauter, Werner (2022): *Wertetraining: Praxis, Coaching, Übung und Bildung für die gezielte Werteentwicklung von Persönlichkeiten*, Stuttgart.
- Funke, Hajo (2024): „Autoritäre Tendenz wird stärker: Die propalästinensischen Proteste an Universitäten dürfen nicht pauschal als antisemitisch bezeichnet werden“, Interview in Taz, 6.8.2024, <https://taz.de/Hajo-Funke-ueber-Proteste-an-den-Unis/!6027195/>, abgerufen am 31.08.2024.
- Grunert, Marlene (2024): *Terrorparole oder Slogan der Freiheit? Neue Entscheidung zur Strafbarkeit des Spruchs „Vom Fluss bis zum Meer“*, in FAZ, 13.06.2024.
- Hammer, Benjamin (2024): *Auch die deutsche Debatte zerreibt den Frieden*, in: DLF, 01.06.2024, <https://www.deutschlandfunk.de/krieg-in-nahost-auch-die-deutsche-debatte-zerreibt-den-frieden-100.html>, abgerufen am 31.08.2024.
- Harari, Yuval Noah (2023): *The World's Job During the War on Hamas: Save the Space For Peace*, in: Time Magazin, 16.10.2023, <https://time.com/6324254/israel-hamas-war-peace-yuval-noah-harari/>, abgerufen am 31.08.2024.
- Klemperer, Victor (1947): *LTI: Lingua Tertiae Imperii. Notizbuch eines Philologen*, Berlin.
- Menasse, Eva (2024): *Es kostet uns den Verstand! Die Gesellschaft zerbricht: Was tun? Ein Plädoyer für Großzügigkeit, Gelassenheit und Verzeihen*, in: Die Zeit 23/2024, 22.05.2024, <https://www.zeit.de/2024/23/gesellschaft-entwicklung-ignoranz-krise-reflektion>, abgerufen am 31.08.2024.
- Müller, Jochen (2024a): *Politik und Pädagogik*, <https://www.ufuq.de/aktuelles/politik-und-paedagogik-nahostkonflikt/>, abgerufen am 31.08.2024.
- Müller, Jochen (2024b): *Warum ist es so schwer, „und“ zu sagen“?*, <https://www.ufuq.de/aktuelles/warum-ist-es-so-schwer-und-zu-sagen-oeffentlicher-diskurs-und-paedagogische-praxis-zum-nahostkonflikt/>, abgerufen am 31.08.2024.
- Müller, Jochen (2021): *Recht behalten ist auch keine Lösung: Ambiguitätstoleranz in der Islamismusprävention*, in: KN:IX-Report 2021, <https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2022/02/2021-12-02-KNIX-Report-2021.pdf>, abgerufen am 31.08.2024.

Müller, Jochen; Kautz, Christian (2023): *Radikalisierung als Bewältigungsstrategie? Einordnung aus Sicht der Präventionspraxis*, in: Müller, T.; Fetz, K.; Uca, N.; Klose, C.; Kleffmann, N.; Talmatzky, M. (Hrsg.): *Determinanten radikalierungsbezogener Resilienz im Jugendalter*, <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/radres/downloads/hu-ergebnisbericht-determinanten.pdf>, abgerufen am 31.08.2024.

Probst, Maximilian (2024): *Was bringt uns endlich auf neue Gedanken? Aus den erbitterten Debatten um den Krieg in Gaza könnte uns ausgerechnet Ludwig Wittgensteins Sprachphilosophie befreien*, in: Die Zeit, 29.05.2024, S. 50, <https://www.zeit.de/2024/24/ludwig-wittgenstein-sprache-philosophie-nahostkonflikt>, abgerufen am 31.08.2024.

Urner, Maren (2024): *Radikal Emotional: Wie Gefühle Politik machen*, München.

Wiedemann, Charlotte (2022): *Den Schmerz der anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis*, Berlin.

Jenseits der „Runden Tische“

Aktuelle Anforderungen an die Praxis der Antisemitismusprävention

Dörthe Engels
(Violence Prevention Network)

Nach dem 7. Oktober 2023 können sich Israelis und Jüd*innen weltweit weniger denn je sicher fühlen – nicht einmal in Deutschland. Das stellt auch pädagogische Fachkräfte vor besondere Herausforderungen. Sie müssen sensibel sein und antisemitische Codes erkennen, eigene Weltbilder reflektieren, schwierige Situationen moderieren und Stigmatisierungen vermeiden – all das im Wissen, dass der Kampf gegen Antisemitismus mühsam ist und immer wieder von vorne zu beginnen scheint.

Der 7. Oktober 2023, als die Hamas und der Islamische Dschihad über 1.200 Menschen in Israel getötet, mehr als 5.000 verletzt und über 250 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt haben (Statista 2024b), ist als Zäsur in das kollektive Gedächtnis von Jüd*innen weltweit eingegangen. Rund 80 Jahre nach der Shoah wirken der terroristische Überfall, der folgende Krieg und der steigende Antisemitismus (re-)traumatisierend auch für die jüdische Gemeinde in Deutschland.

Ein Dreivierteljahr später sind infolge der Militäroperationen der israelischen Armee mehr als 37.000 Menschen in Gaza ums Leben gekommen und ca. 87.000 verletzt worden (Statista 2024b), ein Großteil der Bevölkerung leidet unter Hunger, unzureichender medizinischer Versorgung und Obdachlosigkeit. Auch Palästinenser*innen in Deutschland fühlen darum eine tiefe Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit.

Die Bilder des Leids und der Zerstörung in Israel wie in Gaza sind grausam. Dazu kommen Konfrontationen an der libanesischen und syrischen Grenze mit der Hisbollah sowie im Roten Meer mit der jemenitischen Huthi-Miliz, Raketenangriffe und Atombombendrohungen aus dem Iran und israelische Gegenschläge – all dies schürt die Sorge vor einem Flächenbrand.

Hohe Belastungen und Anforderungen

Auch für Fachkräfte, die mit Jüd*innen, Muslim*innen und Menschen mit geografischem Bezug zum Nahen Osten in beruflichem und/oder pädagogischem Kontext arbeiten, ist der 7. Oktober 2023 ein tiefer Einschnitt gewesen. So meldet die Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, OFEK e. V., dass sich in den ersten vier Wochen nach dem terroristischen Überfall das Beratungsaufkommen verzweifelte und sechs Monate später um ein Siebenfaches höher lag als im Vergleichszeitraum (OFEK 2024). Verschiedene Meldestellen bestätigen nicht nur den sprunghaften Anstieg von antisemitisch motivierten Vorfällen und Angriffen auf Menschen, sondern weisen auch auf eine Zunahme von antimuslimischem Rassismus hin (RIAS 2023; CLAIM 2023). Auch bei den zivilgesellschaftlichen Trägern, die Workshops der politischen Bildung für Jugendliche und Fortbildungen für Fachkräfte beispielsweise in Schulen, durchführen sowie Beratungen bei Verdachtsfällen von Radikalisierung anbieten, erhöhte sich die Anzahl von Anfragen wie auch die zeitliche und pädagogische Intensität der Maßnahmen.

Akteur*innen der Antisemitismusprävention wissen: Krisenzeiten in Nahost versetzen den Seismografen des Israelhasses und damit des Hasses auf Jüd*innen hierzulande in Schwingung. „Wenn es da unten

knallt, spüren wir das in unserer alltäglichen Arbeit sofort“, berichtet eine Trainerin¹, die schon lange in der Antisemitismusprävention an Schulen tätig ist.

Der Nahostkonflikt ist in seiner Vielschichtigkeit komplex und verwirrend, er irritiert Gerechtigkeitsempfinden und den Wunsch nach Eindeutigkeit, rührt an gesellschaftlichen Wertvorstellungen und hat mit den meisten von uns etwas zu tun – aufgrund der deutschen Vergangenheit oder eigener biografischer Berührungspunkte in Form von Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit. All dies verursacht starke Emotionen, die von Mitgefühl über Angst bis zu Wut reichen. Vor allem aber ist der Nahostkonflikt eine große Projektionsfläche für die Themen der Welt (Niehoff 2016: 13) und Antisemitismus eine der ältesten, hartnäckigsten und in seinen Ausmaßen verheerendste, in der Shoah gipfelnde Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Benz 2005: 7).

Dabei ist Antisemitismus nicht allein politisch und religiös begründeten extremistischen Szenen vorbehalten. Studien weisen antisemitische Verschwörungsnarrative auch (zunehmend) in der sogenannten Mitte der Gesellschaft nach.² Als Ideologie und Weltanschauung ist Antisemitismus ein Instrument, um mit Uneindeutigkeit, Komplexität und Ungerechtigkeit umgehen zu können; er entlastet den*die Träger*in emotional und verschafft ihm*ihr ein Gefühl der Überlegenheit.

Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Krisen haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend verdichtet: Bankenpleiten und Immobilienblasen, militärische Eskalationen in Nahost, Migrationsbewegungen, Coronapandemie, Ukrainekrieg oder Inflation stehen in Korrelation zu Erscheinungsformen von Antisemitismus. **Seit dem 7. Oktober 2023 greifen Vorfälle und dazugehörige öffentliche Debatten, in denen Positionen vertreten werden, die von problematisch-einseitig bis klar antisemitisch reichen, in enger Abfolge ineinander.** Ohne chronologische Reihenfolge und ohne die Vorfälle im Einzelnen zu bewerten und zu vergleichen waren dies bis heute zum Beispiel: propalästinensische Einlassungen und Boykottaufrufe gegen Israel in der Kunst- und Kulturszene (unter anderem „documenta“, „Berlinale“, „Eurovision Song Contest“), Brandanschläge auf Synagogen und Bombendrohungen an jüdischen Schulen, Prügelattacken auf jüdische bzw. israelische Studierende,

¹ Mit ihr wie mit vielen anderen Kolleg*innen hat die Autorin in den vergangenen Monaten über die Auswirkungen des 7. Oktober 2023 auf die Arbeit im Themenfeld gesprochen. Zu ihrem Schutz wird hier auf die Nennung der Namen verzichtet.

² Vgl. Monitorings und Lageberichte insbesondere von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, der Amadeu Antonio Stiftung, der Bildungsstätte Anne Frank, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Bertelsmann Stiftung, Jugendschutz.net und des American Jewish Committee sowie des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, des Bundeskriminalamts und des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Besetzungen an Universitäten, Schändungen von Plakaten in Erinnerung an die israelischen Geiseln, gesprayte Hamas-Dreiecke im öffentlichen Raum, „Free Gaza“-Rufe auf Demonstrationen, Süßigkeiten und Freudentänze auf der Berliner Sonnenallee, Kennzeichnungen der Wohnungstüren von jüdischen Mieter*innen mit Davidsternen, der „Palästina-Kongress“ in Berlin, die Klage gegen Deutschland in Bezug auf Unterstützung eines mutmaßlichen „Genozids“ in Gaza.

Vor diesem Hintergrund arbeiten Akteur*innen der Antisemitismusprävention in einem Dauerkrisenmodus. **„Jeden Morgen habe ich Sorge, wenn ich die Nachrichten anschau – ist wieder etwas passiert?“**, sagt die Mitarbeiterin eines freien Trägers, die in der Erwachsenenbildung tätig ist, und berichtet weiter: „Nach dem 7. Oktober stand ich unter Schock und konnte kaum arbeiten. Ich habe in Israel eine Weile gelebt. Noch jetzt bleibt mir die Stimme weg, wenn ich beschreibe, was dieser Tag bedeutet.“ Pädagog*innen sehen sich einmal mehr im Dilemma, einerseits professionell mit den Themen Nahostkonflikt und Antisemitismus umzugehen, und andererseits individuell ge- oder betroffen zu sein. Dies gilt insbesondere für jüdische Fachkräfte und Pädagog*innen, deren familienbiografische Geschichte mit der Region verbunden ist. Gespräche mit Kolleg*innen zeigen, dass viele von all den Dilemmata und Emotionen erschöpft sind.

Die Akteur*innen der Antisemitismusprävention sind sich schon lange bewusst, welcher vereinten Kraftanstrengung es bedarf, um der jahrhundertelangen Tradierung des Hasses auf Jüd*innen wirksam zu begegnen – und seit einiger Zeit auch die Politik. In den vergangenen rund zehn Jahren initiierte sie eine Reihe wichtiger Maßnahmen der Prävention, Intervention und Repression: Beauftragte für die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus auf Bundes- und Länderebene sowie in staatlichen Strukturen, wie der Polizei und den Generalstaatsanwaltschaften, wurden eingesetzt, Melde- und Beratungsstellen für von Antisemitismus betroffene Menschen aufgebaut, Forschungs- und Präventionsprojekte finanziert, Beamt*innen zum Thema fortgebildet, Antidiskriminierungsgesetze erlassen, jüdische Einrichtungen unter Polizeischutz gestellt, die Verfolgung von Straftaten intensiviert (vgl. Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus 2022; RIAS 2020).

Unmittelbar nach dem terroristischen Überfall auf Israel beriefen Ministerien „Runde Tische“ ein und verabschiedeten neue Aktionspläne. Unter anderem an die zivilgesellschaftlichen Träger, die seit Jahren Projekte der Antisemitismus- und Extremismusprävention umsetzen, stellt die Politik hohe Erwartungen. Sie sollen in kurzer Zeit mit begrenzten Mitteln korrigieren, was seit Jahrhunderten in Deutschland ein Problem ist. Nur einige Wochen später setzte die Haushaltskrise jedoch die Träger

kurzfristig der Gefahr aus, zum Jahresbeginn keine Förderung mehr zu erhalten. Auch wenn nun das Geld erst mal sicher ist, stehen die nächsten Herausforderungen vor der Tür. Wie geht es weiter mit dem Demokratiefördergesetz? Welche Träger werden im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zukünftig gefördert? Was passiert, wenn nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue politische Mehrheiten in den Parlamenten die Antisemitismusprävention als „links“ diffamieren und die Unterstützung entsprechender Projekte aufkündigen?

Der Handlungsdruck ist enorm – und der an die Präventionsakteur*innen gerichtete Anspruch extrem hoch. Dies kann schnell zu Überforderung führen und in Erschöpfung enden. Tatsächlich liegen die Berufe im Kontext Soziale Arbeit und Pädagogik weit oben in der Liste von Arbeitsbereichen, die die meisten Burn-out-Krankheitstage aufweisen (Statista 2022). In der Antisemitismusprävention sehen sich pädagogische Fachkräfte einem erhöhten Risiko gegenüber, sowohl von Burn-out als auch von einer sekundären Traumatisierung betroffen zu sein. Dies ergibt sich aus der intensiven Auseinandersetzung mit den Themen Krieg, Genozid, Hass und Hetze. Es ist schwer aushaltbar, in der täglichen Arbeit beispielsweise immer wieder mit Zeitzeug*innen-Berichten über die Shoah oder Bildern aus Lagern in Berührung zu kommen. Die Balance zwischen Anteilnahme und Distanz ist nicht einfach zu wahren. Auch die Tatsache, dass – trotz vieler Versicherungen und Absichtserklärungen – rund 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs Antisemitismus überhaupt noch ein Phänomen unserer Gesellschaft ist, kann zutiefst frustrieren. Dasselbe gilt für den Friedensprozess im Nahen Osten. In Israel und den palästinensischen Gebieten scheint einfach alles nur immer schlimmer zu werden – mehr Tote, mehr Hass, mehr politische Fehlentscheidungen. Sich hier nicht abzuwenden braucht viel innere Motivation und Kraft.

Auswirkungen in pädagogischen Settings

Die Politik reagierte nach dem 7. Oktober 2023 auf die Herausforderungen hierzulande in erster Linie mit Verboten bzw. Vorschriften sowie Verurteilungen: Viele Demonstrationen in Solidarität mit den Palästinenser*innen in Gaza wurden untersagt, das Tragen der *Kufiya* („Palästinenser-tuch“) auf Schulhöfen eingeschränkt, Slogans wie der Ausspruch „From the river to the sea, Palestine will be free“ unter Strafe gestellt, Hamas und das Gefangenensolidaritätsnetzwerk Samidoun wurden verboten und Organisationen Bekenntnisse zur deutschen Staatsräson in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Staat Israel abverlangt.

Die Verfolgung und Ächtung antisemitischer (Straf-)Taten ist im juristischen und politischen Sinne angebracht, doch im pädagogischen Setting können Formen dieses „Problemmanagements“ kontraproduktiv sein. Gerade bei Jugendlichen lösen Verbote oft Widerstand aus, der dann in der Arbeit mit der jungen Zielgruppe, bei allen ohnehin schon bestehenden Zugangsproblematiken, erst wieder „aufgeräumt“ werden muss.

In Schulen wirken sich Ereignisse im Kontext der militärischen Eskalation in Nahost umgehend aus. **Dabei mischen sich Fakten mit Gefühlen und Gerüchten aus dem Internet.** Viele der jungen Generation, die seit einigen Jahren einer Krise nach der anderen begegnet, haben großes Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen entwickelt und werden dabei leicht durch Inhalte in sozialen Medien beeinflusst, wie Fachkräfte in Schulen feststellen. „Die jungen Leute haben große Probleme, sich in dieser Welt zurechtzufinden – es geht viel um die Metaebene von Krisen“, berichtet ein Kollege, der vor allem in der Prävention von Rechtsextremismus tätig ist.

Vereinfachte Narrative und polarisierende Positionen sind überall anzutreffen, auch und gerade beim Thema Nahostkonflikt. Lehrkräfte und Erzieher*innen schaffen es nicht, in den viel zu vollen Klassen neben der Aufholjagd nach Corona auch noch derart komplizierte „Spezialthemen“ zu behandeln. Bei vielen herrscht das Gefühl vor, der Nahostkonflikt sei „wie ein Kochtopf unter Druck. Sobald man hier den Deckel nur ein klein wenig anhebt, fliegt einem das Ding um die Ohren.“ Entsprechend sei der Konflikt „ein heißes Eisen, das man lieber nicht anpackt“. Schulen zeigten sich nach dem 7. Oktober 2023 mit demonstrativen propalästinensischen Bekundungen seitens einiger ihrer Schüler*innen überfordert, die teils die Hamas als „Widerstandskämpfer“ feierten und scheinbar keine Empathie für die ermordeten und verschleppten Israelis zeigten. Antisemitische Äußerungen tauchen bis heute an vielen Stellen auf. So erzählt ein Grundschullehrer, dass er mit seiner vierten Klasse im Sachkundeunterricht die Flugrouten von Zugvögeln auf einer Landkarte verfolgte und ein Schüler „Scheiß Juden“ zischte, als der Zeigestock über Israel und die palästinensischen Gebiete strich. Wann und wie er die vielen und unterschiedlichen diskriminierenden Verhaltensweisen seiner Schüler*innen aufarbeiten soll, weiß er nicht – es fehlen ihm schlichtweg die Zeit und die passenden Methoden. „Es ist ja nicht nur der Antisemitismus, sondern auch der Sexismus, der antimuslimische Rassismus, der Klassismus und so weiter.“

Entsprechend ist das Anfrageaufkommen seitens der Schulen bei den freien Trägern zum Thema Nahostkonflikt und israelbezogener Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 stark angestiegen. Die Interventionen an Schulen ähneln dabei „Feuerwehreinsätzen“. Oft folgen sie auf konkrete Vorfälle, wie beispielsweise dem Tragen der *Kufiya*, „Free Palestine“-Rufen oder öffentlichen Gebeten auf dem Schulhof. „Die Lehrkräfte sind erleichtert, wenn wir das Thema mit den Schüler*innen bearbeiten“, erzählt ein Kollege, der an Berliner „Brennpunktschulen“ tätig ist. Er berichtet, dass das Thema Nahostkonflikt insbesondere unter muslimischen Schüler*innen hochpräsent ist. „Hier herrscht die Meinung vor ‚Wir dürfen nicht sagen, was wir denken.‘ Die Jugendlichen haben das Gefühl eines Maulkorbs: keine Demos, keine Tücher, keine Karten, keine Fahnen.

Sie nehmen Doppelstandards wahr und sind enttäuscht vom ‚Westen‘. Es werde immer von Werten gesprochen, aber die scheinen für Muslime nicht zu gelten. Die Jugendlichen leben zwischen dem deutschen Fernsehen und TikTok, hier sind völlig unterschiedliche Bilder und Narrative unterwegs.“

In den Schulworkshops, die freie Träger durchführen, dürfen die jungen Menschen Emotionen teilen und ihre Meinung zum Thema frei äußern, ohne dass hier Verbote und Wertungen vollzogen werden. Diesen Raum nehmen die Jugendlichen dankbar an, denn in vielen anderen Kontexten meinen sie, nicht frei sprechen zu dürfen, da alles „gleich als antisemitisch“ bewertet werde. Tatsächlich sind viele Aussagen als solche zu klassifizieren. **„Manche Meinungen sind nur schwer auszuhalten“**, berichtet ein Kollege, der fast täglich in Schulen geht und hier Workshops der politischen Bildung durchführt. „Bei Erwachsenen würde ich vieles davon einfach anzeigen“, so der oben zitierte Grundschullehrer. Die pädagogische Haltung von beiden ist dennoch: „The kids are alright.“ Junge Menschen in der Adoleszenz haben noch nicht unbedingt ein festes politisches Weltbild und sind vor allem beeinflusst von Elternhaus, Freundeskreis und Medien, das heißt, sie spulen zumeist das ab, was sie irgendwo schon einmal gehört haben, und ordnen und bewerten dies mit den Instrumenten, die ihnen zur Verfügung stehen.

Dies richtig und entsprechend dem individuellen Reifegrad der Kinder und Jugendlichen einzuschätzen, ist auch für Pädagog*innen nicht leicht. Projiziere ich meinen eigenen Alarmismus und meine Hypersensibilität beim Thema auf andere und sehe Vorfälle, die bei genauerem Hinsehen gar nicht im politisch-moralischen Sinn problematisch sind, weil es sich hier um Provokation oder den Ausdruck von Emotionen handelt? Oder unterschätze ich die Verantwortung für Meinung und Verhalten, die auch junge Menschen schon tragen, und muss hier klare Grenzen aufzeigen?

In Schulworkshops dürfen junge Menschen ihre Emotionen teilen

Die pädagogische Lösung: nachfragen – und damit irritieren. Dies fördert einen wichtigen Lernprozess: eine eigene Haltung zu finden und Argumente zu formulieren sowie andere Meinungen anhören und stehen lassen bzw. kontern zu können. In Bezug auf den Nahostkonflikt ist es bereits ein Erfolg, wenn sich ein*e Schüler*in am Ende dem allgemein vorherrschenden Positionierungszwang entzieht und sagt: „Ich bin verwirrt und weiß nicht, wie meine Haltung ist.“ Die Geschichte des Nahostkonflikts ist zu komplex, um sie im Detail in der kurzen Zeitspanne, die in der Schule zur Verfügung steht, zu besprechen. Wenn zu einigen wenigen prägnanten historischen Daten mehr als eine Perspektive aufgezeigt werden konnte, ist das schon viel. „Die Wirkungskraft von Workshops in Schulen ist gering, weil sie kurz und meistens einmalig sind“, gesteht ein Kollege ein.

Und dennoch: Der Schule als maßgeblichem Sozialisationsort junger Menschen fällt hinsichtlich der Antisemitismusprävention eine große Chance und damit auch Herausforderung zu. Hier müssen **soziale und individuelle Kompetenzen** gebildet werden, die wichtig sind, um mit Krisen, Ungerechtigkeit oder Komplexität umzugehen. Die Angebote, die die Schule den jungen Menschen macht, bleiben jedoch häufig hinter der Lebensrealität zurück. So wird etwa die in der Schule vermittelte Medienkompetenz der Bedeutung nicht gerecht, die das Internet hinsichtlich der Meinungsbildung für Kinder und Jugendliche heute hat. Das Erkennen von *Fake News* und Propaganda, das Bewerten von Quellen sowie das Verstehen der Wirkung von *Hate Speech* und die Entwicklung von (digitaler) Zivilcourage sind aber essenzielle Bausteine auch der Antisemitismusprävention. Diese können außerschulische Bildungsträger nicht allein leisten.

Antisemitismus als Brückennarrativ

Auch Lehrkräfte, Erzieher*innen und weitere Schulbeteiligte nehmen an Qualifizierungen der Antisemitismusprävention teil. Viele teilen das Bedürfnis nach schnellen Einordnungen von Situationen und der Anklage von „Täter*innen“. Dabei fokussieren sie sich in der Regel klar auf die Schüler*innen – und hierbei meist auf die mit einem „Migrationshintergrund“ – und weniger auf sich selbst.

Menschen sehen zunächst den Antisemitismus „der Anderen“. So werden insbesondere von rechter Seite muslimische sowie nach Deutschland eingewanderte und geflüchtete Menschen als diejenigen ausgemacht, die den Antisemitismus „importiert“ hätten. Bilder wie die von feiernden Menschen auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln nach dem 7. Oktober 2023 werden dabei auf „den Islam“ verallgemeinert. Diese Perspektive verschafft den Sprechenden ein fortschrittliches und gutes Selbstbild und belegt „die Anderen“ in kollektivierender und damit rassistischer Art und Weise mit einem rückständigen und unmoralischen Fremdbild. Große Teile der (weißen) „Mitte der Gesellschaft“ glauben, man selbst habe den Antisemitismus eigentlich schon überwunden und könne sich als „Erinnerungsweltmeister“ (Czollek 2018: 21) feiern, das heißt, der Antisemitismus wird historisiert und der Shoah in einer teils erstarrten Erinnerungskultur ritualisiert gedacht.

Ein weiteres Phänomen ist die Verortung von Antisemitismus an den politischen Rändern. Nachdem über Jahre – zurecht – der Antisemitismus im Rechtsextremismus wahrgenommen wurde, zeigt sich nun nach dem 7. Oktober 2023, wie stark auch „linker“ Antisemitismus wirkt. Gerade in akademischen Kreisen wird leidenschaftlich und mit hohem moralischem Überlegenheitsgefühl über das koloniale Erbe und die rassistischen Machtverhältnisse in Deutschland diskutiert, um dann aber beim Thema Antisemitismus und Nahostkonflikt in erschreckende Schwarz-Weiß-Schemata abzugleiten, etwa wenn Israel als „Apartheidstaat“ oder „koloniales Projekt“ bezeichnet wird.

Nach dem Massaker am 7. Oktober 2023 und der folgenden israelischen Offensive in Gaza ist es Menschen jeder politischen Couleur möglich, nach Belieben Täter*innen und Opfer miteinander zu vertauschen und sowohl antisemitisch als auch antimuslimisch zu sprechen. Auf Demonstrationen laufen derzeit rechte und linke Gruppen Seite an Seite mit Islamist*innen, wo sie die Hamas als „im Widerstand gegen den Imperialismus“ verherrlichen. Angesichts solcher Entwicklungen wird noch einmal deutlich, dass Antisemitismus als tiefsitzendes Ideologem und Brückennarrativ, auf das sich alle Extremist*innen verständigen können, das aber auch in der „Mitte“ der Gesellschaft präsent ist, grundsätzlich einer intensiven Auseinandersetzung auch und gerade in Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten für pädagogische Fachkräfte bedarf.

Während Antisemitismus also in die Tiefe der gesamtdeutschen Gesellschaft reicht (Zick et al. 2023: 70), spielt sich die Prävention oft nur an der Oberfläche ab. Fachkräfte äußern häufig den Wunsch nach einem Erste-Hilfe-Kasten, der bei antisemitischen Vorfällen geöffnet werden kann. Es gibt jedoch keine heilenden Pflaster, die man auf antisemitische Verletzungen kleben kann und die „alles wieder gut“ werden lassen. Hier besteht die große Herausforderung darin, Antisemitismus überhaupt zu erkennen, denn er wird heute in Codes und Chiffren geäußert, die „Nichteingeweihte“ ohne Fachkenntnis nicht verstehen, während Antisemit*innen sofort wissen, wer mit „Globalisten“, „Finanzelite“ oder „Mächten“ gemeint ist. Und: Auch Nichtantisemit*innen nutzen diese Begriffe des klassischen Antisemitismus, um beispielsweise Kritik am kapitalistischen System zu äußern.

Noch subtiler ist der sogenannte sekundäre oder Post-Shoah-Antisemitismus. Während man Holocaust-Leugnungen im Alltag eher selten begegnet, stößt man deutlich häufiger auf Aussagen wie „Mein Opa war kein Nazi“ oder „Es muss nun auch mal Schluss sein mit dem Erinnerungskult“. Was diese Form der Schuldabwehr drei, vier Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg mit Antisemitismus zu tun hat, lässt sich vielleicht in wenigen Minuten faktisch erklären – erfahr- und spürbar, haltungsverändernd und damit wirksam wird es erst nach einer langen Zeit der Reflexion. Die Zeiten, in denen Nachfahren der Kriegsgeneration sich intensiv mit ihrer Familiengeschichte auseinandergesetzt und Überlebenden der Lager zugehört haben, scheinen vorbei. Stattdessen verstärken sich geschichtsrevisionistische Ideen rechter Kräfte sowie die Abkehr von der Annahme der Singularität der Shoah auf linker Seite.

Von Antisemitismus Betroffene sind folglich immer wieder Situationen ausgesetzt, in denen sie Unsicherheit darüber spüren, wes Geistes Kind ihr Gegenüber ist. „Antisemit!“ ist das wohl schärfste Schwert im öffentlichen Diskurs, um jemanden zu diskreditieren. Es auszusprechen, bedeutet das sichere Ende eines Gesprächs, dessen Inhalt vielleicht gar nicht

„so gemeint“ sein sollte, es aber aufgrund der Jahrhunderte alten antisemitischen Bilder eben doch irgendwie ist. Der Antisemitismus „wabert“ in der Gesellschaft, und das macht es schwierig, ihn zu fassen. Ist das noch Meinungsäußerung, „problematisch“ oder schon Antisemitismus? Auch Fachkräfte der Prävention ringen hier immer wieder aufs Neue – natürlich, denn sie sind ein Teil dieser Gesellschaft und sollten auf Augenhöhe agieren. Sie sind keine Instanz, die wie im Gerichtssaal Urteile fällt. In der politischen Bildung ist es ihre Aufgabe, Fragen in die Gruppe zurückzuspielen und Aussagen wie Haltungen gemeinsam mit den Teilnehmenden zu diskutieren.

Insofern hat sich der Auftrag der Antisemitismusprävention nach dem 7. Oktober 2023 nicht verändert. Wir sind noch immer aufgefordert, die großen Fragen zu reflektieren: Wie hat der Nationalsozialismus mich selbst, meine Familie und unser Land geprägt? Welche Bilder vom Judentum habe ich im Kopf? Wie wird der Nahostkonflikt in Deutschland und anderswo diskutiert? Wir sind hier alle betroffen – Christ*innen, Muslim*innen, Anhänger*innen anderer oder keiner Religionen, auch Jüd*innen. Antisemitismus ist ein Teil unserer sozialen DNA in Deutschland, derer wir uns Stück für Stück nur entledigen können, wenn wir uns gemeinsam auf eine lange Reise in die eigene Geschichte begeben.

Literaturverzeichnis:

Amadeu Antonio Stiftung (2023a): *Angriffe auf die Erinnerung: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus #12*, Berlin, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/11/Lagebild-Antisemitismus-12.pdf>, abgerufen am 31.08.2024.

Amadeu Antonio Stiftung (2023b): *Israelhass und Antiamerikanismus: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus #11*, Berlin, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/05/230508_wigwam_aas_lagebild_2023-11-v06.pdf, abgerufen am 31.08.2024.

American Jewish Committee Berlin, Lawrence and Lee Ramer Institute (2022): *Antisemitismus in Deutschland: Eine Repräsentativbefragung durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach, Befragungszeitraum: 22. Dezember 2021 bis 18. Januar 2022*, Berlin, https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC%20Berlin_Antisemitismus%20in%20Deutschland_Eine%20Repr%C3%A4sentativbefragung.pdf, abgerufen am 31.08.2024.

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus (2022): *Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben*, Berlin/Paderborn, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/nasas.pdf?__blob=publicationFile&v=5, abgerufen am 31.08.2024.

Benz, Wolfgang (2005): *Was ist Antisemitismus?* 2. Auflage, München.

Berendsen, Eva; Schnabel, Deborah (2024): *Die TikTok-Intifada: Der 7. Oktober & die Folgen im Netz: Analyse und Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank*, https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/TikTok_Report_Nahostkonflikt_BSAF_2024_neu.pdf, abgerufen am 31.08.2024.

Bertelsmann Stiftung (2023): *Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein Blick auf Deutschland in Zeiten der Eskalation in Nahost*, Religionsmonitor Kompakt, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/antisemitismus-rassismus-und-gesellschaftlicher-zusammenhalt>, abgerufen am 31.08.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): *Lagebild Antisemitismus 2020/21*, Köln, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2022-04-lagebild-antisemitismus.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 31.08.2024.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): *Verfassungsschutzbericht 2022*, Berlin, https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am 31.08.2024.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS) (2023a): *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober: Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*, <https://www.report-antisemitism.de/monitoring/>, abgerufen am 31.08.2024.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS) (2023b): *RIAS Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022*, Berlin, <https://report-antisemitism.de/annuals/>, abgerufen am 31.08.2024.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS) (2020): *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*, Berlin, https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf, abgerufen am 31.08.2024.

CLAIM // Allianz gegen Islam – und Muslimfeindlichkeit (2023): *Pressemitteilung: Gewaltvolle Übergriffe, Drohungen, Diskriminierungen: Zahl antimuslimischer Vorfälle bundesweit erneut gestiegen*, <https://www.claim-allianz.de/presse/pressemitteilung-gewaltvolle-uebergriffe-drohungen-diskriminierungen-zahl-antimuslimischer-vorfaelle-bundesweit-erneut-gestiegen/>, abgerufen am 31.08.2024.

Czollek, Max (2018): *Desintegriert euch!*, München.

Engels, Dörthe (2023): *Herausforderung: Antisemitismusprävention im Strafvollzug*, in: *Interventionen: Zeitschrift für Verantwortungspädagogik*, Ausgabe 17 (2023), <https://violence-prevention-network.de/ueber-uns/publikationen/interventionen-zeitschrift-fuer-verantwortungspaedagogik/>, abgerufen am 31.08.2024.

Jugendschutz.net (2021): *Online-Extremismus und der Gaza-Israel-Konflikt 2021: Konflikt zwischen Israel und Palästina für antisemitische Hetze instrumentalisiert*, Report, Juni 2021, https://www.jugendschutz.net/fileadmin/daten/publikationen/praxisinfos_reports/report_online-extremismus_und_der_gaza-israel-konflikt_2021.pdf, abgerufen am 31.08.2024.

Niehoff, Mirko (2016): *Nahostkonflikt kontrovers: Perspektiven für die politische Bildung*, Schwalbach.

OFEK e. V. (2024): *Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e. V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023*, <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-%E2%80%93-Auswertung.pdf>, abgerufen am 31.08.2024.

Statista (2024a): *Berufsgruppen mit den meisten Arbeitsunfähigkeitstagen aufgrund von Burn-out-Erkrankungen im Jahr 2022 (je 1.000 AOK-Mitglieder)*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/239672/umfrage/berufsgruppen-mit-den-meisten-fehltagen-durch-burn-out-erkrankungen/>, abgerufen am 31.08.2024.

Statista (2024b): *Israel/Palästinensische Autonomiegebiete: Anzahl der Todesopfer und Verletzten durch den Terrorangriff der Hamas gegen Israel und Gegenschläge seit dem 07. Oktober 2023, Stand: 03.07.2024*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>, abgerufen am 31.08.2024.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mocros, Nico (2023): *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>, abgerufen am 31.08.2024.

Beratung für den Neuanfang

Distanzierungsarbeit zivilgesellschaftlicher Träger in der Tertiärprävention

Annika von Berg
(Violence Prevention Network)

Der Text beschreibt Distanzierungsarbeit im Rahmen der Tertiärprävention und thematisiert die der Distanzierungsarbeit inhärente Herausforderung der Herstellung einer intrinsischen Motivation und eines Veränderungswillens aufseiten der Klient*innen. Mit welchen pädagogischen und sozialarbeiterischen Ansätzen und Konzepten kann Distanzierungsarbeit diese Motivation schaffen, und welchen Schwierigkeiten steht sie aktuell gegenüber?

Bei der Distanzierungsarbeit handelt es sich um ein originär pädagogisches und sozialarbeiterisches Handlungsfeld. Es entwickelte sich unter anderem aus der Straßensozialarbeit und der akzeptierenden Jugendarbeit, in der einige Akteur*innen, die heute im Themenfeld islamistischer Extremismus tätig sind, ihre Arbeit ursprünglich mit Zielgruppen aus dem Rechtsextremismus begonnen haben. Neben der Distanzierungsarbeit wird im Kontext von Tertiärprävention immer wieder auch der Begriff der Ausstiegsbegleitung genannt. Nicht selten synonym verwendet, handelt es sich bei beiden zwar durchaus um Aufgabenfelder der tertiären Extremismusprävention, allerdings mit grundlegend unterschiedlichen Ausgangsbedingungen.

Ausstiegsbegleitung richtet sich an Personen, die bereits eine intrinsische Motivation aufweisen, sich von extremistischen Einstellungen und Gruppen zu lösen. Im Rahmen der Begleitung kann diese Motivation bestärkt werden – etwa in der Unterstützung von Maßnahmen, die dem Selbstschutz dienen, wie etwa ein Umzug zur räumlichen Distanzierung von der extremistischen Gruppe. Distanzierungsarbeit hingegen muss erst einen Raum schaffen, in dem Menschen befähigt werden, eine intrinsische Motivation zur Distanzierung von extremistischen Einstellungen, Verhaltensweisen, Handlungen, Szenen und/oder Gruppen, das heißt, einen Veränderungswillen zu entwickeln. Es ist explizites Ziel der Distanzierungsarbeit, diese Motivation und den Veränderungswillen zunächst einmal herzustellen, das heißt, bei Klient*innen die Bereitschaft zu schaffen, in den Dialog zu gehen, extremistische Einstellungen, Verhaltensmuster und Handlungen zu hinterfragen, hinter sich zu lassen und sich in die Gesellschaft zu (re-)integrieren.¹

Ausstiegsbegleitung ist gleichwohl nicht die „einfachere“ Arbeit, denn auch hier werden inhaltlich und emotional herausfordernde Themen bearbeitet. Eine grundlegende Bereitschaft dafür ist aber bei den Klient*innen bereits vorhanden, weshalb nicht dieselben pädagogischen und sozialarbeiterischen Konzepte wie in der Distanzierungsarbeit erforderlich sind, die Veränderungsbereitschaft, Persönlichkeits- und Identitätsbildung unterstützen sowie Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und Verantwortungsübernahme schaffen sollen.

¹ Vgl. zur Differenzierung von Ausstiegsbegleitung und Distanzierungsarbeit Exit Deutschland (2024); Meixner/Wiechmann (2024); Distanz.Info 2024 sowie PISOIU (2020: 2) basierend auf Ryan und Deci, (2000).

Aktuell setzen zahlreiche Akteur*innen Ausstiegsbegleitung in Deutschland um. Allerdings sind nur die folgenden Träger in der Distanzierungsarbeit tätig:² Violence Prevention Network gGmbH (in verschiedenen Projekten), die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein e. V. mit dem Projekt „Kick-Off“ sowie Legato Bremen. Auch die Kolleg*innen der Beratungsstelle Salam gegen islamistische Radikalisierung arbeiten mit Personen ohne intrinsische Motivation, beispielsweise im Kontext einer Bewährungsauflage, wenn Gesprächsbereitschaft besteht (vgl. Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz o. J.). Im Bereich Rechtsextremismus findet sich zum aktuellen Zeitpunkt das Projekt „REE! Kurswechsel für Rechtsextremist*innen“ von Violence Prevention Network gGmbH, das sich explizit an Personen ohne intrinsische Motivation richtet. Ebenfalls mit Personen, denen eine Motivation für die Distanzierung fehlt, die aber eher rechtsaffin sind und nicht vollumfänglich rechtsextreme Weltbilder internalisiert haben, arbeiten „Exchange Brandenburg“, „PRISMA Sachsen“ und „Crossroads Berlin“ (alle Violence Prevention Network gGmbH) und Distanz e. V.³

Im Folgenden soll gezeigt werden, weshalb es sich bei der Distanzierungsarbeit um ein Arbeitsfeld der Sozialarbeit und Pädagogik handelt. Dabei wird auf Deutschland und die dortige Organisation der Distanzierungsarbeit eingegangen und erläutert, wie diese historisch gewachsen, begründet und heute gestaltet ist. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei Distanzierungsarbeit im Beratungsalltag um ein hochdynamisches, nichtlineares Arbeiten handelt, das immer wieder auch mit Rückschritten verbunden sein kann. Distanzierungsprozesse verlaufen sehr unterschiedlich, sie benötigen Zeit, insbesondere für den Aufbau einer Beratungsbeziehung und für die inhaltliche Arbeit.

² Die folgende Auflistung von Trägern beruht auf ihrer Mitgliedschaft im Beratungsnetzwerk der Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie auf einer Auswertung der online gelisteten Netzwerkpartner*innen: https://www.beratungsstelle-radikalisierung.de/DE/Unser-Netzwerk/unsernetzwerk_node.html, abgerufen am 08.04.2024.

³ Basierend auf einer Liste des Portals: <https://infoportal.komprex.de/search>, abgerufen am 08.04.2024.

i

Distanzierungsarbeit (idealtypische, schematisierte Darstellung)

1. Falleingang

- Der Falleingang erfolgt über eine Sicherheitsbehörde, weil die betroffene Person durch (noch nicht) strafrechtlich relevante extremistische Verhaltensweisen auffällig geworden ist. Der betroffenen Person wird eine Zusammenarbeit angeboten oder im Rahmen einer richterlichen Auflage angeordnet.

Oder:

- Angehörige oder das soziale Umfeld der betroffenen Person melden sich bei Akteur*innen der Distanzierungsarbeit und stellen den Kontakt zwischen der betroffenen Person und den Distanzierungsarbeitenden her.

2. Erstkontakt und Aufbau einer Beratungsbeziehung

- Berater*innen treten in Kontakt mit der betroffenen Person und erklären die (rechtlichen) Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit. Ist die betroffene Person bereit für eine Zusammenarbeit – vorausgesetzt die Zusammenarbeit erfolgt nicht im Zwangskontext –, beginnt der Aufbau einer vertrauensvollen Beratungsbeziehung.
- Ebenso wird in der ersten Phase der Distanzierungsarbeit die intrinsische Motivation, sich zu verändern, initiiert, das heißt, Teil dieses Abschnitts ist es, dass eine grundlegende Öffnungs- und Veränderungsbereitschaft geschaffen wird.

3. Inhaltliche Arbeit

- Je nach Distanzierungsberater*in und Bedürfnissen der Klient*innen werden hier verschiedene Methoden und Ansätze zur Aufarbeitung einzelner Faktoren und Aspekte angewendet – etwa zur Rekonstruktion der Biografie oder zu einer Straftataufarbeitung, um die eigene Radikalisierungsgeschichte zu verstehen; oder zu klassisch sozialarbeiterischen Inhalten, wie der Integration in den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem.
- Ebenso werden ideologische Inhalte, wie Feindbilder und Narrative, reflektiert.

4. Fallabschluss

- Hat sich die betroffene Person von ihren extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen distanziert und besteht kein weiterer Unterstützungsbedarf mehr, der in das Aufgabenfeld der Distanzierungsarbeit fällt, kann der Fall abgeschlossen werden.

Good Practice in Deutschland

Auf internationaler Ebene wie etwa im Kontext des Radicalisation Awareness Network (2011–2023) fordern Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen stärkere zivilgesellschaftliche Strukturen, ähnlich wie in Deutschland (Papp et al. 2022: 33). Auch die Europäische Kommission (2021) hebt die Bedeutung der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in der Distanzierungsarbeit hervor. In Frankreich wurde die Notwendigkeit einer langfristigen Betreuung durch entsprechende Organisationen erkannt und der ursprünglich ausschließlich sicherheitszentrierte Ansatz überarbeitet. So wurde festgestellt, dass eine Installation von Distanzierungsprogrammen notwendig ist, die über Haft und Bewährung hinausgehen. Zu diesem Zweck besteht in Frankreich seit 2018 eine entsprechende Partnerschaft zwischen zwei NGOs und der zentralen Gefängnisverwaltung (Papp 2022: 10f.).

Die ersten zivilgesellschaftlichen Ausstiegsprogramme, deren Methoden und Inhalte auch die heutige Distanzierungsarbeit beeinflussen, entwickelten sich in den 1990er Jahre in den skandinavischen Staaten als Reaktion auf eine zunehmende Popularität rechtsextremer Gruppen und Organisationen unter Jugendlichen (Papp et al. 2022: 7). Deutschland zeichnet sich bereits seit den 1990er Jahren durch ein mehrheitlich zivilgesellschaftlich geprägtes Modell in der Ausstiegsbegleitung und Distanzierungsarbeit aus. Auf diese Erfahrungen in der Arbeit mit rechts-extremen Jugendlichen (als akzeptierende Jugendarbeit) bezogen sich auch die Gründer*innen der ersten NGOs im Bereich der Ausstiegsbegleitung und Distanzierungsarbeit in Deutschland, wie zum Beispiel Exit Germany im Jahr 2000 (Papp et al. 2022: 8).

Insgesamt gesehen ist die Extremismuspräventionslandschaft in Deutschland durch eine besonders breit ausgebaute regionale Struktur sowie methodische und institutionelle Diversität geprägt, in der eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen seit Jahren erfolgreich agiert und kooperiert. Dass in Deutschland ein starker Fokus auf NGOs als umsetzende Akteur*innen der Distanzierungsarbeit gesetzt wird, hat mehrere Gründe. So besteht ein gewachsenes Bewusstsein dafür, dass der Umgang mit (mutmaßlich) extremistischen Einstellungen sowie die Einschränkung der freien Meinungsäußerung ein hohes Maß an Sensibilität erfordern und NGOs, insbesondere bei systemkritischen Personen, ein größeres Vertrauen genießen als Sicherheitsbehörden. Darüber hinaus spielen hier auch Konsequenzen eine Rolle, die aus deutscher Erfahrung mit Autoritarismus und Totalitarismus gezogen wurden (Baaken et al. 2020: 8).

Auch die Arbeit im Haftkontext in Deutschland ist im europäischen Vergleich einzigartig. Die Beratung von inhaftierten Straf- und/oder Gewalttäter*innen mit extremistischen Einstellungen- und/oder Verhaltensmustern wird hier mehrheitlich durch pädagogisch/sozialarbeiterische, externe, zivilgesellschaftliche Akteur*innen umgesetzt. Dabei existiert eine Vielzahl an Methoden, wie der systemische Ansatz, psychotherapeutische Vorgehensweisen oder klient*innenzentrierte Beratungen.

Aktuell sehen sich Distanzierungsakteur*innen in Deutschland mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Zunächst sind an dieser Stelle Mittelkürzungen und Sparmaßnahmen zu nennen: Werden Projektförderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen reduziert oder gänzlich gestrichen, erschwert dies die (langfristige) Betreuung von Klient*innen, gegebenenfalls kommt es zu Betreuungsabbrüchen und Klient*innen verlieren – womöglich an einem kritischen Punkt im Distanzierungsprozess – ihre*n Berater*in, was nicht nur zur Instabilität der Klient*innen, sondern auch zu einer Re-Radikalisierung und damit zu einer Erhöhung

des Risikos für und durch die radikalisierte/radikalisierungsgefährdete Person führen oder beitragen kann.

Ebenso herausfordernd ist der zunehmende gesellschaftliche Zuspruch für Parteien der extremen Rechten. Dies erschwert die Distanzierungsarbeit inhaltlich – zum einen weil eine zunehmende „Salonfähigkeit“ rechten Gedankenguts dazu führt, dass Klient*innen sich in ihren Einstellungen zunehmend von der Mehrheitsgesellschaft ge- und unterstützt fühlen. Zum anderen bestärkt diese Entwicklung die Narrative einer rechten Bedrohung in anderen Phänomenbereichen, z. B. im Kontext Islamismus. Anzunehmen ist auch, dass Wahlerfolge rechter Parteien Auswirkung auf Förderungen zivilgesellschaftlicher Projekte haben werden. In diesem Zusammenhang stehen auch vielfältige Versuche der Delegitimierung und Bedrohung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Auch die digitale Sphäre stellt eine Herausforderung für die Distanzierungsarbeit dar, denn die pädagogische Praxis muss zunehmend die Online-Lebenswelten von Klient*innen in den Fokus rücken.⁴ Für Beratende bedeutet dies, dass Gesprächsangebote für (mutmaßlich) Radikalisierungsgefährdete auch auf Social-Media-Plattformen, wie TikTok und Instagram, implementiert werden müssen. Zentral ist hierbei, dass entsprechende Voraussetzungen und Strukturen für eine funktionierende Online-Beratung geschaffen werden. So müssen im Sinne einer „aufsuchenden Online-Prävention“ tragfähige Strategien und Ressourcen vorhanden sein, in deren Rahmen (potenziell) radikalierungsgefährdete und radikalisierte Personen online angesprochen werden können. Außerdem muss der Übergang in ein Offline-Beratungssetting oder ein geschütztes Online-Beratungssetting erfolgen können. Dazu muss die notwendige Online-Infrastruktur:

- 1 vorhanden und bei der Zielgruppe bekannt sein;
- 2 datenschutzrechtlich sicher sein, damit sich Betroffene und Berater*innen austauschen können, ohne dass Dritten Zugriff ermöglicht wird;
- 3 durch entsprechende personelle Ressourcen zeitlich flexibel besetzt sein;
- 4 an das Online-Nutzungsverhalten der Zielgruppe angepasst sein (z. B. durch responsives Design und Einbeziehung von Trends).

⁴ Siehe dazu die Ergebnisse des Projekts DISLEX 3D von Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung (Modus | ZAD, Projektlaufzeit 2019–2022).

Neue Herausforderungen

Gleichzeitig erfordert die aufsuchende Online-Arbeit pädagogisch-sozialarbeiterisch geschulte Fachkräfte, die über die notwendigen Kenntnisse, Kompetenzen und Erfahrungen für einen Beziehungs- und Vertrauensaufbau verfügen. Gerade im Online-Kontext, wo Beziehungs- und Kontaktabbrüche schneller vonstattengehen, ist es essenziell, dass sensibel und methodisch fundiert vorgegangen wird, um die Zielgruppen trotz erschwerender Bedingungen zu erreichen und in längerfristige Beratungskontexte zu integrieren.

Ebenso notwendig sind stetige Monitoringprozesse extremistischer Online-Aktivitäten, um Veränderungen in der Szene wahrzunehmen und darauf im Beratungsprozess reagieren zu können. Hier hat etwa der Informationsdienst KN:IX plus (KN:IX o. J.) des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ bereits umfassende Erkenntnisse gesammelt. Rahmenbedingungen und Standards für eine gelingende Online-Prävention, wie sie in der Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)⁵ erarbeitet wurden, bilden einen weiteren wichtigen Baustein. Mit dem Projekt Streetwork@Online (AVP e. V.) gibt es zudem einen ersten Akteur, der sich ausschließlich der Online-Prävention annimmt.

Eine weitere Herausforderung besteht in der Arbeit mit Personen, die nicht mehr eindeutig einem Phänomenbereich zuzuordnen sind. Das gilt etwa für teils gewaltlegitimierende misogynen Einstellungen, die mit unterschiedlichen ideologischen Versatzstücken vereint werden und nicht eindeutig einem klassischen Phänomenbereich zugeordnet werden können. Auch Anhänger*innen von Verschwörungsideologien oder Reichsbürger*innen stellen neue, schwer zugängliche Zielgruppen der Distanzierungsarbeit dar. Hier zeigt sich die Notwendigkeit einer Erweiterung pädagogisch-sozialarbeiterischer Angebote um phänomenübergreifende Ansätze. Und weil sie das politische System grundlegend ablehnen, ist insbesondere bei Verschwörungsideolog*innen und Reichsbürger*innen anzunehmen, dass staatliche Stellen keinen Zugang erhalten und zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine größere Chance in der Arbeit mit diesen Zielgruppen haben werden.

⁵ An der Erstellung der Standards waren folgende Organisationen (Projekte) beteiligt: AVP e. V. (Local Streetwork On/Off, streetwork@online, CEOPS), IFAK e. V. (ExPO – Extremismus Prävention Online), RE/init e. V. (Wegweiser im Vest), Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (Zukunftswelten), ufuq e. V., Vereinigung Pestalozzi gGmbH (Legato, Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung), Violence Prevention Network gGmbH sowie Kaleido Ostbelgien (Wegweiser Ostbelgien).

Plädoyer für zivilgesellschaftliche und kooperative Ansätze

Zivilgesellschaftliche Organisationen können dort ansetzen, wo staatlichen Stellen der Zugang oder die Ressourcen fehlen. Dieser Zugang ermöglicht zudem ein flexibleres Vorgehen jenseits einer reinen Sicherheitsorientierung (Baaken et al. 2020: 9). Angebote zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ermöglichen darüber hinaus eine langfristige und umfangreiche Begleitung und damit Nachhaltigkeit. Klient*innen können nicht nur in Haft oder während der Bewährungsdauer, sondern auch außerhalb dieser institutionellen und rechtlichen Rahmungen betreut werden. Zudem sehen die Konzepte der Distanzierungsarbeit eine langfristige Betreuung vor, das heißt, Personen werden nicht nur für eine bestimmte Dauer oder bis zu einem bestimmten sicherheitsbehördlichen Ereignis (Ende der Bewährung, Ende der Führungsaufsicht) betreut, sondern bis sie aus pädagogischer/sozialarbeiterischer Perspektive stabilisiert sind und mögliche Vulnerabilitäten für eine Re-Radikalisierung eruiert wurden. Außerdem können zivilgesellschaftliche Berater*innen aufgrund ihrer Arbeitsweise bei Bedarf und in kritischen Phasen (wie beispielsweise im Übergang von Haft zur Entlassung und Reintegration in die Freiheit)⁶ ihre Klient*innen besonders intensiv begleiten. Staatliche oder sicherheitsbehördliche Akteur*innen haben meist nicht die Möglichkeit, radikalisierte Personen oder extremistische Straftäter*innen über längere Zeit zu begleiten, sobald keine Sicherheitsrelevanz mehr besteht. Dabei ist eine Begleitung auch nach der Haft notwendig, um die Person nachhaltig zu stabilisieren und um als Ansprechpartner*in zur Verfügung zu stehen, sollten erneut Krisen oder Vulnerabilitäten auftreten, die eine Re-Radikalisierung nach sich ziehen könnten.

Wie bereits aufgezeigt, zeichnet sich die Distanzierungsarbeit durch die Begleitung von Menschen aus, die (1) schwerer zugänglich sind und (2) noch keine intrinsische Motivation zur Veränderung aufweisen. Adressat*innen der Distanzierungsarbeit haben häufig wenig Interesse, sich mit jemandem auszutauschen, der die eigenen Einstellungen und Entscheidungen infrage stellt oder den extremistischen Wertevorstellungen diametral gegenübersteht. Adressat*innen sehen zunächst keinen Vorteil in der Teilnahme an einer Distanzierungsmaßnahme. Entsprechend sind die Beziehungsarbeit und der Vertrauensaufbau essenziell, um einen Veränderungswillen zu initiieren. Diese Beziehungsarbeit erfordert nicht nur eine besondere Haltung und ein authentisches Auftreten, sondern auch umfassende Zeitressourcen und vor allem pädagogische Methoden. Hinzu kommt, dass sich Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen als Mitarbeitende von NGOs dadurch auszeichnen, dass sie nicht als Repräsentant*innen staatlicher Strukturen wahrgenommen werden. Die Unabhängigkeit der Organisationen, denen diese

⁶ Siehe dazu auch das Schlaglicht aus dem KN:IX Report 2023 von Thomas Mücke und Franziska Kreller (Mücke/Keller 2023).

Fachkräfte angehören, erhöht in den Augen der Zielgruppe ihre Glaub- und Vertrauenswürdigkeit sowie die Legitimität ihrer Arbeit (Papp et al. 2022: 33).

„Der vertrauensvolle Beziehungsaufbau zu schwer zugänglichen Adressatinnen und Adressaten ist eine spezifische Leistung der Sozialen Arbeit und kann von dieser selbstbewusst für sich in Anspruch genommen werden. Die mittlerweile bestehenden Erfahrungen sozialpädagogischer Akteure in der Präventions- und Distanzierungsarbeit bieten eine tragfähige Basis für eine selbstbewusste fachliche Positionierung“ (Faglestahler/Schau 2021).

Nichtsdestotrotz bleiben in vielen Fällen Sicherheitsbedenken, die eine sicherheitsbehördliche Betrachtung und Bearbeitung von Fällen durchaus indizieren können. Klient*innen haben aber nicht selten Vorbehalte gegenüber (Sicherheits-)Behörden und anderen staatlichen Stellen. Hinzu kommt, dass (Sicherheits-)Behörden den Auftrag haben, das Risiko für die Gesellschaft zu reduzieren und Straftaten zu verfolgen (Faglestahler/Scheu 2021), was den Interessen von Klient*innen häufig entgegenläuft und den Vertrauensaufbau stören kann. Wenn also die Arbeitsaufträge der (Sicherheits-)Behörden und das schwierige Verhältnis von Adressat*innen der Distanzierungsarbeit zu Vertreter*innen staatlicher Systeme diese Arbeit durch staatliche Stellen erschweren, sind (anlassbezogene) Kooperationen pädagogischer/sozialarbeiterischer Akteur*innen und (sicherheits-)behördlicher Behörden zwingend notwendig. In manchen Fällen ist es sogar sinnvoll, polizeiliche und pädagogische/sozialarbeiterische Maßnahmen eng miteinander abzustimmen. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren die zunehmende Sorge geäußert, dass die in solchen Kooperationsverhältnissen vorliegenden Abhängigkeiten zu einer Einschränkung der Handlungsautonomie der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen führen können. Dies könne zur Folge haben, dass klare Rollengrenzen und -verhältnisse zu verschwimmen beginnen und die sozialarbeiterischen/pädagogischen den sicherheitsorientierten Leitzielen untergeordnet würden (vgl. Schuhmacher 2018, KN:IX 2020: 73).

In dem Wissen, dass solche Verhältnisse der Zusammenarbeit immer mit Herausforderungen verbunden sind und kritisch reflektiert werden müssen, sollten einige Grundvoraussetzungen erfüllt sein, damit Kooperationen sowohl im Gesamtkontext als auch während einer Fallentwicklung gut funktionieren: Erforderlich sind klare Rollenverständnisse und -grenzen sowie Wissen und Verständnis der Arbeitslogiken des jeweiligen Partners. Ebenso müssen solche (anlassbezogenen) Kooperationen Raum für Kritik bieten, auch dann, wenn sich (Sicherheits-)Behörde und zivilgesellschaftliche Organisation in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis befinden. Nur so ist es möglich, dass etwa die Verhältnismäßigkeit polizeilicher, nachrichtendienstlicher oder ausländerrechtlicher

Maßnahmen kritisch hinterfragt oder die pädagogische Arbeit und deren Wirkung reflektiert werden können.

Um eine bestmögliche und nachhaltige Betreuung der Adressat*innen von Distanzierungsprozessen zu garantieren, sollte ihre Umsetzung ein Aufgabenbereich zivilgesellschaftlicher, sozialarbeiterischer/pädagogischer Akteur*innen bleiben. In der aufgrund von Sicherheitsbedenken in vielen Fällen erforderlichen Kooperation mit (sicherheits-)behördlichen Akteur*innen ist es wichtig, gegenseitige Grundvoraussetzungen zu definieren, damit die notwendige Autonomie der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen garantiert und erhalten werden kann.

Literaturverzeichnis:

Baaken, Till; Korn, Judy; Ruf, Maximilian; Walkenhorst, Dennis (2020): *Dissecting Deradicalization in Germany – Lessons for Theory and Practice*, in: *International Journal of Conflict and Violence* 14; <https://www.ijcv.org/index.php/ijcv/article/view/3808>, abgerufen am 06.05.2024.

Bundesarbeitsgemeinschaft für religiös begründeten Extremismus e.V. (2023): *Rahmenbedingungen und Standards für gelingende Onlineprävention*, in: *Ligante: Fachdebatten aus der Präventionsarbeit*, https://www.bag-relex.de/wp-content/uploads/2023/10/BAG-RelEx_Ligante_Standards_Onlinepraev.pdf, abgerufen am 15.05.2024.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2022): *Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe*, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/194460/d9dfd9bb67dc90f688e64a4a1e3aa81/praevention-und-deradikalisierung-im-strafvollzug-data.pdf>, abgerufen am 06.05.2024.

Europäische Kommission (2021): *Strategic Orientations on a Coordinated EU Approach to Prevention of Radicalization for 2021*, https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2021-02/2021_strategic_orientations_on_a_coordinated_eu_approach_to_prevention_of_radicalisation.pdf, abgerufen am 06.05.2024.

Exit Deutschland (o. J.): *Ausstieg mit Exit-Deutschland*, <https://www.exit-deutschland.de/ausstieg/?c=definition>, abgerufen am 31.08.2024.

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz o. J.: *Beratungsstelle Salam gegen islamistische Radikalisierung*, <https://demokratiezentrum.rlp.de/beratung/beratungsstelle-salam-gegen-religioes-begruendetem-extremismus>, abgerufen am 31.08.2024.

Distanz.Info 2024: *Distanzierungsarbeit*, <https://www.distanz.info/ueber-uns/distanzierungsarbeit>, abgerufen am 31.08.2024

Figlesthler, Carmen; Schau, Katja (2021): Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Sicherheitsbehörden: Kooperation und Konflikt zwischen Akteuren in der Präventions- und Distanzierungsarbeit im Bereich des islamistischen Extremismus, in: Radikalisierungsprävention Islamismus, <https://www.bpb.de/themen/infodienst/340428/zusammenarbeit-zwischen-sozialer-arbeit-und-sicherheitsbehoerden/>, abgerufen am 06.05.2024.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (2020): Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld: KN:IX Report 2020, <https://kn-ix.de/wp-content/uploads/2021/02/KNIX-Report-2020.pdf>, abgerufen am 06.05.2024.

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (o. J.): KN:IX plus, <https://kn-ix.de/knixplus/>, abgerufen am 30.04.2024.

Meixner, Judith; Wiechmann, Peer (2024): Distanzierungsarbeit als Handlungsfeld und Querschnittsaufgabe im Verhältnis zur Ausstiegsberatung, in: InfoPool Rechtsextremismus, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/546252/distanzierungsarbeit-als-handlungsfeld-und-querschnittsaufgabe-im-verhaeltnis-zur-ausstiegsberatung/#node-content-title-0>, abgerufen am 02.05.2024.

Mücke, Thomas; Kreller, Franziska (2023): Übergänge gestalten: Deradikalisierung im und nach dem Justizvollzug, in: KN:IX Report 2023, S. 68–76.

Ohlenforst, Vivienne; Swidziniewski, Alexander; Ruf, Maximilian; Selby, Anne; Walkenhorst, Dennis (2022): Abschlussbericht – Distanzierungsprozesse im islamistischen Extremismus: Eine systematisierende Erhebung der Parameter zur Selbst- und Fremdbeobachtung in drei Dimensionen (DISLEX 3D), Berlin, https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2022/10/DISLEX3D_Abschlussbericht_2022.pdf, abgerufen am 06.05.2024.

Papp, Susanna Z.; Örell, Robert; Meredith, Katharina; Papatheodorou, Katerina; Tadjbakhsh, Shahrbanou; Brecht, Helena (2022): The Role of Civil Society Organisations in Exit Work, Brüssel, https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2022-07/ran_paper_role_civil_society_organisations_exit_work_052022_en.pdf, abgerufen am 06.05.2024.

Pisoiu, Daniela (2020): Motivation in Rehabilitation Work: How to Stimulate it? Brüssel, https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2020-10/ran_conclusion_paper_stimulating_motivation_rehabilitation_work_en.pdf, abgerufen am 03.05.2024.

Schuhmacher, Nils (2018): Ein neues Bild der Prävention? Zur Tendenz der „Versicherheitlichung“ im pädagogischen Feld, in: Glaser, Michaela; Frank, Anja; Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter: Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe, Sozialmagazin, 2. Sonderband, S. 158–166.

Autor*innen

Frederik Braune

hat einen Bachelor in Internationaler Not- und Katastrophenhilfe sowie in Sozialer Arbeit. Er war mehrere Jahre in der Wohnungslosenhilfe bei einem Träger der Berliner Suchthilfe beschäftigt und arbeitet seit 2023 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG ReEx).

Dörthe Engels

studierte Islamwissenschaft, Judaistik und Neuere Geschichte in Berlin und an verschiedenen Schulen im Nahen und Mittleren Osten. Seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit Antisemitismus – etwa in Forschungs- und Ausstellungsprojekten, Begegnungsprogrammen mit Shoah-Überlebenden sowie als politische Bildnerin. Seit 2017 arbeitet sie für Violence Prevention Network u. a. in der Koordination der „AG Strafvollzug und Bewährungshilfe“.

Rüdiger José Hamm

ist Diplom-Politologe und seit 2003 in der politischen Bildungsarbeit tätig. Zu seinen wissenschaftlichen Expertisen und praktischen Arbeitsbereichen zählen Extremismus, Critical Mixed Race Studies, Diversity & Anti-Bias Education, Antirassismus und Antisemitismus. Hamm ist seit 2017 Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG ReEx).

Miriam Katharina Heß

ist Referentin bei der BAG ReEx und Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie promoviert derzeit zur Rhetorik von Terrorismus in der Politik. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Netzwerkarbeit, strategische Partnerschaften und Fundraising sowie Tertiärprävention und Terrorismusbekämpfung.

Dr. Jochen Müller

ist Islamwissenschaftler, arbeitete lange als Redakteur und ist Mitbegründer und Co-Geschäftsführer von ufuq.de. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Islam, Islamismus und antimuslimischer Rassismus in Deutschland, Kolonialismus und Nord-Süd-Politik, Nahostkonflikt und Antisemitismus sowie Islam in Schule, Pädagogik und politischer Bildung.

Annika von Berg

ist Politikwissenschaftlerin und seit 2018 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Distanzierungsprozesse, soziale Diagnostik und Risikobewertung. Seit 2021 leitet sie zusätzlich die Beratungsstelle Bayern von Violence Prevention Network.

Johanna West

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin bei Violence Prevention Network. Sie studierte Sozialwissenschaften und Antisemitismusforschung und setzt sich in ihrer Tätigkeit unter anderem mit Wissenstransfer in der Extremismuspräventionslandschaft sowie den Themen Radikalisierung, Islamismus und Gender auseinander.

Impressum

Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“

c/o Violence Prevention Network gGmbH
Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin

Tel.: 030 91 70 54 64

Ansprechpartner*innen im Netzwerk:

BAG RelEx

Jamuna Oehlmann
jamuna.oehlmann@bag-relex.de

Rüdiger José Hamm
ruediger.hamm@bag-relex.de

ufuq.de

Dr. Jochen Müller
jochen.mueller@ufuq.de

Violence Prevention Network gGmbH

Franziska Kreller
franziska.kreller@violence-prevention-network.de

E-mail: info@kn-ix.de
Web: www.kn-ix.de

Redaktionsschluss des Reports 2024 war der
31.07.2024

Bildnachweis/Gestaltung: part | www.part.berlin

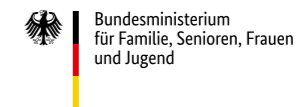
© Violence Prevention Network 2024

Violence Prevention Network gGmbH ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Handelsregisternummer: HRB 221974 B.

Das Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

**BERLIN GEGEN
GEWALT**

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS**



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

